deutsche architektur



Wohnungsbau—phantasievoll und farbig • Territoriale Datenbank • Bezirksparteischule Rostock • Gedenkstätte Zwieberge

— Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– M

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechtj

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, Wassil-Lewsky 6

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Volksrepublik Polen
Ruch, Warszawa, ul. Wronia 23

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Postovni novinová sluzba, Praha 2 – Vinohrady,
Vinohradská 46 –
Bratislava, ul. Leningradska 14

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Budapest I, Vö Utja 32

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, A – 1011, Wien I, Salzgries 16

· Für alle anderen Länder:
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14

· Westdeutschland
· Westberlin
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Vertriebszeichen: A 21518 E

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 3/13/71 bis 3/15/71

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)

Aus dem vorigen Heft:

Zum 25. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Die Entwicklung des Hochschulbaus in der DDR,
seine Perspektiven und Entwicklungstendenzen
Grundfondsplanung und Bedarfsermittlung im Hochschulbau
Projektierungsgrundlagen für Lehr- und Forschungseinrichtungen
Grundlagen der städtebaulichen Einordnung, der Struktur und
des Flächenbedarfes von Hochschulkomplexen
Internat der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt
Die neue Mensa der Universität Rostock
Studentenwohnheim der Karl-Marx-Universität Leipzig
Einige Probleme des Hochschulbaus in der Sowjetunion

Im nächsten Heft:

Neue Aspekte im Städtebau
Unsere Wohnumwelt – phantasievoll und farbig
Bezirksparteischule der SED in Rostock
Ausstellungshallen Karl-Marx-Stadt
Das System Territoriale Datenbank als Informationsbasis für die städtebauliche
Planung im Bezirk Halle
Stadtambulatorium Rosenhof und Kieferorthopädisches Zentrum in
Karl-Marx-Stadt
Lotsenstation Warnemünde

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 26. Februar 1971
Illusdruckteil: 5. März 1971

Titelbild:

Industriell zu bauen und die Umwelt des Menschen phantasievoll und lebendig zu gestalten, darf und braucht kein Widerspruch zu sein. Das zeigen schon einige neue Wohngebiete wie Rostock-Lütten Klein und auch neue Überlegungen der Bauforschung, die wir in diesem Heft vorstellen.
Fotos: Peter Schubring, Berlin, und Peter Garbe, Berlin

Fotonachweis:

Herbert Lachmann, Leipzig (1); Helfried Strauß, Leipzig (1); K.-H. Kühl, Ribnitz (1); Deutsche Bauinformation Ilse Wolter, Berlin (1); VEB Industriebau Neubrandenburg (1); Peter Garbe, Berlin (14); Hermann Dieck, Magdeburg (3); Photo Eschenburg, Warnemünde (17); Günter Ewald, Rostock (10); Lutz Humann, Karl-Marx-Stadt (13); Römer, Karl-Marx-Stadt (3)

5 deutsche architektur

XX. Jahrgang
Berlin
Mai 1971

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf

Korrespondenten im Ausland: Janos Böhönyey (Budapest), Vladimir Cervanka (Prag)
Daniel Kopeljanski (Moskau), Zbigniew Pininski (Warschau)

Zum VIII. Parteitag der SED:

Ökonomisch denken – ideenreich gestalten – mit höchster Effektivität bauen

Aufruf an alle Architekten der DDR

Uns Architekten wird im Zeitraum des Perspektivplanes ein großer und ständig wachsender Teil unseres Nationaleinkommens anvertraut. Unser sozialistischer Staat, unsere gesellschaftlichen Auftraggeber, die Millionen Werktätigen, die mit ihrer angestrengten Arbeit diese Werte schaffen, sehen in uns als Architekten Sachwalter des Volksvermögens. Ihr Vertrauen legt uns die hohe Verantwortung auf, diese Mittel im Interesse der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen und der Gestaltung einer kulturvollen Umwelt der sozialistischen Menschengemeinschaft so sinnvoll, sorgsam und nutzbringend wie nur irgend möglich anzuwenden. Es verpflichtet uns aber auch zu einer schöpferischen Unduldsamkeit gegenüber ideologischen Unklarheiten in bezug auf die gesellschaftliche Bedeutung der sozialistischen Architektur, gegenüber jeglicher Vergeudung und jeder unsachgemäßen Verwendung von gesellschaftlichen Mitteln.

Wir richten deshalb an Sie den Aufruf, in Vorbereitung des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands den sozialistischen Wettbewerb an Ihrem Arbeitsplatz und gemeinsam mit Ihrem Arbeitskollektiv aktiv zu unterstützen. Übernehmen Sie entsprechend dem Wettbewerbsprogramm Ihres Betriebes und in Zusammenarbeit mit Ihrer Betriebsgewerkschaftsleitung und Ihrer Betriebsgruppe des BDA konkrete, abrechenbare Verpflichtungen zur effektivsten Lösung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1971.

Verbinden Sie in Ihrer Arbeit das Ringen um eine ideenreiche Gestaltung, das Streben nach künstlerischer Meisterschaft mit einem persönlichen Beitrag

- **zur Erhöhung der Grundfondsökonomie**
- **zur Senkung des spezifischen Investitionsaufwandes**
- **zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität der Investitionen und zur Verkürzung der Rückflußdauer**
- **zur Erhöhung der Ökonomie der Stadt**
- **zur Senkung der Baukosten und des Bauanteils**
- **zur Senkung des Nutzungs- und Instandhaltungsaufwandes**
- **zur Erhöhung der Materialökonomie**
- **zur Rationalisierung der Bauprozesse und zur Verkürzung der Bauzeiten**
- **zur Erhöhung der Qualität der Planungs- und Projektierungsunterlagen und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Projektierung.**

Ganz besonders aber geht es auch um das „Wie", um die Übertragung der besten Methoden, die zu den ideenreichsten und effektivsten Lösungen führen, wie zum Beispiel Optimierungsmethoden, Variantenvergleiche, Kostenanalysen, die Anwendung neuer funktioneller und konstruktiver Ideen, die Nutzung neuer Erkenntnisse und die Materialsubstition. Wir sehen darin zugleich einen wichtigen Beitrag zur inhaltlichen Vorbereitung unseres VI. Bundeskongresses, der uns hilft, die neuen Aufgaben unseres sozialistischen Fachverbandes im Perspektivplanzeitraum erfolgreich zu lösen. Unter der Losung „ökonomisch denken – ideenreich gestalten – mit höchster Effektivität bauen" wollen wir alle Leistungen der Architekten, die dazu beitragen, den Inhalt der 14. und 15. Tagung des ZK der SED in die Tat umzusetzen, zusammenfassen und als Beispiel dem Erfahrungsaustausch und der Weiterbildung unserer Kollegen zugänglich machen.

Betrachten wir wirtschaftliches Denken als eine moralische Verpflichtung des sozialistischen Architekten! Handeln wir als sozialistische Eigentümer und Treuhänder des Volkes. Stärken wir mit unseren Leistungen die DDR!

Bundesvorstand des BDA in der DDR

Bitte übermitteln Sie die Ergebnisse Ihrer Verpflichtungen und Ihre verallgemeinerungswürdigen Erfahrungen an die Arbeitsgruppe „Wettbewerb zum VIII. Parteitag der SED" beim Bundesvorstand des BDA, 102 Berlin, Breite Straße 36, oder an Ihren Bezirksvorstand. Die besten Leistungen wird das Präsidium durch besondere Anerkennungen würdigen und zum Erfahrungsaustausch veröffentlichen.

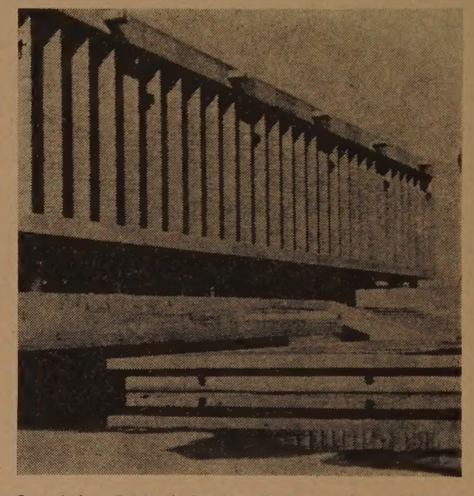


Der Thälmannplatz in Halle – architektonisches Eingangstor zum Zentrum, wichtiger Verkehrsknotenpunkt der Saalestadt mit neuen Wohnbauten, Hochstraße und Fußgängertunnel

12. Tagung des BDA-Bundesvorstandes

Am 19. Februar 1971 fand in Berlin die 12. Tagung des BDA-Bundesvorstandes unter der Leitung des Präsidenten, Prof. Dipl.-Arch. Edmund Collein, statt. Die Beratung befaßte sich mit der Arbeit des Bundes in den Monaten bis zum VIII. Parteitag der SED und mit der inhaltlichen Vorbereitung des VI. BDA-Kongresses.

Nach dem Bericht des Bundessekretärs, Architekt BDA Werner Wachtel, über die Erfüllung der Beschlüsse des Bundesvorstandes legte Prof. Collein die inhaltliche Konzeption des Referates auf dem Bundeskongreß dar und stellte sie zur Diskussion. Vizepräsident Dr. Krenz unterbreitete dem Vorstand einen Aufruf an alle Architekten der DDR (siehe nebenstehenden Text) zur aktiven Mitwirkung im sozialistischen Wettbewerb in Vorbereitung des VIII. Parteitages der SED. Vizepräsident Prof. Dipl.-Ing. Hans Gericke erläuterte die Vorschläge der Statutenkommission, die dem Bundeskongreß vorgelegt werden sollen. Nach eingehender Diskussion beschloß der Bundesvorstand die Vorschläge und Materialien für den Bundeskongreß.



Staatliche Bibliothek der Turkmenischen SSR in Aschchabad. Architekt A. R. Achmedow u. a.

VI. BDA-Kongreß in Berlin

Am 25. und 26. März 1971 fand in der Berliner Kongreßhalle der VI. BDA-Kongreß statt, an dem über 300 Delegierte und Gäste teilnahmen. Der Bundeskongreß beriet über die neuen Aufgaben des Bundes in den 70er Jahren und wählte den Bundesvorstand.

(Die „deutsche architektur" wird in ihrem nächsten Heft ausführlich über den Kongreß berichten. red.)



Bibliotheksarchitektur in der UdSSR

Vom 15. Februar bis 28. März 1971 wurde die Ausstellung „Bibliotheksarchitektur im Lande Lenins" in der Deutschen Staatsbibliothek zu Berlin und anschließend in Weimar gezeigt. Veranstalter ist das Methodische Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR. Die Schau stellt interessante Bauten und Entwürfe vor und will Anregungen für künftige Bibliotheksbauten vermitteln.



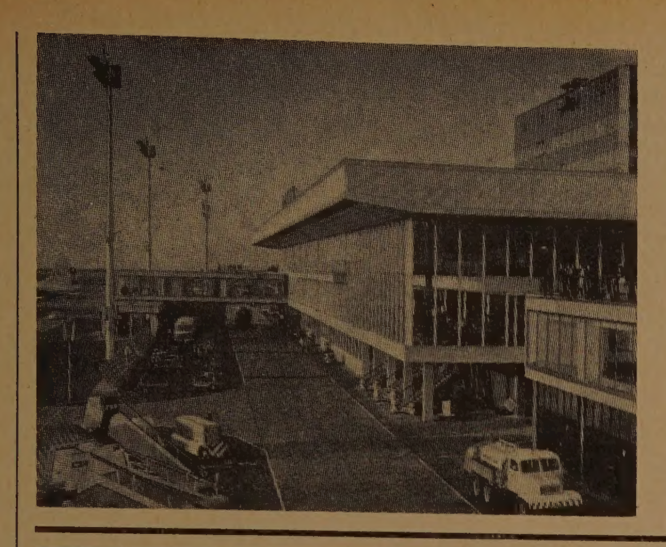
Zur Beobachtung von Sputniks ...

... dient das Satelliten-Observatorium, das in Szombathely (Ungarn) errichtet wurde. Es ist Teil eines Gebäudekomplexes, zu dem außerdem eine größere Sternwarte und Büroräume gehören, und befindet sich in einem öffentlichen Park der Stadt.

In dem außerordentlich plastisch gestalteten Bau sind komplizierte technische Geräte zur Beobachtung von künstlichen Erdsatelliten und Raumstationen untergebracht.

Die rohe Betonkonstruktion erinnert mit ihren geometrischen Formen an Sternwarten des Altertums oder alte astronomische Geräte.

Der Entwurf stammt von dem Architekten E. Zalotay.



Prags neuer Flughafen in Ručine

Der Flugplatz der Hauptstadt der ČSSR erhielt in den letzten Jahren neue, moderne Flughafengebäude für die Abfertigung der Fluggäste sowie für technische und Verwaltungseinrichtungen.

In dem 104 m × 72 m großen zentralen Abfertigungsgebäude (unser Bild) befinden sich unter anderem die Empfangshalle, Paß- und Zollkontrolle, Informationsbüros, Restaurants, ein Kino und eine Ladenzone.

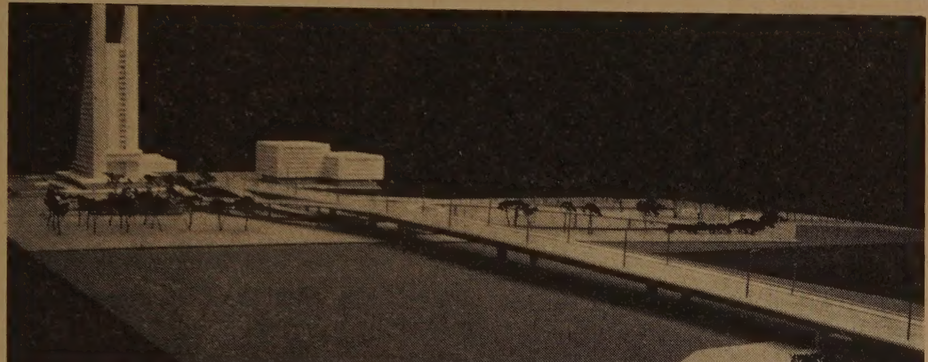
Die Architekten sind K. Bubeniček, K. Filsak, J. Louda, J. Mayer, S. Sramek, V. Ustohal und A. Vanek.



Ehrung für Professor Englberger

In Würdigung der großen Verdienste, die sich Prof. (em.) Otto Englberger in Lehre und Forschung auf dem Gebiet des Wohn- und Gesellschaftsbaus und bei der Entwicklung der sozialistischen Architektur in der DDR erworben hat, wurde ihm von der Deutschen Bauakademie zu Berlin in einer Feierstunde am 4. Februar 1971 der akademische Grad eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

(Unser Bild oben: Der Vizepräsident der DBA, Prof. Dr.-Ing. Lammert, überreicht die Ehrenurkunde an Prof. Dr.-Ing. e. h. Englberger)



Modell der geplanten 585 m langen Warnow-Brücke in Rostock, die das Zentrum mit dem Gehlsdorfer Ufer, dem Hafen und der Autobahn verbinden wird. Die Studie bearbeiteten das Büro für Stadtplanung Rostock, VEPS Berlin und Tiefbaukombinat Rostock, Gesamtleitung: Dr.-Ing. Lasch

DBA: Neue Sektionsvorsitzende berufen

Zu neuen Vorsitzenden von Sektionen der Deutschen Bauakademie wurden Dipl.-Ing. Näther für die Sektion Städtebau und Architektur und Prof. Dr.-Ing. habil. Deutschmann für die Sektion Wohn- und Gesellschaftsbau berufen.

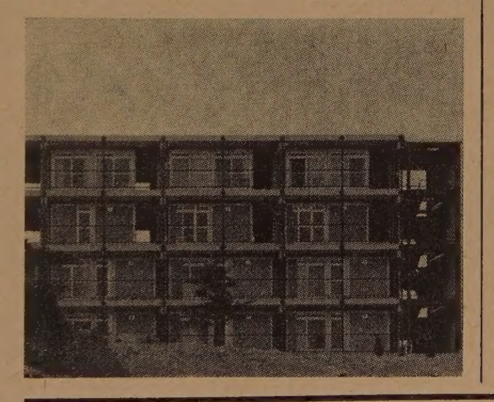
Auf einer gemeinsamen Tagung beider Sektionen am 4. 2. 1971 wurden sie durch den Vizepräsidenten der DBA, Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert, in ihre Funktionen eingeführt. Prof. Lammert dankte zugleich den bisherigen Vorsitzenden dieser Sektionen.

Als Stellvertreter des Vorsitzenden der Sektion Städtebau und Architektur wird Prof. Schneidratus tätig sein und als Stellvertreter des Vorsitzenden der Sektion Wohn- und Gesellschaftsbau Prof. Herholdt, der auch mit der Leitung des neugebildeten Instituts für Wohnungsbau der Deutschen Bauakademie betraut wurde.

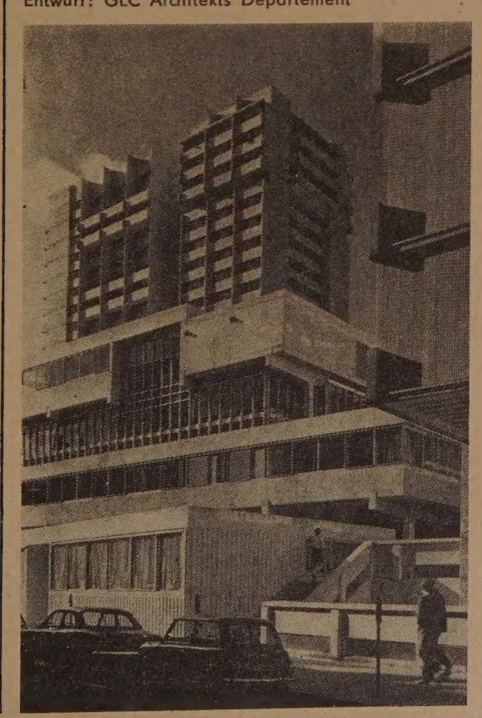
Die Sektionen berieten über ihre künftige Arbeitsweise und legten ihre Aufgaben in einem Arbeitsplan fest.

Raumzellen im Schubfach

Eine japanische Firma errichtete ein viergeschossiges Experimentalwohnhaus (Bild rechts), das aus leichten Raumzellen besteht, die wie Schubläden in eine tragende Stahlbetonstruktur eingeschoben werden. Jede Wohnung hat rund 54 m² Wohnfläche und besteht aus zwei Raumzellen. Die Raumzellen (2,34 m × 9,36 m) sind komplett vorgefertigt und werden nach der Montage nur an die Installationen angeschlossen. Stahlleichtprofile, Stahlbleche und leichte Dämmstoffe sind die Hauptmaterialien.



Gebäude der Hochschule für Architektur und Bautechnologie in London
Entwurf: GLC Architekts Departement



Bezirkstag Neubrandenburg stiftete Architekturpreis

Der Bezirkstag Neubrandenburg stiftete auf Initiative der Ständigen Kommission für Bauwesen des Bezirkstages und der Bezirksgruppe Neubrandenburg des BDA in der DDR einen Architekturpreis.

Dieser Preis wurde bisher für das Gebäude der Bezirksleitung der SED und des Rates des Bezirkes und für die Stadthalle Neubrandenburg vergeben. (Beide Bauten stellen wir in den nächsten Heften vor.)





Oben: Die Plakette, die mit dem Architekturpreis verliehen wird

Rechts: Das Gebäude der Bezirksleitung der SED und des Rates des Bezirkes. Architekt BDA Manfred Lüdke

Überlegungen eines Architekten

Prof. Dr.-Ing. e. h. Hermann Henselmann

Es ist Sonntag – einer jener schönen Tage, dessen Vergnügen darin besteht, in Büchern und Zeitschriften zu blättern, zu lesen, zu studieren und in Ruhe zu überdenken, was in den nächsten Tagen und Jahren zu leisten sein wird. Ich finde vieles Bedenkenswerte, aber auch manches Bedenkliche, manches Fragwürdige. Des Fragens würdig ist natürlich heute etwas anderes als vor zehn oder zwanzig Jahren. In dieser Zeit hat sich eine Integration von gesellschaftlichem Auftraggeber und Architekten vollzogen, die von einem gemeinsamen Lernprozeß und gegenseitiger Anerkennung begleitet ist.

Wenn unter Bezug auf unsere Kollegen in der Bundesrepublik eine führende westliche Zeitschrift von „dem geistigen Bankrott eines Berufsstandes" spricht „dessen Vertreter glauben, sie seien die Wegbereiter des geistig-kulturellen Fortschritts", dann ist das eine andere Welt. Wir wissen, daß der soziale und damit auch der geistig-kulturelle Fortschritt nicht durch Architekten und ihre Bauten außerhalb einer Gesellschaft erzeugt wird. Das ist übrigens die Tragödie des progressiven Architekten innerhalb einer reaktionären Gesellschaftsformation. Deshalb ist der „geistige Bankrott des Berufsstandes der Architekten" in der Bundesrepublik nichts weiter als ein Ausdruck des geistigen Bankrotts der Gesellschaft, der er angehört. Daher stammt auch die auffallende Gereiztheit der Kritik der Presse, die in ihrem Manipulationsdrang geradezu kriminell ist, wenn zum Beispiel den Lesern vorgesetzt wird: „Es ist das zweite Mal in den letzten hundert Jahren, daß Deutschlands Architekten die Zukunft verbauten." Bei uns lernen bereits die Kinder in der Schule, daß in der BRD die Zukunft von ganz anderen Kräften verbaut wurde, als von den Architekten. Das ändert allerdings auch nichts an der Tatsache, daß die herrschenden Städtebau- und Architekturideologie im allgemeinen Fleisch vom Fleische des Imperialismus ist. Deshalb ist sie für uns nicht anwendbar. Was aber ist denn anders bei uns?

Anders ist zuerst das Ziel. Gebäude oder ganze Städteplanungen konsumieren nicht die Wirklichkeit in der Form einer ästhetischen Hülle. Die technokratizistische Stadt mit depersonalisierten Strukturen ist mit dem sozialistischen Anschauungsbild nicht vereinbar. Die sozialistische Architektur hilft eine neue Wirklichkeit schaffen. Diese neue Wirklichkeit ist zuerst eine veränderte Gesellschaft, sind veränderte Beziehungen der Menschen untereinander und die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten. Natürlich erfolgt dieser Veränderungs- und Wandlungsprozeß nicht unmittelbar durch die Architektur. Der sozialistische Mensch plant, produziert und verwirklicht sich selbst, indem „er sich werktätig verdoppelt und in einer von ihm geschaffenen Umwelt anschaut" (Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte).

Aber gerade weil Städtebau und Architektur die wichtigsten Bestandteile dieser geschaffenen menschlichen Umwelt sind, erhalten sie für die sozialistische Revolution eine elementare Bedeutung. Deshalb sind die Gebäude, die Straßen und Plätze, die wir bauen, nicht schlechthin Produkte des Bauwesens unserer Republik, sondern Ereignisse, die mit Recht als Leistungen der Gesamtgesellschaft empfunden werden. Infolgedessen sind sie, da sie mit dem Veränderungs- und Entwicklungsprozeß des sozialistischen Menschen auf das engste verknüpft sind, mit der Prognostik der Gesamtgesellschaft und ihrer Ökonomie auf das engste verbunden. Die Architektur und der Städtebau sind als Teiläußerungen des sich entwickelnden gesellschaftlichen Gesamtsystems ständig in Bewegung ebenso wie die Menschen selbst. Sie sind verwirklichtes planmäßiges Handeln und organisierendes Element der sozialistischen Lebensweise.

Das klingt zuerst ganz allgemein und ist es ja auch. Doch das Allgemeine setzt sich im einzelnen durch. Die Frage, die mich beschäftigt, ist die nach dem Wie. Wie drückt sich diese Bewegung aus? Zum Beispiel in der architektonischen Form oder im städtebaulichen Raum? Wie wirkt Architektur auf Menschen, natürlich auch hier ganz konkret auf Menschen in unserer Republik? Wie wirken aber auch die Menschen auf Architektur ein? Wie gestalten sie ihre Umwelt mit? Rund heraus gesagt: Beim Durchblättern unserer Zeitschriften frage ich mich, ob wir Architekten im Blick auf die Veränderungen der Bedürfnisse der Menschen, die unsere Städte und Dörfer bewohnen, reaktionsfähig genug sind, oder ob wir vielleicht eingeschliffenen Denkvorstellungen zu lange anhängen; ob unsere Lernprozesse zu zähflüssig sind? Mir scheint, daß wir energischere Schlußfolgerungen aus der Veränderung der Verhaltensweisen der Menschen an unserer Seite ziehen sollten.

Bestimmte Entwicklungstendenzen sind zukunftsweisend für den Städtebau. Eine der wichtigsten Tendenzen besteht in der direkten Abhängigkeit zwischen dem Fortschritt der Gesellschaft und dem Kulturniveau der sozialistischen Persönlichkeit. Dieses erhöhte Kulturniveau erweitert das Kontaktbedürfnis. Es besteht der Drang nach einer erhöhten und differenzierten Qualität der Informationen in wissenschaftlich-technischen und kulturellen Bereichen und das Qualifizierungs- und Kommunikationsbedürfnis innerhalb gemeinsamer geistiger Interessen. Professor Erich Hahn macht in seinem Aufsatz „Soziologische Systemauffassung und soziale Prognose" (Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 1/1971) darauf aufmerksam, daß die mit der zunehmenden Automatisierung verbundene wachsende Objektivierung der Produktions- und Leitungsprozesse eine gleichzeitig anwachsende Bedeutung des subjektiven Faktors in der Gesellschaft bedingt. Diese Dialektik entspricht dem Wesen des sozialistischen Gesellschaftssystems und ist für uns Architekten auch im Blick auf die Gestaltung der diesen Prozeß adäquaten Umwelt von fundamentaler Bedeutung.

Infolgedessen erhöht sich mit der sozialistischen Lebensweise und dem Bedürfnis nach vielerlei Begegnungsformen auch die Bedeutung der Wohnumwelt. Während das Zentrum der Stadt durch eine große Bewegungsfülle von Menschen und Autos und durch eine große Informationshäufung (linguistische Zeichen, wie Reklame usw.) charakterisiert wird, ist in den Wohnbereichen der Nahkontakt entscheidend, der den entwickelten Phantasiekräften, der Aufgeschlossenheit und Kontaktbereitschaft der Menschen in der sozialistischen Menschengemeinschaft entspricht.

Dieser Polarität zwischen dem Zentrum und den anderen Teilen der Stadt müssen auch die in den Wohnbereichen angewandten städtebaulichen und architektonischen Mittel entsprechen.

Die architektonische Durchbildung der Wohnungsbauten, der Einrichtungen für Sport und Spiele, der Schulen und Bildungsstätten, der Gaststätten und Handelseinrichtungen sollte in Verbindung mit der Gartenbaukunst und der bildenden Kunst eine Wohnumwelt gestalten, die dem Elan des Revolutionärs unserer Tage entspricht. Es dürfte also kein spießerhafter Rückzug in eine enge Wohnumwelt gestaltet werden, sondern innerhalb dieser Wohnbereiche muß gleichzeitig die Weltoffenheit und Beziehung zur gesamten Stadt und der Gesellschaft erkennbar werden. Die städtebauliche Ordnung und die Formensprache der Architektur muß die wissenschaftlich gesicherte Tatsache berücksichtigen, daß die Sublimität der Empfindungen und die Sensibilität wachsen. Das erzeugt auch eine gesteigerte Empfindlichkeit gegen Lärm, gegen Informationsüberfülle ebenso wie gegen Monotonie.

Sozialistischer Städtebau ist Anwendung der dialektischen Erkenntnismethode auf unser Fach. Dieses dialektische Erkennen charakterisiert Lenin im „Empiriokritizismus" so: „Bedingung der Erkenntnis aller Vorgänge. ... in ihrem lebendigen Sein ist die Erkenntnis derselben als eine Einheit in Gegensätzen". Ich frage mich, ob diese Polarität zwischen den Teilbereichen der Stadt mit den verschiedensten Lebenstätigkeiten und dem Zentrum als notwendiger Erlebnisreiz erhöhter Urbanität gestalterisch richtig ausgenutzt wurde? Hat die prinzipiell richtige Aufgabenstellung die Stadt von innen nach außen zu bauen nicht manchmal dazu geführt, daß die gleichen städtebaulichen und architektonischen Gestaltungselemente für den Wohnungsbau auch außerhalb der Zentren angewandt wurden? Haben wir nicht uns selbst die Palette des architektonischen Ausdrucks eingeengt, indem wir die einfache Rezeptur von „Höhendominanteneffekten" anwandten? Sollten wir die Investitionsmittel für den Wohnungsbau nicht ökonomischer umverteilen, so daß statt der Mehrkosten für Wohnhochhäuser und einem erhöhten Ansatz für vielgeschossige Bauten Einrichtungen geschaffen werden, die der Entwicklung sozialistischer Verhaltensweisen, der Bequemlichkeit, der Gesunderhaltung und der Erholung dienen?

Ist es nicht vielleicht so, daß die undifferenzierte „Sparsamkeit" der architektonischen Mittel uns in Wahrheit teuer zu stehen kommt?

In den verschiedenen Bereichen der Stadt und im Zentrum sind die Erwartungen unserer Bürger in bezug auf Architektur äußerst unterschiedlich und sogar entgegengesetzt. Wie kann man zum Beispiel in einem Wohngebiet durch Architektur Informationen erhalten, die den Bewohner interessieren? Man möchte Bekanntes antreffen, aber auch Unerwartetes, zum Entdecken Einladendes. Man möchte um die Ecke gucken und etwas Neues geboten bekommen, nicht noch einmal dasselbe. Im Zentrum wollen wir die große Lebensfülle erleben, die geschichtliche Vergangenheit der Stadt und womöglich das Wagnis der Zukunft – im Wohnbereiche dagegen sind Familie, Freunde, die Arbeitsumwelt, das Heute und das Morgen meine Erlebnisschwerpunkte.

Die notwendige Kontaktnähe im Wohngebiet entsteht vor allem in der Erd- oder Sockelgeschoßzone. Sie muß bereichert werden. Das Hochhaus in der Ferne ist bestenfalls Orientierungspunkt für fremde Besucher.

Die Kollegen der Experimentalwerkstatt des Instituts für Städtebau und Architektur der DBA mit ihrem Leiter Dr.-Ing. Felz, die Kollegen aus Karl-Marx-Stadt mit dem Chefarchitekten Lothar Hahn haben unter meiner Leitung eine Anzahl neuer Überlegungen angestellt, die sich natürlich auch auf Erfahrungen vieler Kollegen in den Wohnungsbaukombinaten und der Bauakademie gründen. Das Ziel ist, unter strikter Beachtung der Ökonomie, die Kellergeschosse der fünfgeschossigen Bauten, die bei Fernheizung nur etwa zu 50 Prozent ausgelastet sind, auf 2,80 m zu erhöhen und nun in den disponiblen Räumen (etwa um 60 m² herum) ein Angebot zu schaffen für Gemeinschaftsräume – auch der Jugend – Dienstleistungen, Sport, kleine Gasträume, Vergeßlichkeitsläden, aber auch Wohnungen für Alte und Körperbehinderte und so fort. Durch Vorbauten oder Inanspruchnahme des darüberliegenden Geschosses kann man natürlich Erweiterungen schaffen. Wenn man dazu überlegt, daß durch die Hinwendung zu räumlich geschlossenen Bebauungsformen, durch den verlustlosen Zuschnitt von Freiflächen, durch

differenzierte Gebäudeabstände von 1,7 bis 2,5 H Einwohnerdichten von 300 bis 320 Einwohner je Hektar bei ausschließlich fünfgeschossiger Bebauung erreicht werden können, so meine ich, sollte man manches von dem, was wir in den letzten Jahren geschaffen haben, noch einmal kritisch ins Gespräch bringen. Aber ohne ein neues Dogma aufzustellen! Selbstverständlich kann man, wo es wirklich sinnvoll ist, auch Wohnhochhäuser, auch vielgeschossige Wohngebäude errichten. Doch es geht zuerst um eine bessere Erfüllung der Bedürfnisse des sozialistischen Menschen und um eine effektivere Verwendung unserer Investitionsmittel. Es geht vor allem darum, durch vertiefteres Eindringen in den Wandel der Bedürfnisse gleichzeitig auch mehr Wohnungen zu bauen. Wir müssen verhindern, daß eine äußerlich formale Ästhetik, die im tiefsten Grund unkünstlerisch ist, weil sie das gesamte soziale Bindungsgefüge außer acht läßt, den Verhaltensraum der Menschen einengt.

Wenn wir uns zum Beispiel den Wettbewerb Karl-Marx-Stadt Helbersdorfer-Markersdorfer-Hang kritisch ansehen, dann haben wir die ganze Problematik sozusagen wie in einem Brennglas auf einen Punkt konzentriert. Wir Architekten sind in unserer Gesellschaft Subjekt und Objekt, Teil des Auftragnehmers und Auftraggebers zugleich. Darauf sollten wir bestehen, und ich erinnere daran, was Kurt Hager auf dem 10. Plenum des ZK der SED vom Künstler als dem Leiter gesellschaftlicher Prozesse gesagt hat. Die Aufgabenstellung für diesen Wettbewerb ist städtebaulich nicht genügend begründet. Wir sind noch beim Aufbau des Zentrums von Karl-Marx-Stadt und schlagen – zehn Minuten von diesem Stadtzentrum entfernt – ein neues Stadtteilzentrum vor, mit Unter- und Überführungen und Hochhäusern, ebenso viel wie am Fischerkietz im Zentrum von Berlin. Natürlich haben die verantwortlichen Räte, da sie das Leben ihrer Stadt und die Bedürfnisse ihrer Bürger gut kennen, das Ganze korrigiert. Ideale sind gut, aber Illusionen sind gefährlich – auch den Idealen.

Beim Nachdenken darüber frage ich mich, ob die Art und Weise, wie wir unsere Projekte und Überlegungen dem gesellschaftlichen Auftraggeber vorstellen, nicht durch die Entwicklung überholt ist?

Innerhalb der industriellen Produktion der Bauwerke mit dem Angebotsprogramm der Kombinate sind eine Anzahl von Entscheidungen vorgeprägt. Die Städtebaupläne enthalten ein ganzes Geflecht von TGL-Festlegungen und damit eine Art Daseinsmathematik vom Verkehr, über die Größe der Kaufhallen, der Gaststättenplätze, der Kindereinrichtungen und so weiter bis zu den Grünflächen. Bei allem gegenseitigem gutem Willen und sogar erstaunlich viel Sachkenntnis auf allen Seiten bleibt doch nicht selten das Unbehagen einer zu geringen Handlungsfreiheit für alle Beteiligten und die Frage offen, ob dieses ganze Kennzifferngeflecht von Kinositzplätzen, Buchausleihen, Tanzflächen usw. dem wirklichen Leben noch standhält.

Entscheidungen über die räumliche Organisation der Lebenstätigkeiten könnten auf der Grundlage eines Fragenkatalogs getroffen werden. Der Auftraggeber ist hier oft sachverständiger als der Architekt. Andererseits müßte die Variabilität in den Erdgeschoßzonen der städtischen Umweltbereiche so erhöht werden, daß auch spätere Dispositionen durch die Bewohner noch möglich werden.

Das Heimischfühlen und der Entscheidungsspielraum der Individuen innerhalb der sozialistischen Demokratie stehen in unmittelbarem Zusammenhang. Die städtischen Bereiche sind ja nie „fertig". Das Leben stellt immer wieder neue Anforderungen und schenkt auch neue Möglichkeiten. Die breite Bewegung „Mach mit" aktiviert ständig neue Überlegungen. In diesem Sinne kann es keinen qualitativen Unterschied zwischen Altbaugebieten und Neubaugebieten geben.

Es kommt aber hinzu, daß „Urbanität" nicht nur durch Bauten entsteht. In dieser Beziehung kann man sehr viel von unseren Oberbürgermeistern und Ratsmitgliedern lernen. Der Oberbürgermeister von Schwedt, Genosse Hahn, zeigte mir einmal „seine" Stadt. Da gibt es Kommunikationsschwerpunkte, die von einem Freibad mit geheiztem Wasser bis zum Friedhof gehen. Oder der Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt, Genosse Müller, bringt die Frage ins Gespräch, ob man nicht Teile eines Laubenkoloniegeländes, das in einem größeren Wohngebiet liegt, mit Hilfe der Pächter in einen solchen Zustand bringen kann, daß es mindestens für die nächsten Jahre ein beliebter Erholungsraum, auch für die Bewohner der anliegenden Gebäude wird.

Ich glaube, daß manche von uns, als Erbe der zwanziger, dreißiger Jahre einen Perfektionismus puritanischer Tradition, uns vielleicht selbst nicht bewußt, herumschleppen, der auf eine Art von Sozialmontage abzielt und mit einem dialektisch-materialistischen Herangehen an unsere Aufgaben nichts zu tun hat. Es kommt darauf an, daß wir auch unsere Wohnumwelt mit Verhaltensräumen ausstattten, die uns Gelegenheit geben, unsere Beziehungen zu Mitmenschen ebenso wie zur Umgebung öfter umzuschlagen. Geschäftsstraße oder Spielplatz fordern jeweils ein anderes Verhaltensmuster heraus. Das gilt für alle Bereiche der Stadt. Städtebau ist in diesem Sinne auch Entwicklung von sozialistischen Verhaltensweisen des Menschen.

Aber vielleicht sollten wir uns überlegen, ob unsere Optik für die räumliche Verknüpfung der Elemente innerhalb der Struktur und des Systems der Stadt den Veränderungen des sozialen Organismus entspricht. Diese Notwendigkeit drängt sich mir auf, wenn ich mich mit den Überlegungen unseres Kollegen Wessel beschäftige, die auf die Veränderungen der städtebaulich-räumlichen Ordnung abzielen. Es ist immer schwierig, wenn sich ein Kollege mit den Gedanken eines anderen beschäftigt, da kritische Auseinandersetzungen und Anerkennung von Ideen, die vielleicht Ansätze zu etwas Neuem enthalten, einander nicht ausschließen sollten. Das Problem, das aufgeworfen wird, zielt über die Darstellung von „Bewegungssystemen" (aber offensichtlich sind Strukturen gemeint) die Entwicklung und Wahrnehmung einer künftigen Stadtgestalt an. Der Grundgedanke besteht darin, daß das Verkehrsgefüge einer Stadt sozusagen eine langlebige Makrostruktur abgibt, zu der sich Mikrostrukturen in Beziehung setzen. „Die durch das Schnellstraßensystem gegliederte und in einer bestimmten Weise geordnete Stadt bedarf neben den Hauptstraßen eines feingegliederten und differenzierten Systems der Bewegung und Zirkulation."

Gegen die prognostischen Überlegungen, die flexible Territorialstrukturen ansteuern und im wesentlichen auf Denkanstößen der Architekten Gutnow und Leshawa basieren, ist sicherlich nichts einzuwenden, da sie genügend offengehalten sind, um Gesetzmäßigkeit und Zufälligkeit Raum zu geben. Was aber dann in diesem Beitrag noch geboten wird, veranlaßt mich vorzuschlagen, daß wir uns doch sehr ernsthaft darüber unterhalten, wie die sozialistische Stadtgestalt entstehen könnte, die mit diesem Beitrag gesucht wird. Ich finde es bedenklich, daß wir mit dieser Veröffentlichung hinter die Kritik der progressiven Kräfte im kapitalistischen Lager geraten.

Funktionalisierte Verkehrsstrukturen plus montierter Kommunikation ergeben keine Stadt. Aber das ist eine Erkenntnis, die mindestens zwanzig Jahre alt ist. Für uns sind die zahlreichen sowjetischen Untersuchungen zu diesem Thema interessant. Immer geht es hier um die Notwendigkeit der Übereinstimmung zwischen der räumlichen und sozialen Struktur der Stadt. Hierfür ein Beispiel (zitiert aus Kogan, Zum Verhältnis der Planungseinheiten zur Struktur der Stadt):

„Man kann sich keine Situation der modernen Stadt vorstellen, in der die Lebensweise durch das System der Versorgung bzw. des Verkehrs, der Bauweise usw. bestimmt wird. Dieser Standpunkt dient aber noch oft als Projektierungsgrundlage! Er ist das Resultat der Verabsolutierung der materiell-räumlichen Umwelt. Tatsächlich ist diese Umwelt nur ein Teil des sozialen Organismus der Stadt und nur dann effektiv, wenn die Tendenzen der Entwicklung die Tendenzen des sozialen Lebens berücksichtigen."

Die Vorstellungen Kollegen Wessels teilen die Stadt in ein Raster von Hauptstraßen 1. Ordnung – als Stadtautobahnen ausgebildet – und 2. Ordnung mit den Massenverkehrsmitteln, angrenzenden bandförmig konzentrierten gesellschaftlichen Einrichtungen und solchen der materiellen Produktion und so weiter. Das Innere dieser Raster bilden Einheiten, in denen auf gewohnte oder auch ungewohnte Weise gewohnt werden kann.

Ich meine, daß der methodologische Grundansatz falsch ist. Ich habe den Eindruck, daß in diesen Zukunftsvorstellungen das materielle und geistige Leben des Menschen im Spätkapitalismus konstant geblieben ist und mit der dynamisch und variabel gedachten Technik des 21. Jahrhunderts konfrontiert wird. Die Skizzen und das kleine Modellfoto, welche die vorgetragenen Vorstellungen erläutern, scheinen mir das, wenn auch unbeabsichtigt, zu beweisen. Im sozialistischen Gesellschaftssystem geht es um mehr als um die Konstruktion eines reibungslos funktionierenden Organismus. Die Kritik der progressiven Köpfe in Westdeutschland (z. B. Heide Berndt in „Architektur als Ideologie", Edition Suhrkamp) zielt doch gerade darauf ab, daß der spätkapitalistische Städtebau sich „in der ungezügelten Durchsetzung des städtebaulichen Funktionalismus", in der „bewußten Armut seines Ausdrucksgehaltes", im Verlust an „Öffentlichkeit" als politischer Begriff darstellt.

Da Kollege Wessels Überlegungen ein Beitrag zur sozialistischen Stadtgestalt sein sollen, drängt sich mir natürlich die Frage auf: was ist denn nun das Sozialistische an dieser Konzeption? Das müßte begründet werden und macht erst das Gespräch interessant, denn Prognose sollte eine orientierende und vor allem auch eine mobilisierende Wirkung ausüben. Der Kampf der progressiven Städtebauer des 19. Jahrhunderts um eine menschenwürdige Umwelt müßte in den Kampf der sozialistischen Städtebauer um eine solche Umwelt in einer völlig neuen und erhöhten Qualität als Bestandteil der sozialistischen Revolution einmünden.

Von dieser Position aus müßten Gedanken über die Bewegung des Menschen und der von ihm geschaffenen Bewegungsapparaturen in ihrer Motivation und Bedingtheit denen der räumlichen Bestimmung und Ordnung vorausgehen. Aber auch das Gestaltbild der Stadt ist tief mit der Beziehung von Inhalt und Form und mit emotionalen Gestimmtheiten verbunden. Ich bin mit Kollegen Wessel einig, daß die Ganzheit einer Stadt erlebbar gemacht werden sollte. Aber ich warne vor der platten Überschaubarkeit eines Schemas. Die Ordnung der vielen Elemente im sozialen und räumlichen System der Stadt wird durch die Struktur, das heißt, die Beziehung dieser Elemente zueinander bestimmt. Das Erscheinungsbild und das Erlebnis der Stadt sind jedoch nicht eine mechanistisch determinierte Widerspiegelung als funktionale Projektion, weil die Wahrnehmungsapparatur der Menschen sowohl physiologisch-psychologisch als auch gesellschaftlich vielschichtig bestimmt ist, in der sich auch die ganze Dialektik von Wesen und Erscheinung, Allgemeinen und Besonderem, Gesetzmäßigkeit und Zufälligkeit darstellt. Sozialistischer Städtebau ist humanistischer Städtebau. Auch für ihn gilt das berühmte Marxwort: „Radikal sein ist, die Dinge an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist der Mensch selbst."

Unsere Wohnumwelt – phantasievoll und farbig

Dr.-Ing. Achim Felz
Leiter der Experimentalwerkstatt
des Instituts für Städtebau und Architektur
der Deutschen Bauakademie

Der Mensch unserer Gesellschaft, häufig schon ausgebildet in mehr als einem Beruf, komplizierte Produktionsprozesse beherrschend oder schöpferisch weiterentwikkelnd, ausgerüstet mit einem Wissen, das ihn die Dinge, die um ihn herum und in der Welt passieren, verstehen läßt, kann sich nicht damit zufrieden geben, wenn seine Wohnung lediglich den einschlägigen Bestimmungen nach Ausrüstung, Besonnung und Hygiene entspricht. Seine Erwartungsfunktionen sind gestiegen. Er sucht Differenziertheit, Abwechslung und Anregung, er erwartet Möglichkeiten, sein gewachsenes Bedürfnis nach Kontaktaufnahme zu erfüllen. Er sieht in der Wohnung nicht mehr eine Zufluchtsstätte, die ihn von einer unpersönlichen und fremden Welt abschirmen soll.

Obwohl ein Massenprodukt, muß das Wohnhaus als ein Bestandteil der Wohnumwelt den vielfältigen Bedürfnissen der Bewohner entsprechen und durch differenzierte Informationen sozialistische Verhaltensweisen stimulieren.

Das erhöhte Bildungs- und Kulturniveau, die Kontaktbereitschaft und Empfindungsfülle der sozialistischen Persönlichkeiten, verbunden mit dem Bedürfnis nach gemeinschaftlichem Leben in neuen Formen bestimmen diese neuen Verhaltensweisen.

Wenn gegenwärtig das geplante Wohnungsbausystem 70 in der Diskussion ist und an die damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten hohe Erwartungen geknüpft sind, sollte das nicht dazu führen, mit den Anstrengungen für das Heute und Morgen nachzulassen. Industrielle Großproduktion verlangt eine lange Laufzeit des jeweiligen Sortiments, und so werden die gegenwärtigen Typenreihen, deren Vorfertigungseinrichtungen erst kürzlich rationalisiert wurden, noch mehrere Jahre bei der Gestaltung unserer Wohnumwelt die entscheidende Rolle spielen.

Ausgehend von dem Gedanken, daß das industrielle Bauen überhaupt und damit auch die Typenreihen des Wohnungsbaus der laufenden Produktion noch viele Möglichkeiten und Reserven bereithalten, entstand als Beitrag der Bauforschung zum VIII. Parteitag ein Katalogwerk unter dem Titel „Unsere Wohnumwelt – phantasievoll und farbig".

Auf Initiative der Deutschen Bauakademie formierte sich unter der tatkräftigen Förderung des Ministeriums für Bauwesen eine sozialistische Gemeinschaftsarbeit, die das Institut für Städtebau und Architektur mit seiner Experimentalwerkstatt, zahlreiche Wohnungsbaukombinate sowie bildende Künstler zusammenführte. Um das angestrebte Ziel in neuer Qualität zu erreichen, wurden die Bedingungen des industriellen Bauens, die Einhaltung der vorgegebenen ökonomischen Kennziffern, die Erhöhung der Lebensdauer der Fassaden und damit die Senkung der Unterhaltungskosten im Gesamtzusammenhang gesehen.

Deshalb wurden alle Vorschläge unter Beachtung der konstruktiven Lösungen und fertigungstechnischen Bedingungen mit der detaillierten technologischen Beschreibung und dem Liefernachweis der Sichtflächenmaterialien einschließlich der finanziellen Auswirkungen dargestellt.

Gleichzeitig wurden Vorschläge entwickelt für eine differenzierte Nutzung der Erd- und Kellergeschoßzone der Gebäude durch Einrichtungen, die dem Zusammenleben der Bewohner und der Erfüllung vielfältiger Bedürfnisse dienen, wie sie sich innerhalb der sozialistischen Lebensweise entwickeln.

Die Vorschläge und Entwürfe konzentrieren sich überwiegend auf die lebendige Gestaltung des fünfgeschossigen Wohnungsbaues, das heißt auf jene Gebäudekategorien, die unsere Wohnumwelt am meisten beeinflussen. Es wird damit der Beweis erbracht, daß die Palette der architektonischen Gestaltungsmittel außerordentlich vielfältig ist und durch eine wirkungsvolle Anwendung am Einzelbauwerk wesentlich zur Bereicherung der städtebaulichen Lösungen für ganze Ensemble beiträgt. Einige Beispiele aus den Arbeitsergebnissen sind Ausdruck für die Fähigkeit, neue Wege zu suchen und neue Lösungen zu finden, wenn das Zusammenwirken aller Beteiligten von der Theorie bis zur Praxis auf dieses Ziel gerichtet wird.

Einer der Untersuchungsgegenstände war die Keller- und Erdgeschoßzone, denn allzu häufig noch stellt sich das Kellergeschoß der mehrgeschossigen Wohngebäude in einer Einförmigkeit dar, die dem Vorübergehenden und Hunderte von Metern in einem Wohngebiet begleitend, keinerlei anregende Informationen vermittelt.

Jedoch gerade die Keller- und Erdgeschoßzone der Wohnbauten befindet sich in Augenhöhe des Betrachters und wirkt daher besonders auf ihn ein. Auf diesen Umstand wies in einem Artikel in der Zeitschrift „Die Weltbühne" vom 4. April 1967 Professor Henselmann allgemein hin:

„Die Soziologen, Psychologen und Informationstheoretiker belehren uns – und wie ich meine, mit Recht –, daß die Straßen und Plätze vor allem in der Erdgeschoßzone wahrgenommen werden und daß diese Erdgeschoßzone die Orientierung, das Heimischwerden, das Wohlbefinden, stark beeinflußt."

Die Besonderheit der Keller- und Erdgeschoßzone, daß sie gleichzeitig – da in dieser Ebene sich die Hauseingänge befinden – als Mittler zwischen draußen und drinnen wirkt, erhebt sie in einen besonderen Rang gegenüber den anderen Geschossen. So wird die Wirkung der Gebäude und die ihrer Gruppierungen entscheidend davon bestimmt, wie die untere Zone gestaltet ist.

Der häufig langweilige Eindruck der Keller- und Erdgeschoßzone hängt mit der Entwurfslösung zusammen, die sich für den überwiegenden Anteil des mehregeschossigen Wohnungsbaus der DDR herausgebildet hat und die gewissermaßen als Prototyp seit Jahnzehnten nahezu unverändert gebaut wird.

Das betrifft die Erschließung des Gebäudes und die Nutzung und das Zusammenwirken der einzelnen Geschosse und drückt sich darin aus, daß über einem bis zur Hälfte ins Erdreich geführten Kellergeschoß mit geringer Geschoßhöhe sich vier oder fünf im Aufbau gleichartige Wohngeschosse befinden.

Die gewohnte Form der Unterkellerung ist eine in sich abgestimmte Lösung. Treppenlösung, Eingang, halb aus dem Erdreich ragender Keller und Belichtung der Kellerräume bedingen einander. Der Hauseingang ist folgerichtig an das Treppenhaus gebunden. Ein Wechsel der Hauseingangsseite – für eine lebendige, raumbildende Bebauung Voraussetzung – verursacht in den meisten Fällen eine grundsätzliche Grundrißveränderung. Damit das Kellergeschoß seine Daseinsberechtigung behält, muß es für Abstellzwecke genutzt werden. Damit ist für die Wohngeschosse festgelegt, daß in ihnen keine Nebenräume auftreten.

Andere Nutzungsmöglichkeiten für den Keller sind dadurch eingeschränkt, daß die Kellerräume auf Grund ihrer Lage nicht für einen längeren Aufenthalt von Personen zugelassen sind und daß der Zugang an das Treppenhaus gebunden ist.

Das halb aus dem Erdreich ragende Kellergeschoß wirkt als Sockel und distanziert die untersten Wohnungen vom umgebenden Gelände.

Zusammenfassend gesagt: Die normale und gewohnte Form der Unterkellerung ist eine in sich logisch aufgebaute Entwurfslösung und sicherlich für die bei ihrer Entwicklung vorhandenen Bedingungen optimal; allerdings ist das eine festgelegte Lösung, bei der jede beabsichtigte Variation eine Kette von Veränderungen auslöst.

Große Variationsfähigkeit ist jedoch ein entscheidender Punkt, wenn es darum geht, unter industriellen Fertigungsbedingungen eine abwechslungsreiche und unverwechselbare Wohnumwelt zu gestalten.

Die in diesem Beitrag dargestellten Vorschläge für die Gestaltung der Erd- und Kellergeschoßzone und die folgenden Fassadenvarianten sind Auszüge aus dem Katalog „Unsere Wohnumwelt — phantasievoll und farbig", der als Beitrag der Bauforschung zum VIII. Parteitag der SED erscheint und zum Preis von etwa 20,— M von der Deutschen Bauinformation vertrieben wird.

Das dem Katalog zugrunde liegende Arbeitsergebnis, das auch als Ausstellung aufbereitet wurde, entstand in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Institut für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie und einer Reihe von Betrieben der Bau- und Baumaterialienindustrie.

An dieser Gemeinschaftsarbeit waren vor allem folgende Persönlichkeiten aus Bauforschung und Baupraxis sowie die nachfolgenden Betriebe beteiligt:

Ideenkonzeption und Leitung

Direktor des Instituts für Städtebau und Architektur
Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert
Chefarchitekt des Instituts für Städtebau und Architektur
Prof. Dr. E. h. Hermann Henselmann

Erarbeitung der Variantenvorschläge

Institut für Städtebau und Architektur, Experimentalwerkstatt
Dipl.-Ing. Wolf-Rüdiger Eisentraut, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Reiner Rauer
Dr.-Ing. Achim Felz, Architekt BDA, Leiter der Experimentalwerkstatt
Dipl.-Ing. Günter Thielemann, Architekt BDA
Maler Jörg Krenke, VBK/DDR
Dipl.-Formgestalter Günther Thüre, VBK/DDR
Dipl.-Keramiker Wolfgang Weber, VBK/DDR

Beratende Mitarbeit und Bereitstellung von Arbeitsergebnissen

Oberingenieur Schröter — Vorsitzender des Erzeugnisgruppenverbandes — Komplexer Wohnungsbau
Bauingenieur Gerhard Peters — WBK Berlin
Bauingenieur Horst Bretschneider — WBK Berlin
Bauingenieur Heinz Krüger — WBK Berlin
VE Wohnungsbaukombinat Berlin
VE Wohnungsbaukombinat Frankfurt (Oder), Sitz Eisenhüttenstadt
VEB Flachglaskombinat Torgau
VEB Asbestzementwerk Forschendorf
VEB Bandstahlkombinat Eisenhüttenstadt
VEB Eisen und Hüttenwerk Thale
VEB Schilderwerk Beutha
VEB Lackfabriken Berlin
VEB Isolierungen Berlin
VEB Berlin-Chemie

Die Tatsache des Herausbildens eines Prototyps für den mehrgeschossigen Wohnungsbau und seine jahrelange weitverbreitete und massenweise Anwendung könnte die Schlußfolgerung zulassen, daß für diese Gebäudekategorie eine optimale und allgemeingültige Lösung gefunden wurde, wenn nicht im gleichen Zeitraum eine Reihe von Veränderungen aufgetreten wäre oder sich als Tendenz andeutete, die erheblichen Einfluß auf die Ausbildung des mehrgeschossigen Wohnungsbaues hat. Zwar weniger auf die Wohnungen selbst, jedoch tiefgreifender auf die Keller- und Erdgeschoßzone des Gebäudes. Und so läßt die Betrachtung der Veränderungen und ihrer Einflußnahme auf die Keller- und Erdgeschoßzone Zweifel an der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der bis jetzt bewährten Lösungen aufkommen.

Diese Veränderungen resultieren aus dem Bedürfniswandel, aus Verbesserungen der Lebensbedingungen und aus der bautechnischen Entwicklung und lassen sich folgendermaßen andeutungsweise charakterisieren:

■ Die zur Zeit noch am häufigsten angewandte Form des mehrgeschossigen Wohnungsbaues mit Vollunterkellerung und Streifenfundamenten entstand unter den technologischen Bedingungen traditioneller Bauweisen. Unter den Bedingungen industrieller Bauweisen zeigt sich heute, daß die herkömmliche Lösung des Kellergeschosses und die streifenförmige Gründung ungünstige Voraussetzungen für die Industrialisierung bieten.

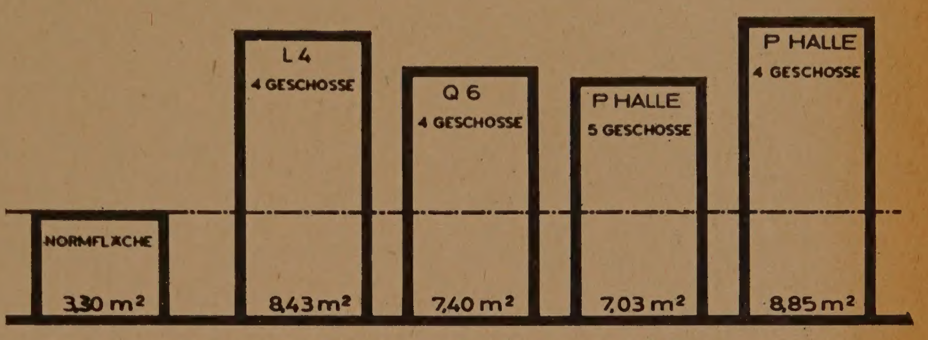
■ Die gegenwärtig noch in großem Maße angewandte Ofenheizung wird nach und nach einer fast ausschließlichen Anwendung moderner Heizungssysteme weichen.

■ Steigende Ansprüche an die Wohnung und wachsende wirtschaftliche Möglichkeiten werden zu einem Ansteigen der durchschnittlichen Fläche der Wohnungen führen.

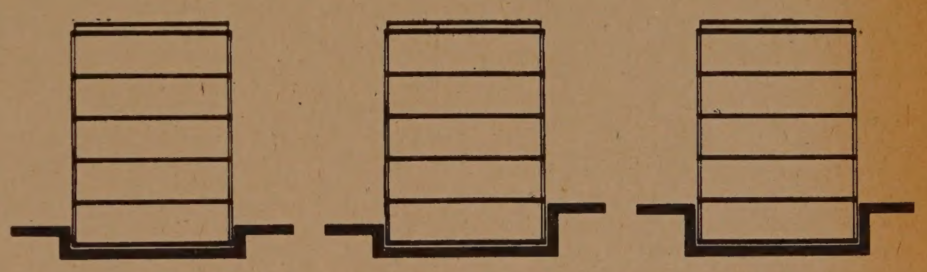
■ Der Ausbau des Netzes gesellschaftlicher Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen schafft neue Bedingungen für die Bevorratung von Nahrungsgütern und für die Wäsche- und Kleiderreinigung.

Die beiden erstgenannten Veränderungen wirken schon heute und stellen die Zweckmäßigkeit der bekannten Lösungen in Frage.

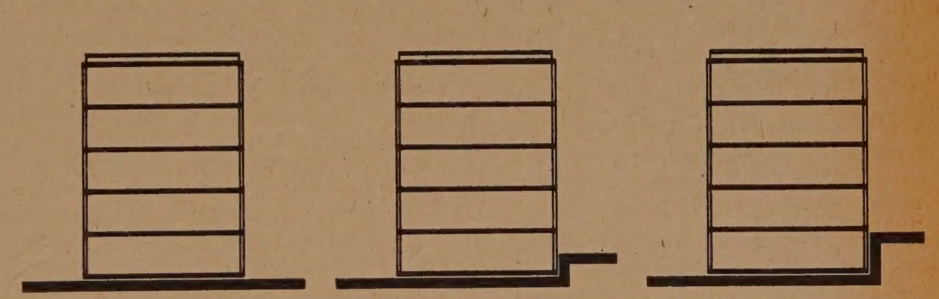
Da sich das Kellergeschoß von den Wohngeschossen durch eine in der Regel andere Geschoßhöhe, durch andere statische und bauphysikalische Bedingungen und durch eine andere Nutzung unterscheidet, treten bei Montagebauten andere Abmessungen der Fertigteile und bei Monolithbauweisen andere Schalungselemente auf. In beiden Fällen verlangen Kelleraußenwände einen anderen Materialeinsatz.



1 Durchschnittliche Fläche eines Mieterkellers für Dreiraum-Wohnungen verschiedener Typenreihen



2 Verschiedene Lösungsmöglichkeiten bei Ausführung des untersten Geschosses als Keller



3 Verschiedene Lösungsmöglichkeiten bei Ausführung des untersten Geschosses als Erdgeschoß

Besonders bei Bauweisen mit raumgroßen Fertigteilen, bei der Großtafelbauweise, die bis 1980 in der DDR vorherrschend sein wird, ergeben sich technologische Probleme, weil das Sortiment aller Fertigteile durch den Keller mit 27 bis 37 Prozent stark belastet wird. Dazu im Widerspruch steht der mit 10 bis 16 Prozent geringe zahlenmäßige Anteil der Kellerelemente an der Gesamtzahl der Elemente. Diese Relation wirkt kostenerhöhend, denn bei konsequenter Industrialisierung des Fertigteilbaues, die eine hohe Qualität der Fertigteile voraussetzt, werden komplizierte und teure Formen-Maschinen verlangt, zu deren Amortisation eine hohe Leistung erforderlich ist. Das setzt große Auflagen der einzelnen Elemententypen voraus.

Als Konsequenz ergäbe sich das Herauslassen der selteneren Elementetypen aus dem Vorfertigungsprogramm. Und so findet man gerade bei den höchstentwickelten industriellen Bauweisen, daß die selten auftretenden Bauteile monolithisch auf der Baustelle gefertigt werden. Diese Möglichkeit liegt durchaus im Sinne der Industrialisierung, falls man nicht konsequenter denkt und versucht, für den mehrgeschossigen Wohnungsbau eine Lösung zu finden, die in Abkehr von der gewohnten Vollunterkellerung optimale Bedingungen für den Prozeß der Industrialisierung schafft. Das ist umso mehr erforderlich, da neben dem Kellergeschoß die damit zusammenhängende Art der Gründung auf Streifenfundamenten einen hohen Industrialisierungsgrad behindert.

Die Gründung der Gebäude hat sich bisher am meisten den Industrialisierungsbestrebungen verschlossen, und nur das sowjetische Bauwesen hat in großem Umfang die Disproportionen zwischen Gründung und aufgehenden Geschossen im Industrialisierungsgrad überwunden. Die überwiegende



4 Sport- und Spielbereich am Wohnhaus auf der Ebene des untersten Geschosses

Anzahl aller Wohnbauten in der Sowjetunion wird nach modernen Verfahren mit hohem Industrialisierungsgrad gegründet.

Voraussetzung für die Verbreitung industrieller Gründungskonstruktionen (z. B. Pfahlgründung) war allerdings ein Abweichen von der traditionellen Lösung des mehrgeschossigen Wohnungsbaues, und diese Abweichung bestand in dem Verzicht auf eine Unterkellerung der Gebäude im herkömmlichen Sinne. Lediglich eine Art technisches Geschoß ist unter dem ersten Wohngeschoß vorhanden und dient der Aufnahme von haustechnischen Versorgungsleitungen.

Damit wurde gleichzeitig das Problem der zu technologischen Schwierigkeiten führenden Unterschiedlichkeit zwischen Keller- und Wohngeschossen gelöst. Hier hat also das Bestreben, sämtliche Bauteile des Bauwerks einer Industrialisierung zuzuführen, die bisherige Form des mehrgeschossigen Wohnungsbaues gesprengt.

Die Ablösung der Ofenheizung zugunsten moderner Heizungssysteme geht einher mit dem Fortfall der Lagerung von Brennstoffen. Damit kann die Größe der Mieterkeller verringert werden, und es entsteht im Keller ein Überangebot an Fläche.

Wie sich das schon bei den gegenwärtigen Typenreihen auswirkt, zeigt eine Grafik über die durchschnittliche Größe von Mieterkellern bei 4- und 5geschossigen Wohngebäuden.

Als Normfläche wurde die Flächenforderung des TGL-Entwurfs 9552, Bl. 2, vom November 1968 angenommen. Die Durchschnittswerte der zum Vergleich herangezogenen verschiedenen Typenreihen zeigen einen mehr als verdoppelten Flächenwert.

Während also durch den Fortfall der Ofenheizung sich die Anforderungen an die Fläche im Keller verringern und damit die Kellerfläche nicht voll ausgenutzt werden kann, wird künftig noch hinzukommen, daß sich der Keller insgesamt vergrößert, weil die Geschoßfläche in den Wohngeschossen und damit auch im Keller ansteigen wird.

Es sind zwei Faktoren, die zu einem Ansteigen der Geschoßfläche führen werden: Der erste Faktor liegt in der Tendenz zur Vergrößerung der Fläche der Wohnung selbst. Der zweite Faktor liegt in dem Bestreben, der Familiengröße und -zusammensetzung entsprechend – also familiengerecht – zu bauen, mit dem Ziel, besonders den Familien mit mehreren Kindern ausreichend große Wohnungen zu sichern. Wie sich das im Kellergeschoß auswirkt, ist an mehreren Grundrißbeispielen einer Studie unseres Instituts, die als Grundlage zur Erarbeitung der kommenden Wohnungsbaureihe 70 diente, untersucht worden.

Hier als Beispiel ein Dreispänner: Nach Unterbringung aller im TGL-Entwurf 9552 geforderten Funktionen einschließlich ihrer Flächengröße, also individuelle Abstellräume, Wäschetrockenraum und Unterstellmöglichkeiten für Kinderwagen und Fahrräder, ergibt sich eine Auslastung der nutzbaren Kellergeschoßfläche bei 5 Wohngeschossen von 48,10 Prozent und bei 4 Wohngeschossen von 54,60 Prozent. Diese Prozentsätze stehen stellvertretend für alle anderen Beispiele. Erst bei 9 Wohngeschossen ist die Kellergeschoßfläche zu 100 Prozent ausgenutzt.

Nun ergibt sich durch den Fortfall der Ofenheizung ein weiteres Argument, das über die Tatsache der unrationellen Nutzung des Kellers hinaus seine Notwendigkeit überhaupt in Zweifel zieht. Wenn schon die nicht mehr erforderliche Lagerung von Brennmaterial eine unrationelle Ausnutzung der Kellergeschoßfläche zur Folge hat, kommt außerdem hinzu, daß nun die Abstellräume der Mieter aus funktionellen Gründen nicht zwangsläufig im Kellergeschoß liegen müssen. Die Lagerung des Brennmaterials, dessen Bevorratung, Anlieferung und laufende Entnahme mit Schmutz- und Staubbildung verbunden ist, gestattete bisher aus hygienischen Gründen kaum eine Unterbringung der Abstellräume außerhalb des Kellers in den Wohngeschossen. Diese Möglichkeit ist bei Anwendung moderner Heizsysteme gegeben, eine Möglichkeit, von der im vielgeschossigen Wohnungsbau und bei Wohnhochhäusern schon seit langem Gebrauch gemacht wird. Unterstützt wird dieser Gesichtspunkt dadurch, daß mit der prognostisch gesehenen Entwicklung der Nahrungsgüterindustrie, der Methoden der Konservierung und Aufbewahrung die Bevorratung von Nahrungsgütern im Keller an Bedeutung verlieren wird.

Da alle die aufgeführten Veränderungen seit längerer Zeit mehr oder weniger stark wirken, sind im In- und Ausland abweichend vom Prototyp andere Lösungen entstanden, in der DDR z. B. in Rostock, Greifswald und Schwedt (Oder) kellerlose Gebäude, vor allem weger hohen Grundwasserstandes und besserer Erschließungsmöglichkeiten für die Gebäude.

In den Niederlanden und in den skandinavischen Ländern hat der häufige Bau von nur 3geschossigen Wohnbauten im Verein mit großen Wohnungen die Kellerfläche im Verhältnis zur Anzahl der Wohnungen so ansteigen lassen, daß ein Verzicht auf Unterkellerung wirtschaftlicher ist.

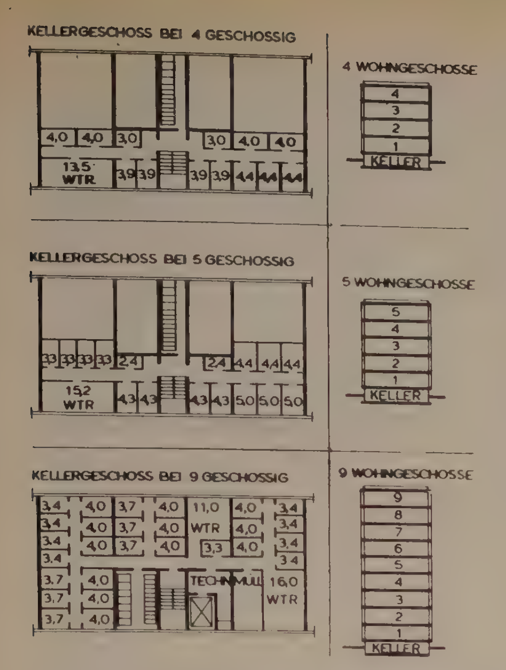
Und nicht zuletzt sind in der Sowjetunion kellerlose Entwurfslösungen auf dem besten Wege, die bisher angewandte Form der normalen Unterkellerung völlig abzulösen. Ähnliche Tendenzen zeigen sich in der ČSSR.

Zahlreiche internationale Beispiele lassen eine große Vielfalt der Lösungsmöglichkeiten für den Bereich der Keller- und Erdgeschoßzone erkennen, die sich aber auf einige Prinziplösungen zurückführen lassen:

Ausgehend von drei prinzipiellen Möglichkeiten des Eingreifens der untersten funktionell genutzten Geschosse in das Gelände bei ebenem Geländeverlauf, sind durch Mischung dieser Möglichkeiten alle vorhandenen Lösungen auch für nichtebenen Geländeverlauf dargestellt.

Wenn das unterste Geschoß auf beiden Gebäudelängsseiten mehr oder weniger in das umgebende Gelände eingreift, handelt es sich bei diesem Geschoß um einen Keller. In jedem Fall liegt der Fußboden unter der Oberkante des Geländes, und damit verbietet sich auch die Anordnung von Wohnungen und gesellschaftlichen Räumen.

Die zweite Gruppe vereinigt alle jene Fälle, bei denen mindestens auf einer Gebäudelängsseite das unterste Geschoß nicht in das Gelände eingreift und der Fußboden über der Oberkante des Geländes liegt. Damit kann von mindestens einer



5 Notwendige Flächen für Mieterkeller. Beim 4- und 5geschossigen Wohnungsbau werden bei Begrenzung der Mieterkeller auf die Normflächen Flächen für andere Nutzung frei.

Seite aus dieses Geschoß ebenerdig betreten werden.

Bei allen Fällen der zweiten Gruppe kann das unterste Geschoß als Erdgeschoß angesprochen werden, und es ist neben der Nutzung durch Neben- und gesellschaftliche Funktionen auch für Wohnzwecke geeignet.

Eine Analyse internationaler Beispiele bestätigte, daß alle Lösungsmöglichkeiten auftreten, sowohl was die Entwurfslösung als auch die Nutzung betrifft. Sie belegt auch die Richtigkeit der eingangs aufgestellten Behauptung, daß bei unterkellerten Wohnbauten die Kellerfläche wegen des geringen Anspruchs an Nebenräume nicht voll genutzt werden kann. Zwei Lösungsmöglichkeiten sind dabei am häufigsten:

■ Die Anwendung flächenmäßig überdimensionierter individueller und gemeinschaftlicher Nebenräume

■ Die Aufnahme weiterer Funktionen in das Kellergeschoß (z. B. Garagen) bei normal bemessenen individuellen und gemeinschaftlichen Nebenräumen.

Wenn der Keller durch Herausheben aus dem Erdreich den Status eines Erdgeschosses erhält, hält dieses Geschoß weitaus mehr Nutzungsmöglichkeiten bereit und bietet damit auch mehr Möglichkeiten, die Fläche des untersten Geschosses durch Wohn-, Neben- und gesellschaftliche Funktionen und deren Mischung rationell zu nutzen. Innerhalb der vielfältigen Lösungsmöglichkeiten für die Keller- und Erdgeschoßzone treten drei am häufigsten auf und sind als charakteristisch anzusprechen.

■ Unterkellert – Das Kellergeschoß liegt zur Hälfte im Erdgeschoß, alle individuell und gemeinschaftlich zu nutzende Abstellräume sind im Kellergeschoß untergebracht, die Leitungen der haustechnischen Versorgung verlaufen in der Kellergeschoßebene.

■ Nichtunterkellert – Die haustechnischen Versorgungsleitungen verlaufen innerhalb eines bekriechbaren Installationsgrabens, die individuell nutzbaren Abstellräume sind in den Wohnungen oder zumindest in den Wohngeschossen, gemeinschaftliche Nebenräume – wenn vorhanden – im nahezu ebenerdigen Erdgeschoß.

■ Nichtunterkellert – Sowohl die haustechnischen Versorgungsleitungen, alle Nebenräume und auch Wohnungen sind im ebenerdigen Erdgeschoß untergebracht.

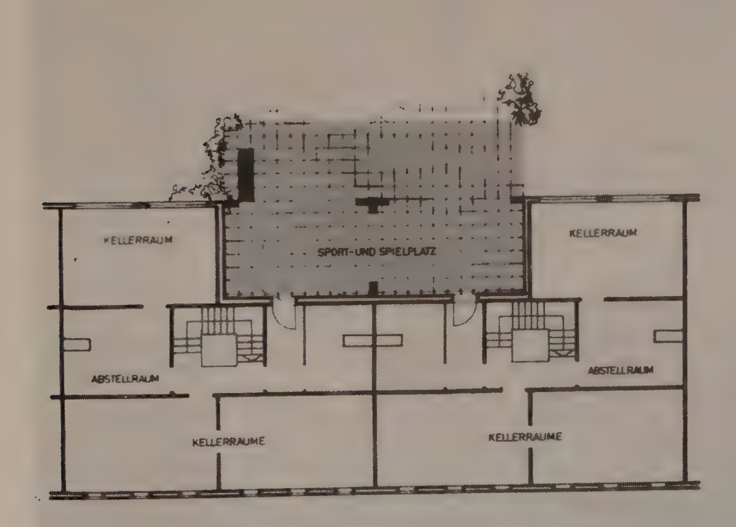
Wenn auch die zweite Lösungsmöglichkeit

6 Vorschlag: Sport- und Spielbereich im Untergeschoß

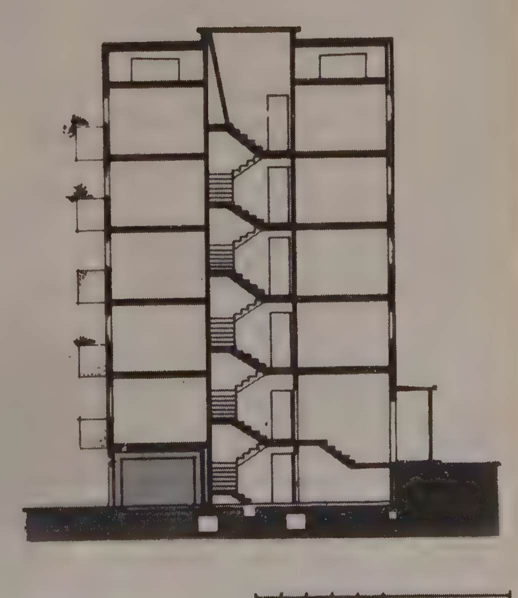


ANSICHT-WOHNSEITE

SPORT- UND SPIELBEREICH IM UNTERGESCHOSS

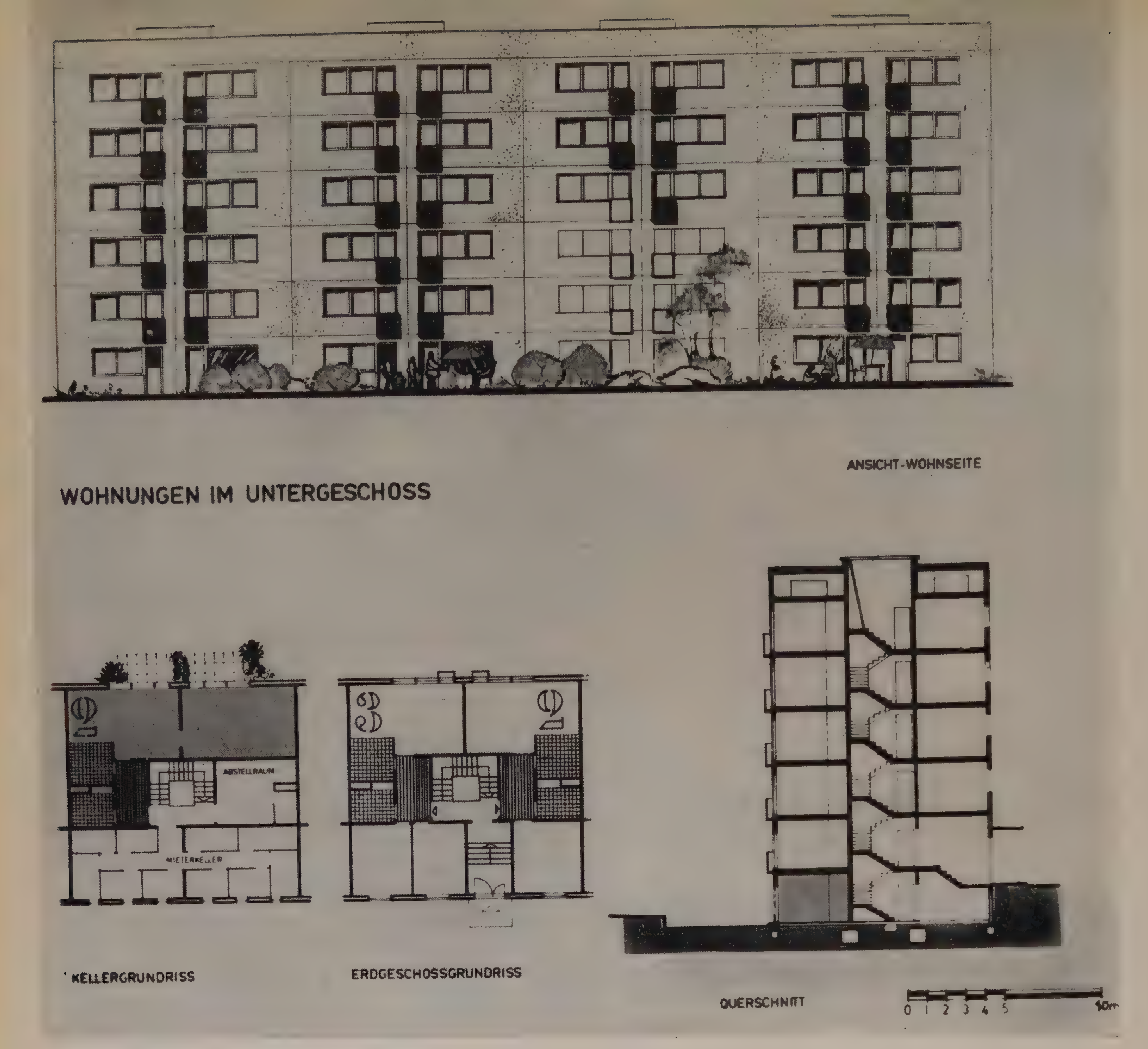


KELLERGRUNDRISS



QUERSCHNITT





7 Vorschlag: Zusätzliche Wohnungen im untersten Geschoß

wegen der unabhängig von den Geschossen verlaufenden Versorgungsleitungen die vielfältigeren Nutzungsmöglichkeiten bereithält, so stellt sich doch die dritte Lösungsmöglichkeit aus einer Reihe volkswirtschaftlicher Überlegungen als die gegenwärtig günstigste dar.

In Schwedt (Oder) wurde mit der Typenvariante P 2 S diese Lösungsmöglichkeit zur Anwendungsreife gebracht und im Wohnkomplex VI gebaut, dabei behindern preisrechtliche Bestimmungen die weitere Durchsetzung dieser kostengünstigen und mit dem Vorteil des beidseitigen Hauszuganges ausgestatteten Variante. Während in Schwedt (Oder) über dem ebenerdig liegenden Erdgeschoß, das teilweise Wohnungen aufnimmt, vier Wohngeschosse liegen, gehen einige Vorschläge, die im Katalog dargestellt sind, von dem Gedanken aus, wie im Zusammenhang mit der vorhandenen oder auch beim Bauvorgang beeinflußten Geländestruktur ohne Erhöhung der Anzahl der zu steigenden Treppen sechs Wohngeschosse genutzt werden können.

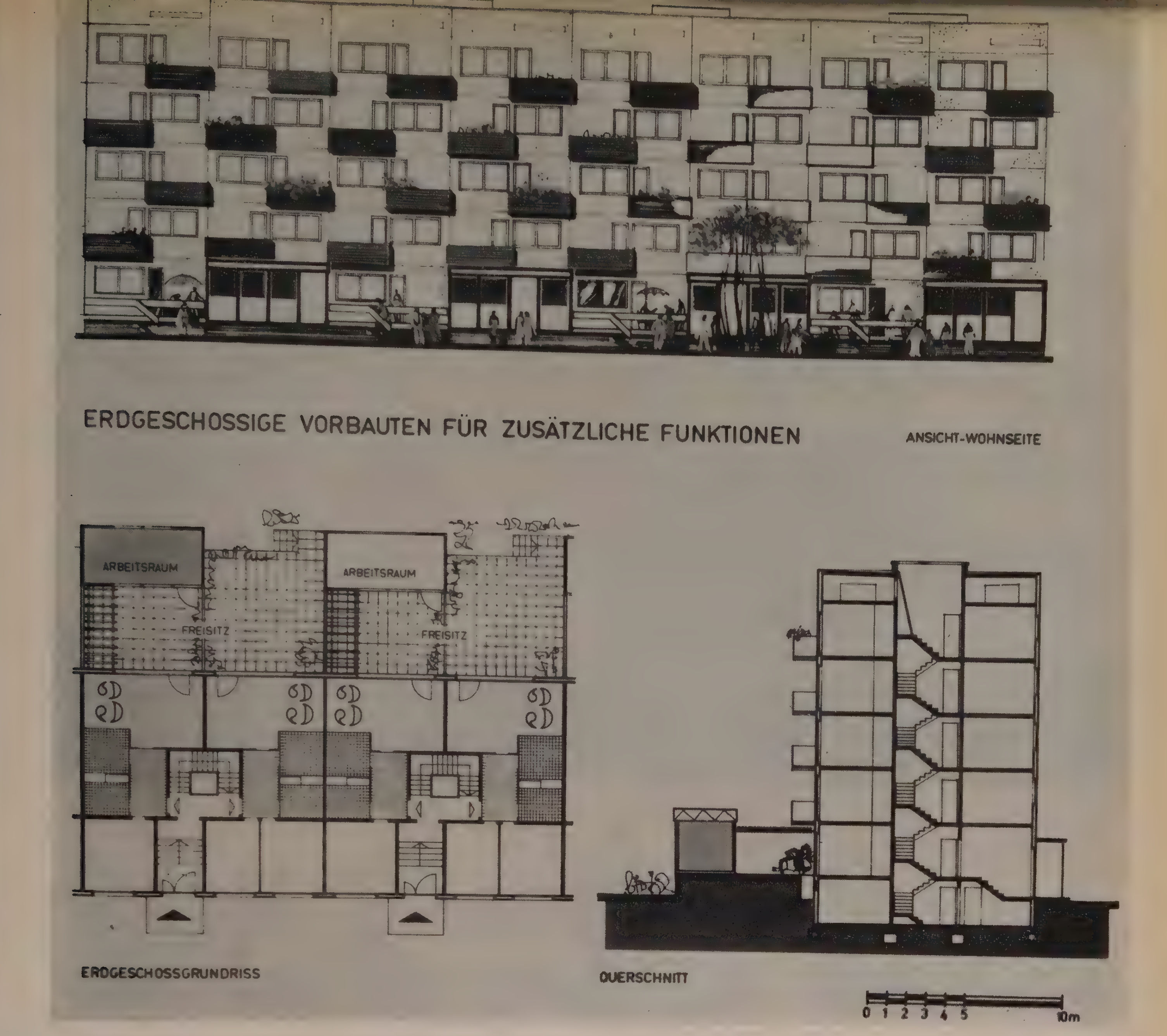
Neben Wohnungen, die den Vorteil des ebenerdigen Zuganges mit der Möglichkeit der individuellen Nutzung des angrenzenden Wohngrüns vereinen und dadurch auch, und besonders für kinderreiche Familien, für ältere Menschen und für körperbehinderte geeignet sind, kann in diesem Geschoß – wie im Katalog dargestellt – eine Reihe gemeinschaftlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen vorgesehen werden, wie zum Beispiel Reparaturstützpunkte, Vergeßlichkeitsläden oder kleinere Gasträume. Eine so gestaltete Erdgeschoßzone kann dem Vorübergehenden und Nutzer durch den Wechsel von Wohnungen und gesellschaftlich genutzten Räumen differenzierte und anregende Erlebnisse vermitteln. Wenn diese Räume von vornherein disponibel gestaltet sind, können die Mietergemeinschaften Art und Weise der Nutzung mitbestimmen. Dafür, daß diese Lösung einen ökonomischen Nutzeffekt aufweisen kann, sprechen drei Tatsachen:

- Der Gewinn zusätzlicher Wohnfläche über 5 Wohngeschosse hinaus, ohne daß eine Aufzugseinrichtung vorgesehen werden braucht.
- Die Einsparung von Investitionen für einige gesellschaftliche Einrichtungen, die sonst an anderen Stellen vorgesehen werden müßten.
- Eine Bereinigung des Elementesortimentes, da statt der in der Höhe verringerter Kelleraußenwand- und Innenwandelemente nur Normalgeschoßelemente zur Anwendung kommen.

Unter den Bedingungen und Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution gewinnt dieser technologische Aspekt größere Bedeutung. Automatisierung der Produktion und Projektierung, weitgehende Kooperation bei vertiefter Spezialisierung und die Industrialisierung aller Bauprozesse verlangen eine höhere Stufe der Vereinheitlichung, Austauschbarkeit und Variation unter dem Gedanken des Einheitssystems Bauwesen.

Unabhängig von der Bauweise wird diejenige Entwurfslösung am vorteilhaftesten sein, wo die gleichartigen Parameter im Verein mit der größten Häufigkeit auftreten. Das spielt eine umso größere Rolle, je umfangreicher und höher der Vorfertigungsgrad der Bauteile ist, weil damit der Aufwand auf der Vorfertigungsseite ein immer wesentlicherer Einflußfaktor wird.

Während der oben beschriebene Vorschlag das bisherige Kellergeschoß durch Geländemodellierung und veränderte Geschoßhöhe in den Rang eines Erdgeschosses versetzt, zeigen die aus dem Katalogwerk aus-



8 Vorschlag: Freisitze und eingeschossige Vorbauten für zusätzliche Funktionen in der Ebene des untersten Geschosses

gewählten folgenden beiden Beispiele den Versuch, unter Beibehaltung der gewohnten Kellerlösung Vorteile nichtunterkellerter Wohngebäude aufzugreifen.

Ein Beispiel ist Ausdruck der Suche nach Möglichkeiten, die nicht vollständig genutzte Fläche des Kellers erweiterten Nutzungen zuzuführen. Im Zusammenhang mit Flachgründungen, die sich unabhängig machen von dem Zwang, die Fundamente auf frostfreie Tiefe zu führen, und hängigem Gelände könnte der Keller einseitig völlig aus dem Erdreich – zumindest partiell – ragen und damit eine direkte und vom Hauseingang unabhängige Zugangsmöglichkeit bieten. Zusammen mit der dadurch verbesserten Belichtung der Kellerräume kann ein Teil der Kellergeschoßfläche für gemeinschaftliche oder gesellschaftliche Zwecke – wie hier für einen Sport- und Spielraum mit anschließender Freifläche – genutzt werden.

Der nächste Vorschlag geht davon aus, unter Ausnutzung der vorhandenen Geländestruktur oder durch nachträgliche Aufschüttungen das Gelände annähernd auf die Ebene des Erdgeschosses zu bringen, um den Wohnungen im Erdgeschoß zusammen mit den Vorteilen einer ebenerdigen Verbindung nach draußen die Möglichkeit von vergrößerten Freisitzen zu bieten und damit auch in der äußeren Erscheinung des Gebäudes eine wirkungsvollere Beziehung zwischen drinnen und draußen zu erreichen. Vor diesen Wohnungen können vorgefertigte oder in Selbsthilfe errichtete Raumeinheiten mit unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten die Wohnung erweitern und den Freiraum begrenzen.

Den breitesten Raum im Katalogwerk nehmen die Vorschläge für eine lebendige Fassadengestaltung ein. Mit über 50 Beispielen stellt der Katalog eine breite Palette von Gestaltungsmöglichkeiten dar, gedacht als Anregung für weitere Vorschläge und als Auswahl für eine vertiefte Bearbeitung bis zur Anwendungsreife, um die Angebote der Finalproduzenten zu erweitern. Die Gestaltungsvorschläge erfolgten nach folgenden Prinzipien:

- Gestaltung durch Farbe unter Beibehaltung der Elementegrößen und der Fensteröffnungen
- Gestaltung durch Farbe und durch veränderte Fenstergrößen unter Beibehaltung der Elementegrößen
- Gestaltung durch Anwendung plastischer Bauteile und veränderter Fensteröffnungen
- Gestaltung durch plastische Gliederung der Baukörper

Durch den Nachweis des preislichen Aufwandes und Hinweise auf konstruktive oder technologische Besonderheiten wird die Entscheidungsfindung für diese oder jene Variante erleichtert, wobei preislich aufwendige Lösungen bestimmten und wichtigen städtebaulichen Situationen vorbehalten bleiben sollten.

Unter den hier als Auswahl vorgestellten Varianten befindet sich der Versuch, durch eine abgewandelte Dachform eine Angleichung an historische Gebäudeformen zu suchen, was bei Einordnung industrieller Bauten in Altbaugebieten Bedeutung erlangt.

Sämtliche Vorschläge des Katalogwerkes gehen von den gegenwärtigen Typenreihen des industriellen Wohnungsbaues aus und stützen sich auf Entwurfslösungen für kurze Deckenspannweiten (QP) und für Spannbetondecken (P 2). Auf letztere wurde besonders orientiert, weil Deckenspannweiten mit 6 m auch bei geplanten Wohnungsbausystemen zur Anwendung kommen werden, so daß der Hauptanteil der Fassadenvorschläge auch für den künftigen Wohnungsbau eine gültige Anregung bedeutet.

Gestaltung durch Farbe unter Beibehaltung der Elementgrößen und der Fensteröffnungen.

Gestaltung durch Farbe und veränderte Fensteröffnungen unter Beibehaltung der Elementgrößen

Gestaltung durch Verwendung plastischer Bauteile und veränderte Fensteröffnungen

Gestaltung durch plastische Gliederung der Baukörper

Hauptsächlich vorgeschlagene Mittel zur Differenzierung in der Fassadengestaltung

10

Bezeichnung:

P 2, fünfgeschossig, Wohnraumseite

Art des Elementes:

Frontwandelement

Sichtflächenbeschreibung:

Unter Beibehaltung der Fenster- und Loggienanordnung sind Fensterschäfte und Loggienbrüstung farbig behandelt. Die Farbflächen sind reliefartig abgesetzt.

Konstruktion:

Keine Besonderheiten

Fertigung:

Das Element wird mit unterliegender Sichtfläche in der Kippform gefertigt.

Die Fertigung der Loggienbrüstungen und Seiten erfolgt in Einzelformen.

Komplettierung:

Die Fertigstellung der Fassadensichtfläche erfolgt auf Grund der Materialwahl bauseitig.

Material:

Farbige Fläche: Glaskrösel
Weiße Fläche: Silikatanstrich

Liefernachweis:

Glaskrösel: VEB Farbglaswerke Reichenbach
Silikatanstrich: VEB Berlin-Chemie

Lebensdauer:

Glaskrösel: 15 Jahre
Silikatanstrich: 20 Jahre

Preise:

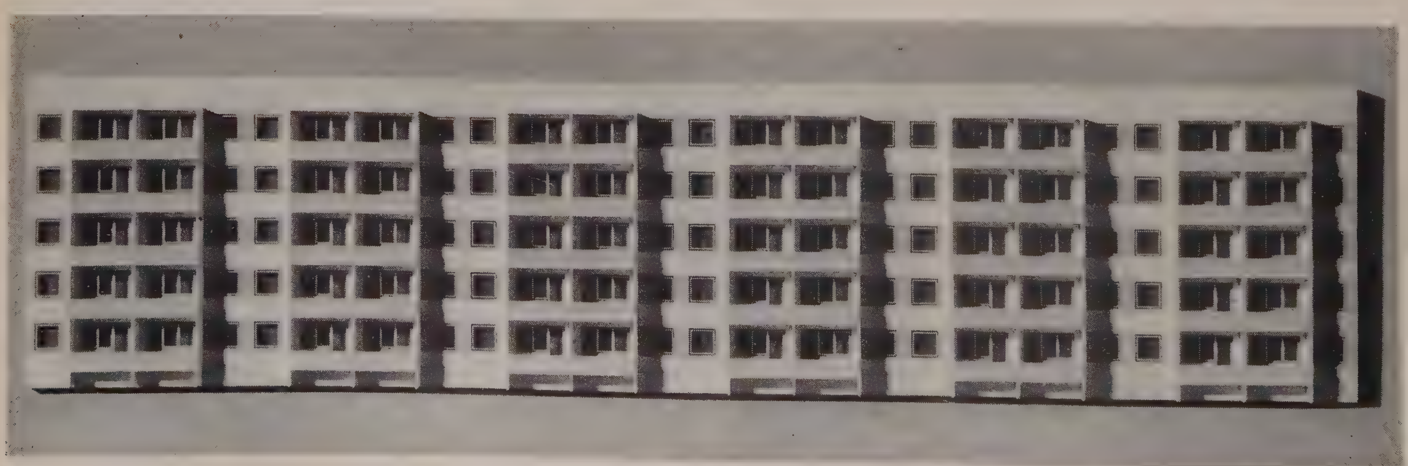
Sichtflächenmaterial	9,60 M/m² Fassade
zusätzliche Konstruktion	44,60 M/m² Fassade
	54,20 M/m² Fassade
Gesamtpreis	16,60 M/m² Wohnfläche
Aufpreis	2,00 M/m² Wohnfläche
Aufpreis in Prozent	+ 0,4 %

(bezogen auf eine vergleichbare, ausgeführte Fassade)

Bemerkungen:

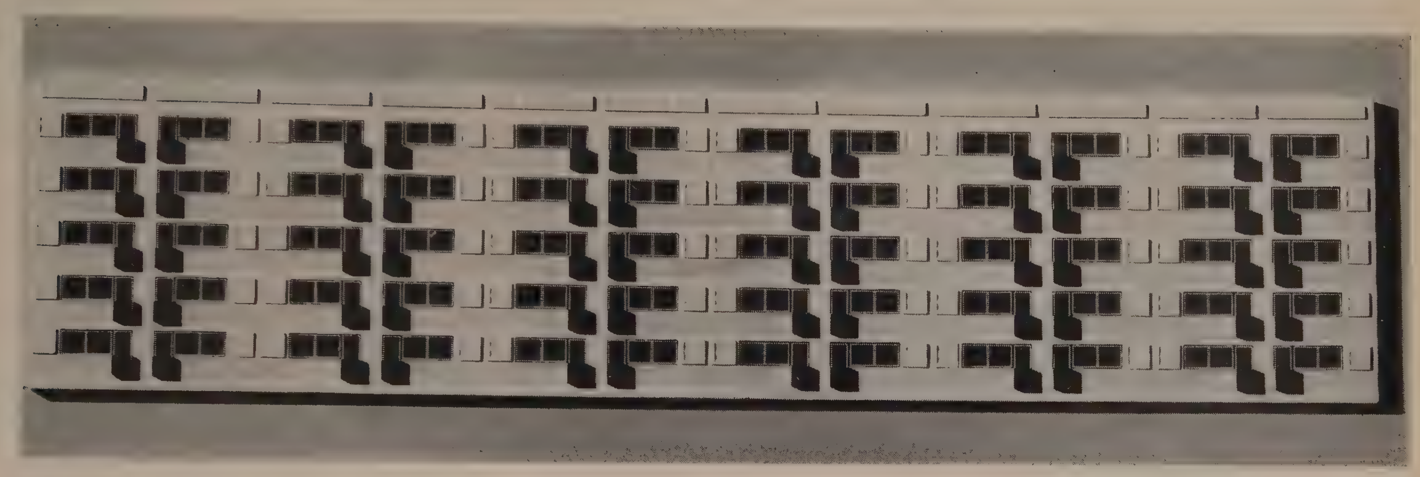
Der Vorschlag ist unter Beibehaltung der vorhandenen Technologien ausführbar und kann kurzfristig in die Produktion übernommen werden. Es ist zu prüfen, inwieweit die Beschichtung in den Bereich der Vorfertigung verlegt werden kann. Die vorgeschlagenen Materialien sind entsprechend örtlicher Gegebenheiten austauschbar.

10





11



12

11

P 2 fünfgeschossig, Schlafraumseite

Normalelemente mit farbig und reliefartig abgesetzten Flächen

Material der Sichtfläche:

Farbflächen	– Silikatspachtelputz
Restflächen	– Silikatanstrich

Preise:

Sichtflächen	3,20 M/m² Fassade
zusätzliche Konstruktion	–
Gesamtpreis	3,20 M/m² Fassade
Preis/m² Wohnfläche	1,00 M/m² Wohnfläche
Einsparung	0,40 M/m² Wohnfläche
Einsparung in Prozent	0,1 %

(bezogen auf eine vergleichbare, ausgeführte Fassade)

Der Vorschlag ist mit vorhandenen Technologien realisierbar und kann kurzfristig in die Produktion übernommen werden.

12

P 2 fünfgeschossig, Wohnraumseite

Außenwandelement mit Fensterpaar und farbig abgesetztem Austritt, im Schaft- und Drempelbereich prismenartige Reliefs

Material der Sichtfläche:

Farbige Austrittsbrüstung	– emailliertes Stahlblech
Weiße Fläche	– Waschbeton

Preise:

Sichtfläche	15,50 M/m² Fassade
zusätzliche Konstruktion	2,70 M/m² Fassade
Gesamtpreis	18,20 M/m² Fassade
Preis/m² Wohnfläche	5,60 M/m² Wohnfläche
Einsparung	9,00 M/m² Wohnfläche
Einsparung in Prozent	1,8 %

(bezogen auf eine vergleichbare, ausgeführte Fassade)

Der Vorschlag ist mit vorhandenen Technologien realisierbar. Das emaillierte Stahlblech ist gegebenenfalls durch ein anderes Material zu ersetzen.

13

P 2 fünfgeschossig, Schlafraumseite

Außenwandelement mit farbig und reliefartig abgesetzten quadratischen Flächen

Material der Sichtfläche:

Farbige Fläche	– Spaltkeramik
Weiße Fläche	– Silikatanstrich

Preise:

Sichtflächen	18,50 M/m² Fassade
zusätzliche Konstruktion	–
Gesamtpreis	18,50 M/m² Fassade
Preis/m² Wohnfläche	5,70 M/m² Wohnfläche
Aufpreis	5,10 M/m² Wohnfläche
Aufpreis in Prozent	1,0 %

(bezogen auf eine vergleichbare, ausgeführte Fassade)

Der Vorschlag ist mit vorhandenen Technologien realisierbar und kann kurzfristig in die Produktion übernommen werden.

13





14

14

P 2 fünfgeschossig, Wohnraumseite

Die einzelnen Sektionen sind durch Zwischenglieder mit Loggien verbunden. Die Schäfte sind farbig abgesetzt.

Material der Sichtfläche:

Farbige Flächen	– keramisches Mosaik
Weiße Flächen	– Silikatanstrich

Preise:

Sichtflächen	7,10 M/m² Fassade
zusätzliche Konstruktion	8,00 M/m² Fassade
Gesamtpreis	15,10 M/m² Fassade
Preis/m² Wohnfläche	5,50 M/m² Wohnfläche
Einsparung	9,10 M/m² Wohnfläche
Einsparung in Prozent	1,8 %

(bezogen auf eine vergleichbare, ausgeführte Fassade)

Der Vorschlag erfordert einen relativ geringen Mehraufwand für die Zwischenglieder, der durch den Gewinn an Wohnfläche mit Sicherheit preislich abgedeckt ist.

15

P 2 zehngeschossig, Wohnraumseite

Außenwandelement mit großem Fenster und Austritt für jeden Wohnraum, geschoßweise wechselnd versetzt

Material der Sichtfläche:

Farbige Fläche	– Spaltkeramik
Austritte	– Silikatanstrich
Weiße Fläche	– Silikatanstrich

Preise:

Sichtflächen	22,70 M/m² Fassade
zusätzliche Konstruktion	2,70 M/m² Fassade
Gesamtpreis	25,40 M/m² Fassade
Preis/m² Wohnfläche	8,90 M/m² Wohnfläche
Aufpreis	5,50 M/m² Wohnfläche
Aufpreis in Prozent	1,0 %

(bezogen auf eine vergleichbare, ausgeführte Fassade)

Der Vorschlag ist mit vorhandenen Technologien ausführbar, ein Mehraufwand entsteht durch die Anordnung des besonderen Fensters.

16

P 2 fünfgeschossig, Wohnraumseite

Die einzelnen Sektionen sind durch Zwischenglieder verbunden, der Drempel ist giebelartig ausgebildet. Austritte vor den Wohnräumen.

Material der Sichtfläche:

Farbige Fläche	– Spaltkeramik
Weiße Fläche	– Silikatanstrich
Austrittsbrüstung	– emailliertes Stahlblech

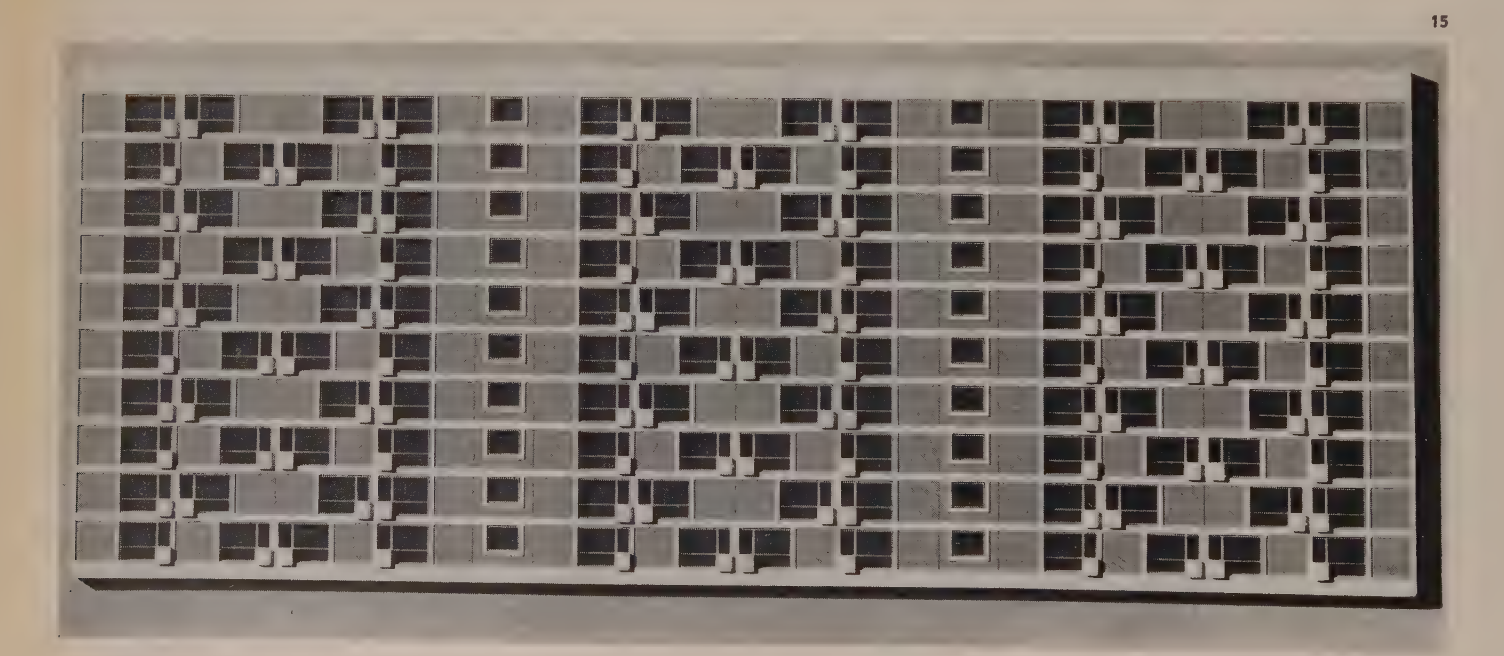
Preise:

Sichtflächen	9,50 M/m² Fassade
zusätzliche Konstruktion	2,10 M/m² Fassade
Gesamtpreis	11,60 M/m² Fassade
Preis/m² Wohnfläche	4,20 M/m² Wohnfläche
Einsparung	10,40 M/m² Wohnfläche
Einsparung in Prozent	2,1 %

(bezogen auf eine vergleichbare, ausgeführte Fassade)

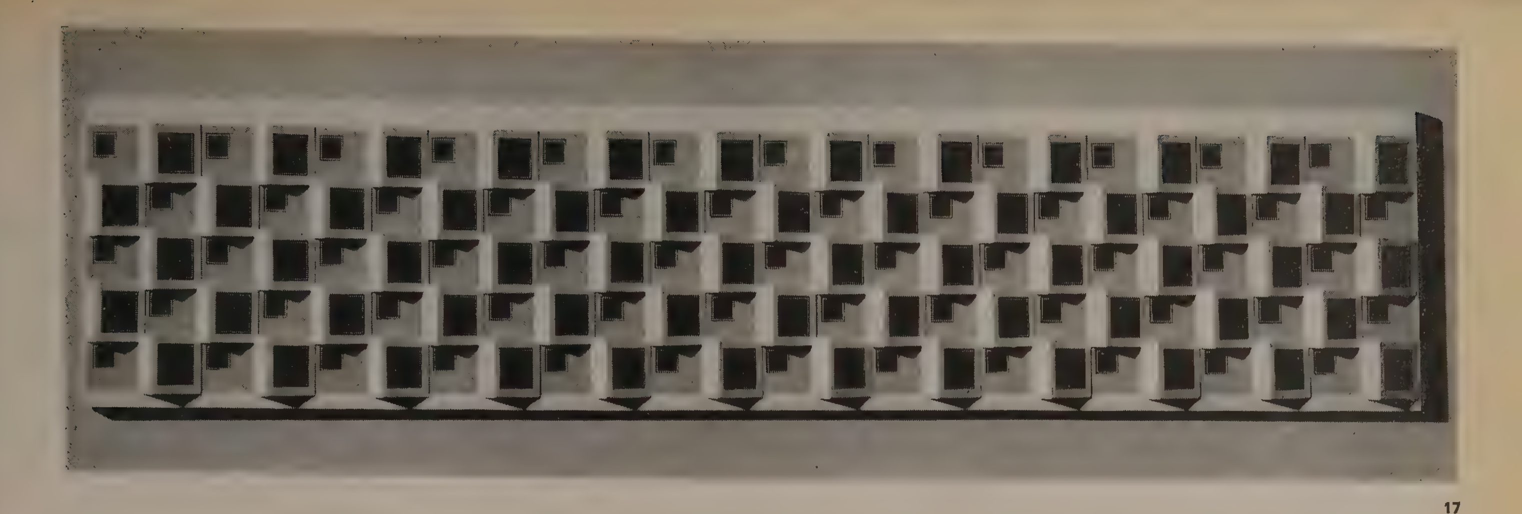
Der Vorschlag ist auf der Grundlage vorhandener Technologien ausführbar. Gegebenenfalls ist der Einsatz von emailliertem Stahlblech zu überprüfen.

15



16





17

17

P 2 fünfgeschossig, Wohnraumseite

Geschoßweise wechselnde Dreieckserker mit farbig abgesetzten Restflächen

Material der Sichtfläche:

Erker	– Silikatanstrich
Farbige Flächen	– Silikatspachtelputz

Preise:

Sichtflächen	2,70 M/m² Fassade
zusätzliche Konstruktion	76,50 M/m² Fassade
Gesamtpreis	79,20 M/m² Fassade
Preis/m² Wohnfläche	24,20 M/m² Wohnfläche
Aufpreis	9,60 M/m² Wohnfläche
Aufpreis in Prozent	1,9 %

(bezogen auf eine vergleichbare, ausgeführte Fassade)

18

P 2 fünfgeschossig, Wohnraumseite

Fassade mit geschoßweise wechselnd angeordneten Fensterpaaren und zwischenliegenden Farbfeldern

Material der Sichtfläche:

Farbige Flächen	– Silikatspritzputz
Weiße Flächen	– Silikatanstrich

Preise:

Sichtflächen	3,50 M/m² Fassade
zusätzliche Konstruktion	–
Gesamtpreis	3,50 M/m² Fassade
Preis/m² Wohnfläche	1,10 M/m² Wohnfläche
Einsparung	13,50 M/m² Wohnfläche
Einsparung in Prozent	2,7 %

(bezogen auf eine vergleichbare, ausgeführte Fassade)

Der Vorschlag ist mit vorhandenen Technologien realisierbar und kann kurzfristig in die Produktion übernommen werden.

19

QP fünfgeschossig, Wohnraumseite

Außenwandelement mit reliefartig abgesetzten Brüstungsstreifen und farbiger Brüstung im Fensterbereich

Material der Sichtfläche

Farbige Flächen	– Spaltkeramik
Weiße Flächen	– Silikatanstrich

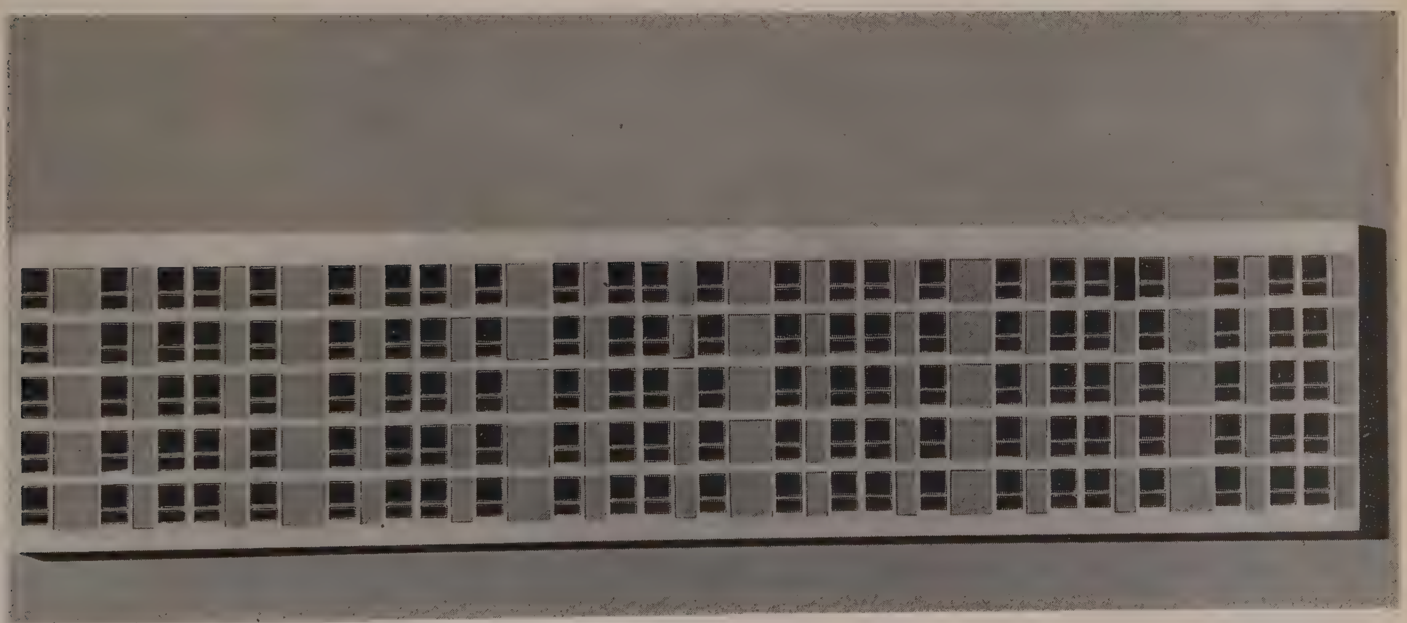
Preise:

Sichtflächen	7,50 M/m² Fassade
zusätzliche Konstruktion	9,10 M/m² Fassade
Gesamtpreis	16,60 M/m² Fassade
Preis/m² Wohnfläche	5,60 M/m² Wohnfläche
Aufpreis	3,60 M/m² Wohnfläche
Aufpreis in Prozent	0,7 %

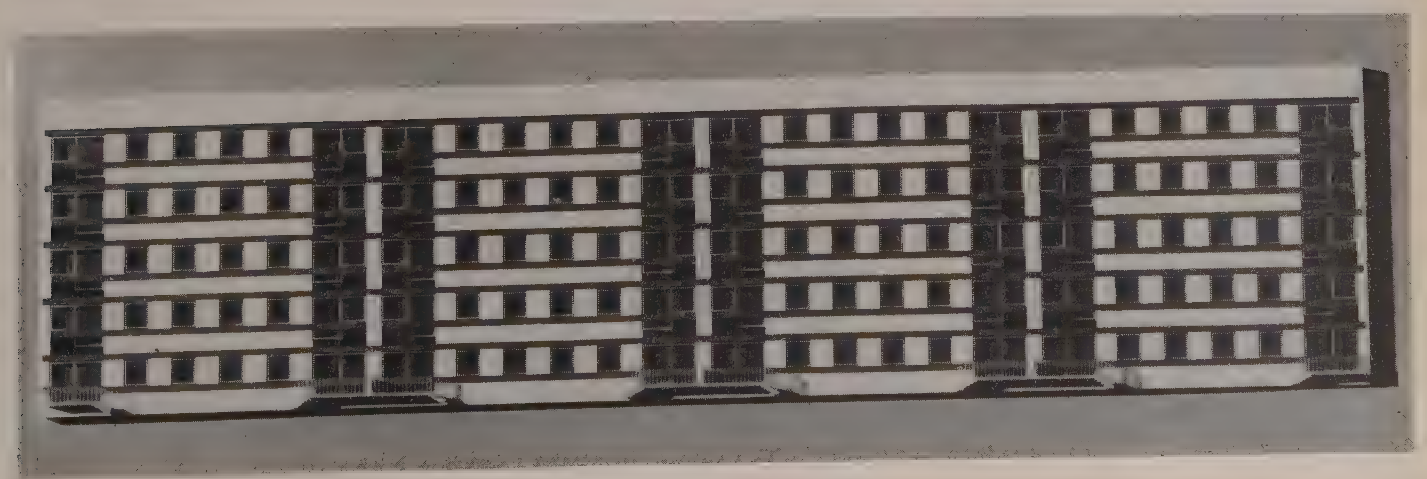
(bezogen auf eine vergleichbare, ausgeführte Fassade)

Die Austritte im Erdgeschoß ermöglichen eine direkte Verbindung dieser Wohnungen mit dem Freiraum. Der Vorschlag kann ohne erheblichen Mehraufwand realisiert werden.

18



19



NIEMAND
HAT DAS RECHT
ZU VERGESSEN
UND
NIEMAND
DARF VERGESSEN
UM DES LEBENS
UM DER
MENSCHHEIT WILLEN



1

Mahn- und Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge

Ehrenamtliches Projektierungskollektiv beim Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Magdeburg

Autoren:

Gartenarchitekt BDA Heinz Sauerzapf
Bauingenieur Peter Sossna, Architekt BDA
Dipl.-Ing. Claus-Dieter Feldmann, Architekt BDA

Unter Mitwirkung des Bildhauers
Eberhard Roßdeutscher VBK DDR

2



In den faschistischen Konzentrationslagern sind viele Millionen Menschen aus allen Ländern Europas aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen inhaftiert, zu Tode gequält, erschlagen, vergiftet, vergast, erdrosselt und verbrannt worden. Das war eine Feststellung des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg, die ebenfalls auf das Konzentrationslager Langenstein-Zwieberge zutraf.

Der Terror der Faschisten richtete sich zuerst gegen die Kommunisten und dann gegen die anderen Hitlergegner in Deutschland. Sie wurden zu Hunderttausenden verhaftet und in die Konzentrationslager gesperrt. Später füllten sich diese Lager, die sich dann zu Hunderten über ganz Europa erstreckten, mit Menschen aller Länder unseres Kontinents.

In den Konzentrationslagern wurden Menschen vernichtet, deren ganzes „Verbrechen" darin bestanden hatte, daß sie die Menschen liebten und um der Menschheit willen gegen Krieg, Not, Ausbeutung und Unterdrückung kämpften. Sie waren treue Söhne ihrer gepeinigten Völker.

Die Konzentrationslager wurden zu Stätten fabrikmäßiger Menschenvernichtung, wofür die deutschen Industriegewaltigen die Einrichtungen, Verbrennungsöfen, Gaskammern, Giftgas usw. lieferten und hohe Profite daraus zogen.

Im Verlaufe des Krieges trat eine weitere Umwandlung der Konzentrationslager ein. Die deutschen Industriekonzerne, allen voran IG-Farben, Krupp, die Siemens-AG, Junkers und andere, forderten mehr und vor allem billige Arbeitskräfte.

Im Vordergrund stand jetzt nicht mehr die Vernichtung der Häftlinge durch Gas oder Erschießen, sondern ihre Massenvernichtung durch Fronarbeit. Als Arbeitssklaven für die deutschen Konzerne mußten jetzt die Gefangenen bei ständiger Unterernährung ihre letzten Kräfte hingeben. Kinder, Greise und Arbeitsunfähige wurden nach wie vor in die Gaskammern geschickt oder sonstwie vernichtet. Die Arbeitsfähigen aber mußten unmenschlich schuften und starben vor Erschöpfung und Hunger, zumeist schon nach einigen Monaten Frondienst. Brachen sie zusammen und wurden arbeitsunfähig, bedeutete das den sicheren Tod durch Gas oder Genickschuß.

Als nach der vernichtenden Schlacht an der Wolga sich die Zerschlagung des Faschismus abzuzeichnen begann und ein großer Teil der faschistischen Rüstungsindustrie bombardiert worden war, begannen die deutschen Imperialisten wichtige Zweige der Rüstungsproduktion an sichere Stellen zu verlegen.

Zu dem Bau der unterirdischen Werkhallen wurden besonders die Häftlinge der Konzentrationslager herangezogen, die in so-

3

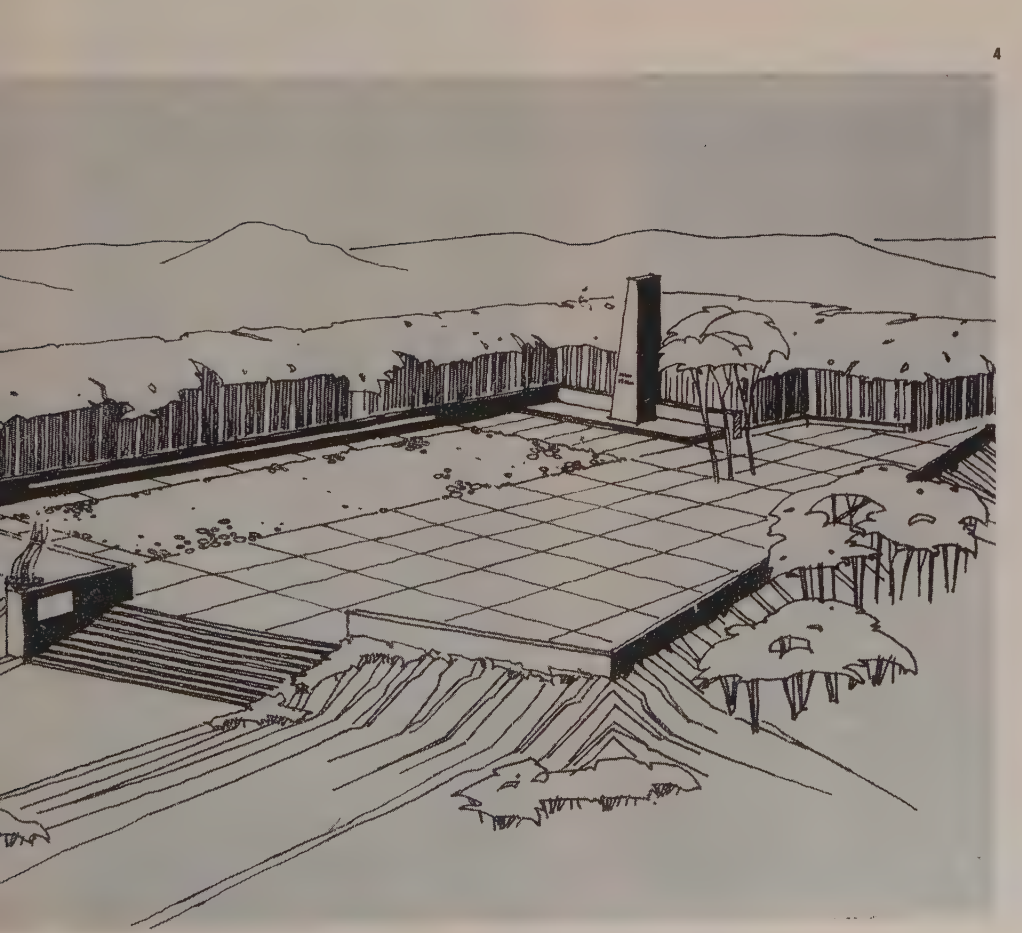
1
Blick auf den Obelisk der Mahn- und Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge

2
Zaun des ehemaligen Konzentrationslagers, in dem mehr als 5000 Menschen aus 16 Nationen von den Faschisten ermordet wurden

3
Denkmal mit der Darstellung des Marsches der 3000 Häftlinge, auf dem im April 1945 2500 von ihnen von der SS erschossen wurden
Bildhauer: Eberhard Roßdeutscher

4
Schaubild eines Teils der Gedenkstätte

4



genannten Außenkommandos der KZ-Lager untergebracht waren.

Das ehemalige Konzentrationslager Langenstein-Zwieberge war eines der berüchtigtsten Außenkommandos des KZ Buchenwald. Hier wurden innerhalb eines Jahres (April 1944 bis April 1945) mehr als 5000 Menschen aus 16 Nationen auf bestialische Art und Weise ermordet.

Bei Evakuierung des Lagers im April 1945 wurden weiter über 2000 KZ-Häftlinge auf dem Marsch von SS-Begleitmannschaften erschossen.

Die Errichtung dieses Lagers übernahm die Baugruppe Schlempp, deren stellvertretender Leiter der frühere Bundespräsident der BRD, Heinrich Lübke, war. Ein äußerlich unscheinbares Architektenbüro in der Berliner Bellevuestraße Nr. 6 entwarf Todesfabriken für die Großkonzerne!

Den Tausenden Opfern des KZ Zwieberge wurde eine Gedenkstätte geschaffen. Sie ist ein Ausdruck dafür, daß in der DDR der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet wurde, daß die Bürger unseres Staates niemals vergessen, mit welchen Opfern die Befreiung unseres Volkes vor 26 Jahren erkämpft wurde. Sie mahnt uns, immer daran zu denken, daß die Hintermänner der faschistischen Henker von Zwieberge noch heute führende Positionen in der BRD innehaben und ihre menschenverachtenden Ziele nicht aufgegeben haben.

5
Denkmal mit Relief an einem der Massengräber

6
Die Todeskiefer, an der viele Häftlinge von den Faschisten erhängt wurden, mit dem Einzelgrab des sowjetischen Obersten Andrej

7
Bronzerelief mit der Darstellung des ehemaligen Konzentrationslagers



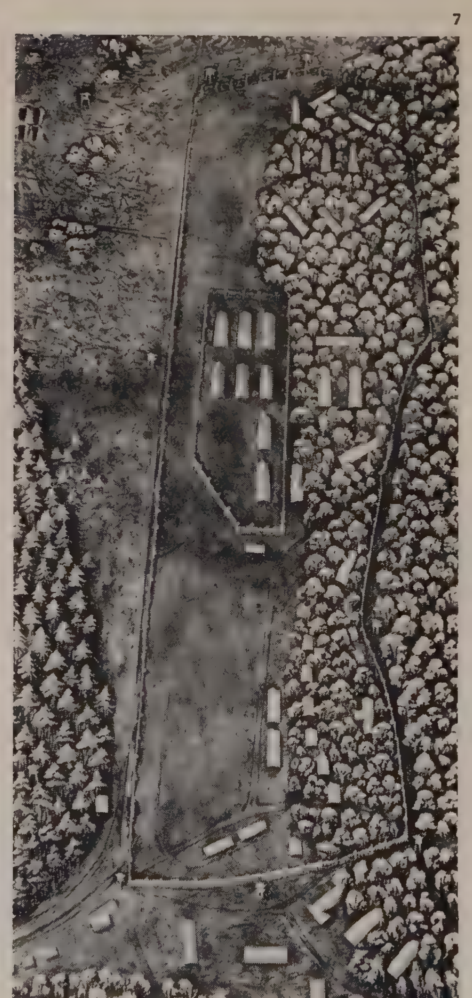


5

6



7



8

8
Lage der Gedenkstätte in der Landschaft bei Zwieberge

9



9
Begrenzungsmauer der Gedenkstätte am Massengrab

1

Bezirksparteischule der SED in Rostock

Erich Kaufmann
Hauptarchitekt im VE WBK Rostock

Als das Wohnungsbaukombinat Rostock den beitern der Leitung der Bezirksparteischule der SED einen neuen Gebäudekomplex zu entwerfen und zu bauen, waren der Standort und die Hauptkennziffern als Vorgabe vorhanden.
Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitarbeitern der Leitung der Bezirksparteischule und dem Architektenkollektiv, stand vor der Aufgabe, ein neues Programm für diese Bildungseinrichtung aufzustellen.
Die Schwierigkeiten bestanden darin, mit den gegenwärtigen Baumethoden eine gute technische und technologische Lösung dieser Einrichtung zu garantieren. Da in den letzten 20 Jahren kein Neubau dieser Art errichtet wurde, gab es auch in anderen Bezirken der DDR keine Erfahrungen.
Als Standort war das Gebiet zwischen Lütten Klein und der bestehenden Straßentrasse Rostock–Warnemünde ausgewiesen. Der Schulkomplex gliedert sich entsprechend dem erarbeiteten Raumprogramm in vier Hauptabschnitte: Seminargebäude, Lektionsgebäude, Internat und Wirtschaftsgebäude.
Die städtebauliche Konzeption der einzelnen Abschnitte ergab einen allseitig umbauten Komplex, der funktionell alle Abschnitte in gleicher Geschoßebene verbindet und somit kurze Wege zu den einzelnen Einrichtungen ermöglicht. Das achtgeschossige Internat wird als Hochpunkt städtebaulich wirksam. Die Hauptaufgabe bestand darin, die Gestaltung der einzelnen Abschnitte so zu lösen, daß unter sparsamsten Einsatz von Material und bei niedrigen Kosten eine hohe Qualität in der technischen Ausstattung und der Funktion erreicht wurde und Voraussetzungen bestehen, künftig jede technische Neuerung auf schulischem Gebiet zu nutzen.

Projektierung und Ausführung:	VE Wohnungsbaukombinat Rostock
Architektenkollektiv	Erich Kaufmann Carl-Heinz Pastor Dieter Jastram Hans Fleischhauer Wolfgang Hartmann
Statik und Konstruktion:	Siegfried Braasch
Ingenieurkollektiv	Bernd Piesold Sabine Gooßmann Lutz Friedrich Wolfgang Thürow
Heizung, Lüftung, Sanitär:	Heinz Pommerenke
Ingenieurkollektiv	Wolfgang Laue Gert Hellmig Axel Leschniok Gisela Mohr Manfred Voß
Elektroinstallation:	Alfons Pawlowski Siegfried Teibes Peter Witt
Bauwirtschaft:	Heinz Böhm Detlev v. d. Heide Hans Rauschning
Grünplanung:	Gert Parsche
Erschließung:	Hans Mühlenbruch Rudolf Syre
Konsultation	durch die Bezirksparteischule Rostock
Leitkollektiv	W. Beetz und O. Sattler

2



Baudurchführung

Mit der unmittelbaren Baudurchführung beauftragte der Kombinatsdirektor des Wohnungsbaukombinates Rostock, J. Herfert, den Betrieb 3, unter Leitung von H. Ridder.

Die Grundsteinlegung erfolgte am 27. Juni 1969. Die darauffolgenden Monate dienten der unmittelbaren Bauvorbereitung. Im November 1969 wurde mit der Montage begonnen. Bei der Baudurchführung wurden von Anfang an enge Beziehungen zwischen dem Projektantenkollektiv und den jeweiligen Baukollektiven hergestellt. Die Bauarbeiter brachten trotz schwieriger Witterungsbedingungen des Winters 1969/70 hervorragende Leistungen. Hervorzuheben sind hier unter anderem besonders die Kollektive der Meister E. Kallies und G. Kuberka. Mit der Oberbauleitung war M. Gresenz beauftragt.

Am 11. September 1970 wurde in Anwesenheit des Mitgliedes des Zentralkomitees der SED und 1. Sekretärs der Bezirksleitung Rostock, Harry Tisch, sowie des Mitglieds des ZK und Abteilungsleiters im Zentralkomitee der SED, Karl Raab, der Schlüssel für die neue Bezirksparteischule übergeben.

Damit haben die Bauschaffenden des Kombinates ihr der Partei gegebenes Versprechen eingehalten, das Bauwerk in einer kurzen Bauzeit fertigzustellen.

Genosse Harry Tisch sprach ihnen dafür den Dank des Sekretariats der Bezirksleitung und der ganzen Bezirksparteiorganisation aus. Vor allem dankte er dem Zentralkomitee unserer Partei, das die Errichtung dieser modernen marxistisch-leninistischen Bildungsstätte in unserem Bezirk ermöglichte. „Diese Schule zeigt anschaulich", betonte er, „welche große Aufmerksamkeit und Bedeutung unsere Partei besonders der Qualifizierung aller Genossen beimißt, damit sie bewußt und in vorderster Reihe für die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft in unserer Republik kämpfen."

Eingehend würdigte Harry Tisch die Einsatzbereitschaft und die Initiative der Bauschaffenden, besonders die Tatsache, daß bei der Errichtung und Fertigstellung der Schule von den Architekten, Ingenieuren und Bauarbeitern unter schwierigsten Witterungsbedingungen neue Maßstäbe bei der Baudurchführung und bei der Organisation der Produktion gesetzt wurden.

Harry Tisch wünschte, daß die engen Beziehungen, die sich zwischen den Kollektiven des Wohnungsbaukombinates und den Genossen der Bezirksparteischule entwickelten, auch in Zukunft bestehen bleiben.

Ein Ausdruck dieser Zusammenarbeit war die Großveranstaltung zum Beginn des Bildungslehrjahres 1970/71 des Wohnungsbaukombinates Rostock, die mit einem Vortrag des Direktors der Bezirksparteischule, W. Beetz, im neuen Lektionssaal der Bezirksparteischule eröffnet wurde.

1 Modell
1 Seminargebäude
2 Lektionsgebäude
3 Internat
4 Wirtschaftsgebäude

2 Blick von Südosten. Im Vordergrund das Internatsgebäude

3
Haupteingang mit Strukturwand, gestaltet von Achim Kühn, Berlin

4
Die Fassade des Lektionsgebäudes mit Blick zum Innenhof

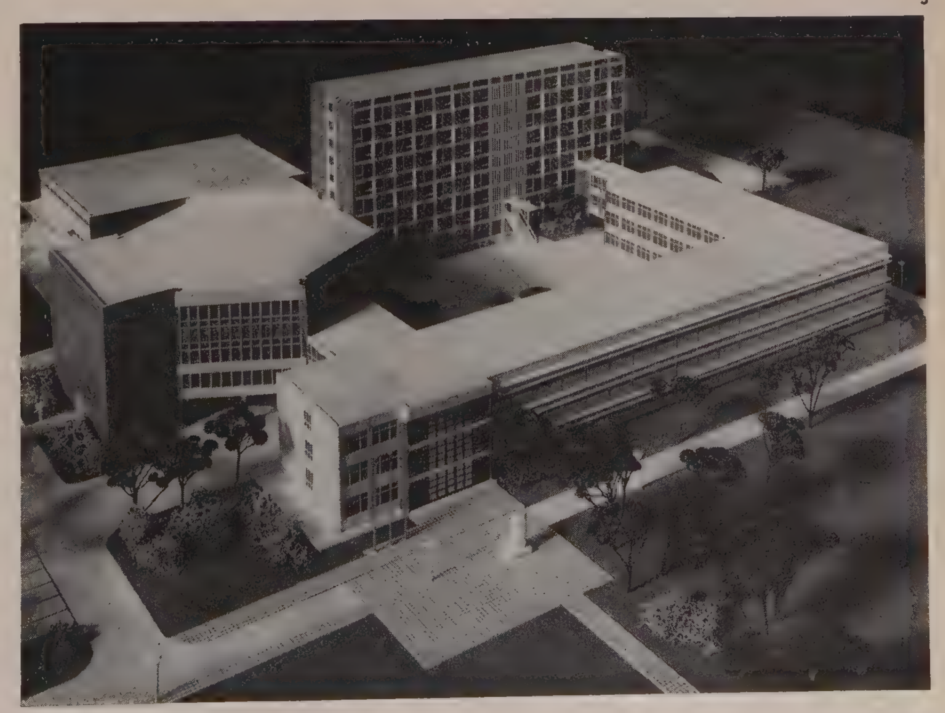
5 Modellfoto. Ansicht von Nordosten. Im Vordergrund das Seminargebäude mit dem Haupteingang



3



4



5

6



7



8

9



Seminargebäude

Der dreigeschossige Baukörper in 5-Mp-Tafelbauweise (Schulbauserie Rostock) als Mittelganglösung ist winkelförmig um den zentralen Innenhof dem Komplex zugeordnet. Er ist das Bindeglied zwischen Internat und Lektionsgebäude und enthält den Haupteingang mit unmittelbarem Zugang zu den Hauptabschnitten des Komplexes.

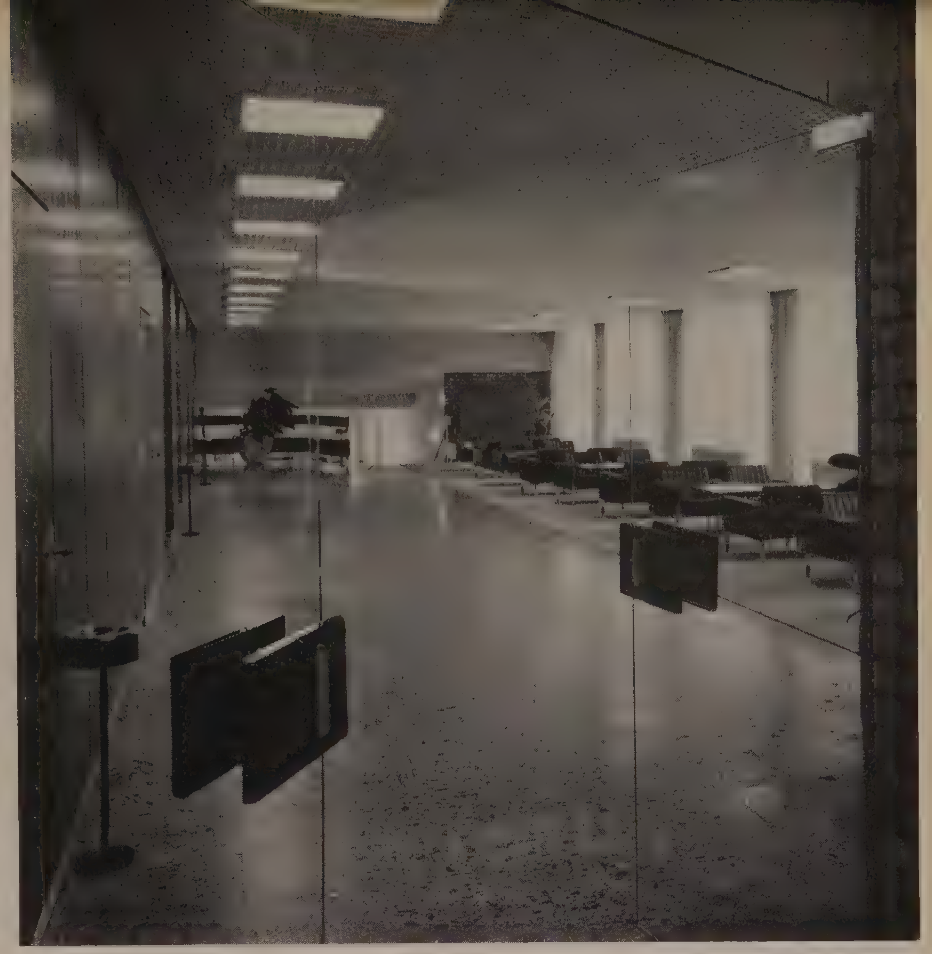
Im Erdgeschoß sind alle technischen Räume der Schule sowie die erforderlichen Nebenräume untergebracht.

Im ersten Obergeschoß befinden sich die Räume der Schulleitung und des Lehrpersonals. Das zweite Obergeschoß ist den einzelnen Seminarräumen und Kabinetten vorbehalten. Die dreizehn Seminarräume und sechs Arbeitskabinette sind mit der jeweiligen spezifischen Ausstattung versehen.

Lektionsgebäude

Es ist ein sechseckiger Monolithbau mit drei Geschossen. Hier wurde erstmalig in der DDR als Dachkonstruktion ein Stabrost auf sechseckiger Grundfläche vom Typ Weimar angewandt. Der Entwurf und die Berechnungen wurden durch Herrn Prof. Dr. Horst Stenker erarbeitet. Die Ausführung erfolgte durch die Firma Wehnemann, Weimar. Im Erdgeschoß befinden sich die technischen Räume des Hauses. Das erste Obergeschoß beherbergt die Bibliothek mit 40 000 Bänden, die dazugehörigen Lesezimmer und einen Mehrzweckraum mit 100 Plätzen. Im zweiten Obergeschoß befindet sich der Lektionssaal mit 500 Plätzen. Durch eine Faltwand ist er in zwei Räume teilbar, von denen der eine 200 und der andere 300 Plätze enthält. Als Mehrzweckraum, mit beweglichem Mobilar eingerichtet, ist er variabel nutzbar. Diese Konstruktion ermöglicht es, auf einen gesonderten Hörsaal von 500 Plätzen zu verzichten und stellt eine optimale Lösung für einen solchen Zweck dar. Durch die polygonale Form des Raumes konnte eine ausgezeichnete Akustik erzielt werden. Der Raum ist mit Kinoprojektoren 35 mm und 16 mm ausgestattet und besitzt über ein Tonstudio Bandaufzeichnungseinrichtungen. In diesem Tonstudio werden die Aufzeichnungen gespeichert und können auf Abruf in die entsprechenden Seminarräume überspielt werden.

Der Raum vor dem Lektionssaal und der Bibliothek wurde foyerähnlich ausgebildet und ermöglicht in Verbindung mit dem auf gleicher Geschoßebene gelegenen Café die notwendige Pausenerholung.

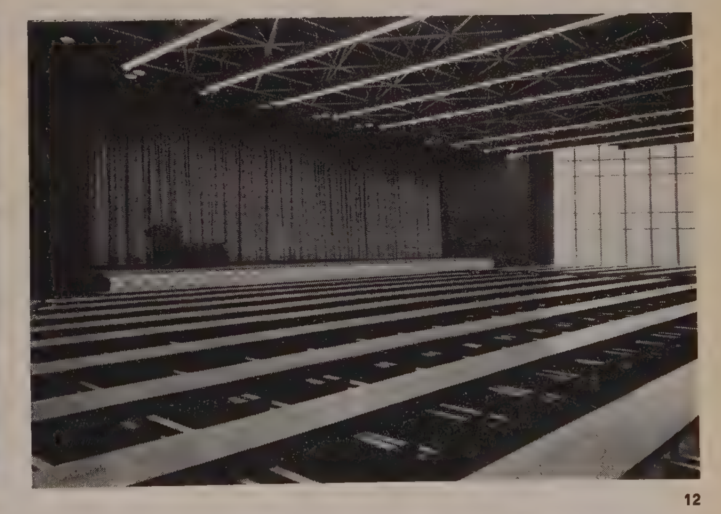


10

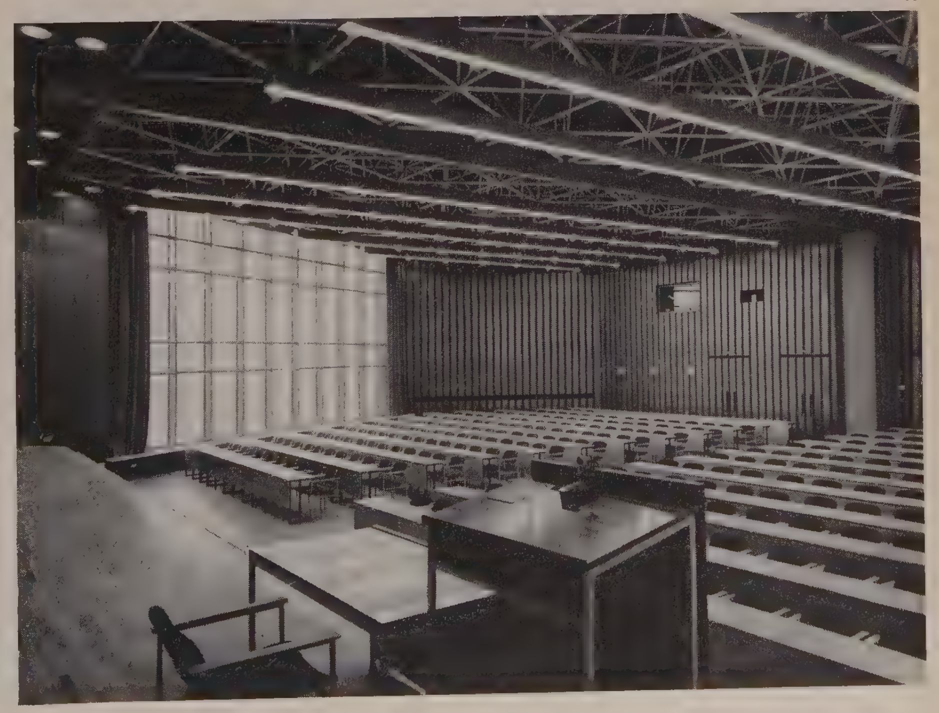




11



12



13

6 Eingangshalle

7 Mit Akustikplatten ausgekleidete Seminarräume

8 Aufgang vom 1. zum 2. Obergeschoß des Lektionsgebäudes

9 Unterrichts- bzw. Seminarraum

10 Foyer vor dem Sektionssaal

11 Mehrzweckraum mit 100 Plätzen

12 Sektionssaal mit 500 Plätzen. Der Stabrost der Dachkonstruktion wurde in die Raumgestaltung mit einbezogen

13 Lektionssaal, durch eine Faltwand in zwei Säle teilbar

Internat

Der Hochkörper mit acht Geschossen ist in Montagebauweise 5 Mp-Tafelbauweise (Wohnungsbau) als Mittelganglösung mit 188 Zweibettzimmern errichtet. Jedem Zimmer wurde eine Sanitäreinrichtung (WC und Dusche) zugeordnet. In jedem Geschoß befinden sich ein Klubraum und eine Teeküche. Das Gelände steht in Nord-Süd-Richtung und bildet den Ostabschnitt des Komplexes.

Wirtschaftsgebäude

Der zweigeschossige Monolithbau hat neben den erforderlichen Nebenräumen im Kellergeschoß im Erdgeschoß einen Speisesaal mit 250 Plätzen. Die Ausgabestrecke für Selbstbedienung kann durch eine Faltwand vom übrigen Raum getrennt werden, so daß eine Mehrzwecknutzung des Speiseraumes möglich ist.

Über einen Zwischenbau ist der Speiseraum Bindeglied zwischen Internat und Lektionsgebäude. Der Zwischenbau ist halbgeschossig versetzt und erfüllt in den jeweiligen Ebenen die Funktionen der Schülererholung (Sport – Tischtennis, Pausenhalle und Schülercafé).

Innenhof und Außenanlagen

Der allseitig umbaute Innenhof dient gleichfalls der Pausenerholung und ist von allen Gebäudeteilen direkt erreichbar. Der Mittelpunkt des Hofes wird durch ein Wasserspiel aus Metall betont, das von Achim Kühn gestaltet wurde. Vor dem Speisesaal wurde eine Terrasse angeordnet, die die Differenz zum vorhandenen Gelände überbrückt und den Übergang zu einem parkähnlichen Garten herstellt. An der Südseite des Gebäudekomplexes befinden sich die Sportanlagen.

Für die Außenfassade wurde das für Lütten Klein bereits typische Gestaltungsmaterial, Klinker und Waschputz, verwendet. Der Haupteingang wurde durch eine Strukturwand aus Aluminium gestaltet. Vor dem Haupteingang soll noch in diesem Jahr eine monumentale Gruppenplastik von R. Schmidt, Bad Doberan, aufgestellt werden.



14

14 Internatszimmer für zwei Personen und einem dritten Arbeitsplatz für externe Schüler

15 Typisches Internatszimmer für zwei Personen. In diesem Fall wurde das Zimmer mit einem Ehepaar belegt.

16|19 Blick in den Speisesaal

17 Schülercafé im Zwischenbau

18 Entnahmestraße im Speisesaal

15



16



17



18

19

1

Ausstellungshallen in Karl-Marx-Stadt

Bauingenieur Peter Ansorge
VE Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck"
Karl-Marx-Stadt

Die beiden bisher errichteten Ausstellungshallen stellen den ersten Teil eines geplanten wissenschaftlich-kulturellen und sportlichen Zentrums in Karl-Marx-Stadt dar. Durch ihre städtebauliche Einordnung im Stadtzentrum in der Nähe des Naherholungsgebietes am Schloßteich sind sie für viele Besucher gut und schnell erreichbar.
Dieser Standort entspricht auch ihrer Funktion. Die Hallen werden für Ausstellungen, Jugendveranstaltungen, Verkaufsmessen und ähnliche Zwecke genutzt. Außer dem gesamten Erdgeschoß dient dazu auch die 6 m breite umlaufende Galerie des Obergeschosses.
Im Verbindungsbau zwischen den Hallen befinden sich die Umformerstation und die WC-Anlagen.
Die zweischaligen, hinterlüfteten Fassaden der in einer Stahlkonstruktion errichteten Hallen bestehen innen aus 50-mm-Schaumglasplatten (mit Herolder Weiß beschichtet) und außen aus mehrfach hellblau lackierten Aluminiumprofilblechen.
Es wurde von den Autoren auf eine sachliche und einfache Gestaltung Wert gelegt, wobei aber in Verbindung mit dem Naherholungsgebiet am Schloßteich ein eigenständiger gestalterischer Aspekt erreicht werden sollte.
Die bewegt erscheinenden Fassadenflächen werden alle 6 m durch dunkelgraue Stahlstützen vertikal gegliedert. Ein umlaufendes Fensterband dient der Arbeits- und Orientierungsbeleuchtung.



2

Projektant:	VE Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck", Karl-Marx-Stadt, Betrieb Projektierung
Entwurf:	Bauingenieur Peter Ansorge Dipl.-Ing. Eckhard Weigel
Statik:	Dipl.-Ing. Christian Weise
Sanitärtechnik:	Ingenieur Heinz Maaß
Bauwirtschaft:	Techniker Franz Wostratzky
Stahlbau:	Ingenieur Herbert Wolfram VE Leichtbaukombinat Plauen, Werk Karl-Marx-Stadt
Heizung, Lüftung:	Ingenieur Schmidt VEB TGA Altenburg
Elektrotechnik:	Ingenieur Müller Ingenieur Ziegendeck VEB TGA Karl-Marx-Stadt
Generalauftragnehmer:	VE Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck", Karl-Marx-Stadt
Projektierungszeit:	2 Monate
Bauzeit:	4 Monate (eine Halle)



1 Innenhof zwischen beiden Hallen

2 Fassadenausschnitt

3 Blick in die Halle 2 von der Galerie

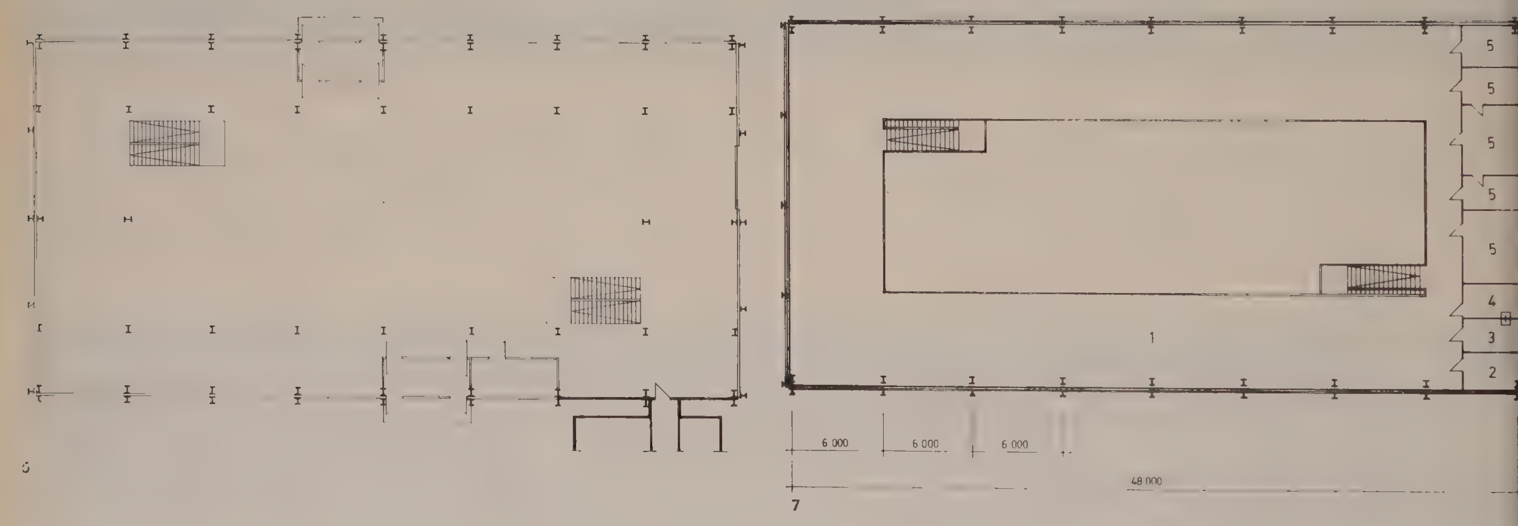
4 Innenansicht der Halle 1



3

4

5



6

7

5 Außenansicht der ersten Ausstellungshalle

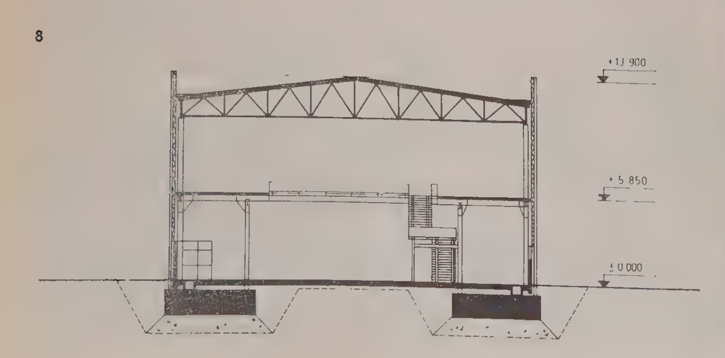
6 Erdgeschoß 1 : 500

7 Galeriegeschoß 1 : 500
1 Ausstellungsfläche
2 Verstärker
3 Erste Hilfe
4 Kaffeeküche
5 Personal- und Büroraum

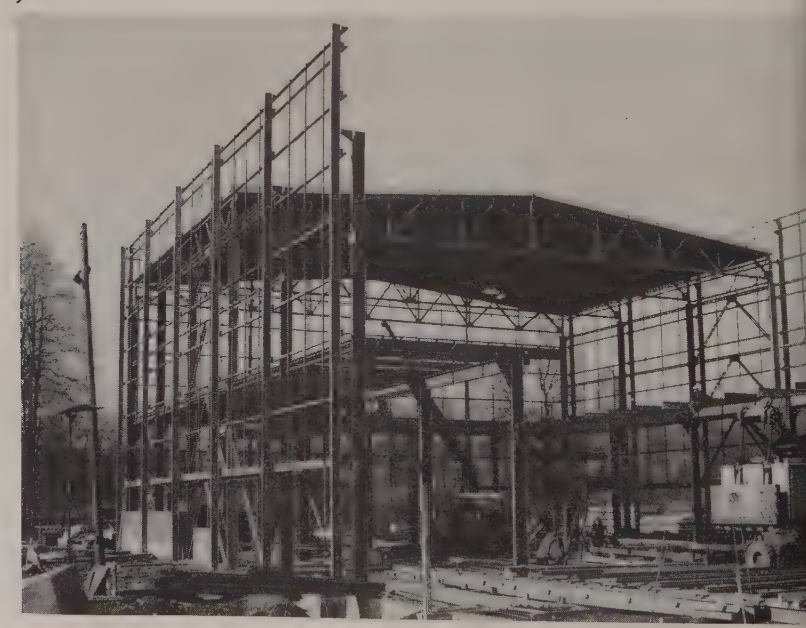
8 Schnitt 1 : 500

9 Stahlbaumontage

8



9



1

Schwimmbad Oschersleben

Dipl.-Ing. Claus-Dieter Feldmann
Büro für Städtebau
des Rates des Bezirkes Magdeburg

Entwurf: Dipl.-Ing. Harald Schultz
Gartenarchitekt Heinz Sauerzapf
Bauingenieur Peter Sossna
Dipl.-Ing. Claus-Dieter Feldmann

Ehrenamtliches Projektierungskollektiv beim Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Magdeburg

1 Blick vom Kinderspielplatz auf die Schwimmbecken

2 Lageplan

Der Bau eines neuen Schwimmbades für Oschersleben war insofern notwendig, da die an der Bode gelegene alte Badeanstalt viel zu klein war und den hygienischen Anforderungen nicht mehr voll entsprach. Die Projektierung des Freibades erfolgte durch ein ehrenamtliches Kollektiv im NAW.

Das Gelände des Bades liegt am nördlichen Stadtrand zwischen „Bürgerpark“ und Siedlung. Der Hauptzugang befindet sich zwischen Umkleidegebäude und Parkplatz im südwestlichen Teil des Geländes. Er führt über einen Plattenplatz zu dem Kassenhäuschen. Die Größe des am Eingang liegenden Parkplatzes für 45 PKW beträgt etwa 2000 m².

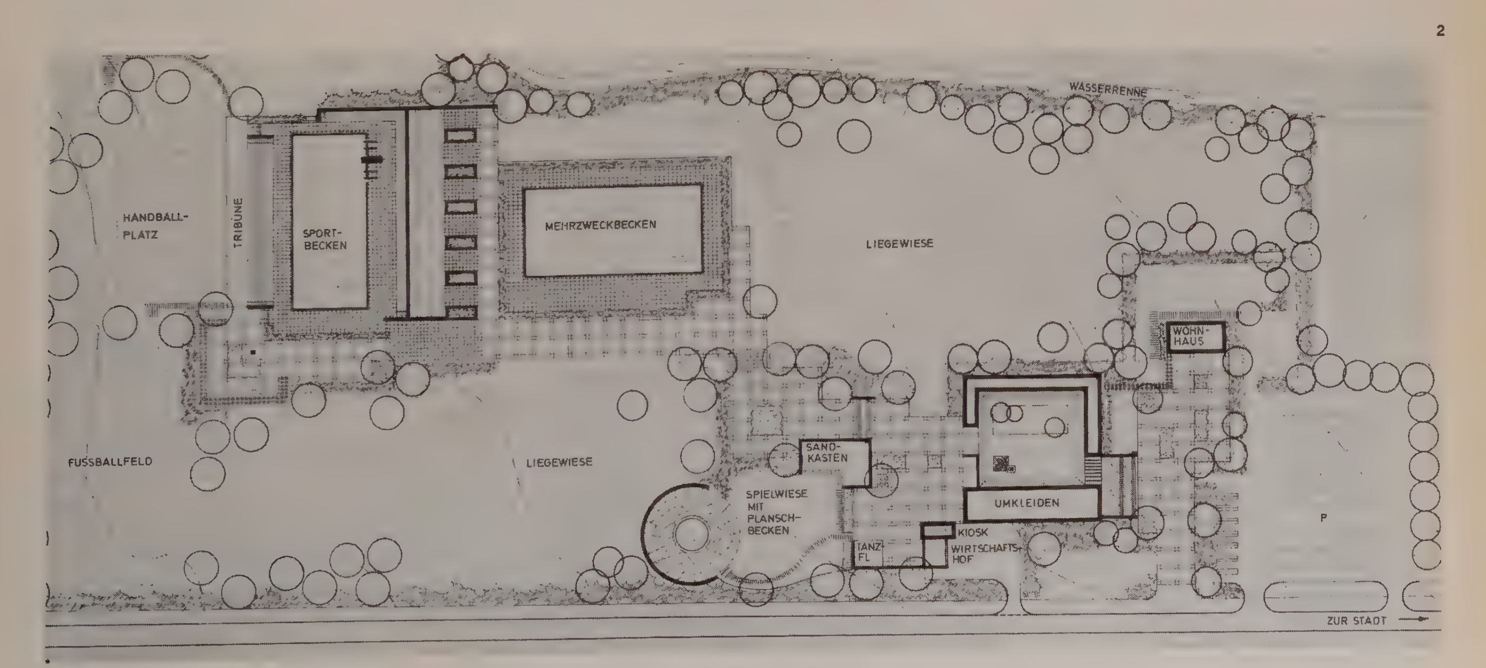
■ Das kombinierte Sportbecken ist als Mehrzweckbecken (Schwimm- und Sprungbecken) vorgesehen. Seine Größe beträgt 21 m × 50 m mit 8 Bahnen von je 2,5 m Breite und 8 Startblöcken auf jeder Stirnseite. Es ist quer zum Gelände in Ostwestrichtung angeordnet. Der Beckenumgang ist mit Platten befestigt und durchschnittlich 5 m breit. Am östlichen Ende des Beckens befindet sich der Sprungteil mit Sprungturm. Die Zuschauertribünen sind an den beiden Längsseiten des Beckens angeordnet. Der Hauptteil der Tribüne liegt jedoch an der Südseite und ist nach Norden orientiert.

Im Anschluß an den Plattenumgang ist ein 2 m breiter Pflanzstreifen als Abgrenzung vorgesehen, der lediglich von drei Durchschreitebecken für die Schwimmer unterbrochen ist.

Um eine Verunreinigung des Wassers durch Laubfall zu vermeiden, sieht der Entwurf als Bepflanzung des 2 m breiten Trennstreifens eine immergrüne Gehölzart (Mahonia aquifolium) vor.

■ Das Mehrzweckbecken mit einer Tiefe von 0,90 m bis 2,36 m dient dem allgemeinen Badebetrieb und besitzt ähnliche Ausmaße wie das Sportbecken. Es ist in Nordsüdrichtung angeordnet und wird vom 1,50 m höher gelegenen Sportbecken durch die Haupttribüne und der dieser vorgelagerten Liegefläche getrennt.

2







3



6



4



5

Das Mehrzweckbecken ist ebenfalls in Platten gefaßt.

Der Höhenunterschied innerhalb der in Plattenraster gefaßten Betonfläche wird durch eine 15 m breite Treppe überwunden.

■ Getrennt vom eigentlichen Badebetrieb sieht der Entwurf an Kindereinrichtungen ein Planschbecken (80 m² Wasserfläche) und eine Sandfläche mit Spielwiese vor. Eine Trennung von Planschbecken und Sandspielfläche durch die Spielwiese mußte vorgenommen werden, da sonst die Gefahr einer starken Verunreinigung des Planschbeckens besteht.

Das Becken bildet den nördlichen Abschluß der Spielwiese. Es ist lediglich den Kleinkindern vorbehalten, kreisrund angelegt und mit einem Springstrahl versehen. Der Durchmesser des Beckens beträgt 10 m.

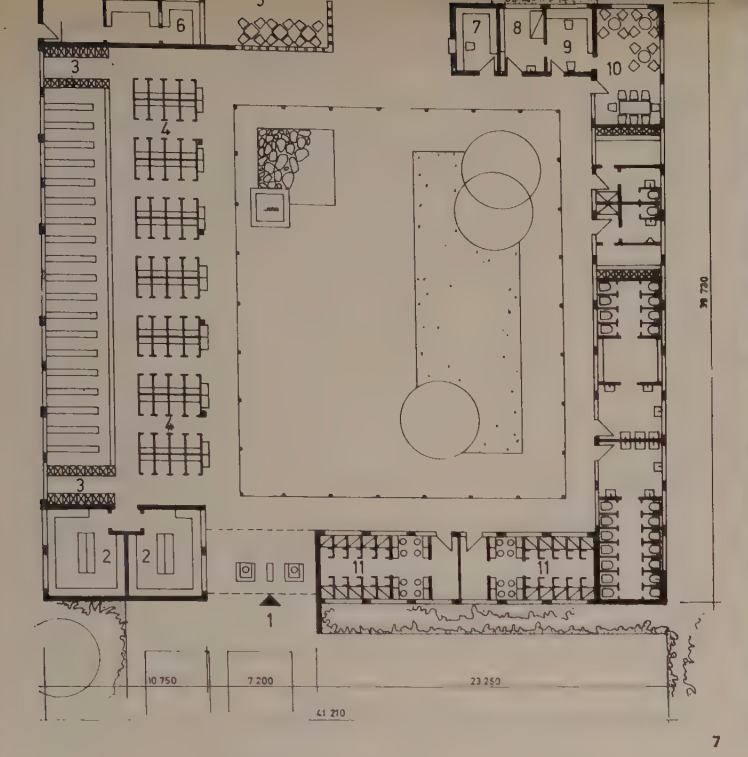
Außerdem ist eine 6 m breite Plattenfläche um das Becken vorgesehen. Eine nach Süden geöffnete Schmuckmauer von 2 m Höhe gibt dem Planschbecken einen schützenden Abschluß nach außen. Die offene Seite des Plattenumgangs grenzt unmittelbar an die Spielwiese an. Die Sandmulde ist inmitten der Betonfläche am südlichen Ende der Spielwiese vorgesehen. Zum eigentlichen Badebetrieb ist sie durch Gehölzpflanzungen abgeschirmt. Die unmittelbare Nähe zum Kiosk und die damit verbundene und mit Tischen und Stühlen bestückte Terrasse wurde gewählt, um die in der Sandmulde sitzenden Kinder besser beaufsichtigen zu können.

■ Das Umkleidegebäude für etwa 7000 Besucher stellt einen atriumartigen Flachbau mit Innenhof dar. In ihm sind die Umkleideräume, Toiletten- und Duschräume, ein Sanitätsraum, ein Raum für den Bademeister sowie einige Abstellräume. Der Zugang zu den einzelnen Räumen erfolgt von Innenhof aus, der zur Belebung mit einer Rasenfläche ausgestattet ist.

Am Ende des Gebäudes wurde dem Wunsch des Rates der Stadt entsprechend ein kleiner Kiosk mit Lager, Vorbereitung und Ausgabe angeschlossen. Die Ausgabe ist nach Norden zum eigentlichen Bad orientiert und beliefert eine kleine Terrasse, die mit 60 Stühlen bestückt ist und durch eine Schmuckwand umschlossen wird.

Das gesamte Gebäude ist als Kaltbau projektiert worden, da eine Nutzung im Spätherbst und Winter nicht vorgesehen ist. Daher wurde auf eine besondere Wärmedämmung außer in den Fußböden in den Aufenthaltsräumen verzichtet.

Die Belieferung erfolgt von der Rudolf-Breitscheid-Straße aus. Die Außenseiten des Gebäudes sind durch Gehölzpflanzungen abgeschirmt.





7

8

3 Eingang zum Schwimmbad

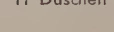
4 Das Kinderplanschbecken. Die nach Süden geöffnete Schmuckmauer schirmt das Becken nach außen ab.

5 Blick auf das Mehrzweckbecken

6 Das Sportbecken mit Sprungturm

7 Umkleidegebäude mit Innenhof Maßstab 1 : 500

1 Kassen und Eingang Bad
2 Umkleiden
3 Garderobe
4 Wechselzellen
5 Terrasse
6 Kiosk
7 Sport- und Gartengeräte
8 Erste Hilfe
9 Bademeister
10 Aufenthaltsraum
11 Duschen



8 Blick auf die Terrasse

9 Blick von der Tribüne auf das Sportbecken

9

Das System Territoriale Datenbank als Informationsbasis für die städtebauliche Planung im Bezirk Halle

Dr.-Ing. Karl-Heinz Schlesier, NPT
Dipl.-Ing. Kurt Ludley
Dipl.-Ing. Peter Gromes
Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle

Die städtebauliche Planung ist ihrem Charakter nach ein Prozeß der Verarbeitung einer Vielzahl unterschiedlicher Informationen, ihre Ergebnisse leiten sich aus der Zusammenfassung, Verknüpfung und komplexen Verarbeitung von Informationen ab. Hinsichtlich der umfassenden Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in diese informationsverarbeitenden Prozesse ergeben sich folgende Aufgaben:

- Die Erarbeitung, Präzisierung, Detaillierung und Korrektur der Planwerke muß als informationeller Prozeß erkannt und als solcher gestaltet werden.
- Aufeinanderfolgende Schritte sind so miteinander zu verknüpfen, daß sich zwingende Informationsflüsse, effektive Informationsträger und so weiter ergeben.
- Die einzelnen Planungsschritte für Verknüpfungen mit parallelen Planungsprozessen auch anderer Bereiche und Territorien müssen offengehalten und die Verknüpfungsmöglichkeiten genutzt werden.

Die bisherige Entwicklung zur Anwendung der EDV im Städtebau ist gekennzeichnet durch

- die Konzeption und den schrittweisen Aufbau des Systems Territoriale Datenbank als System der Erfassung, Speicherung, Aktualisierung und Bereitstellung von Primärinformationen mit territorialem Bezug sowie der Relativierung und Aggregierung dieser Primärinformationen zur Darstellung von Sachverhalten in tabellarischer oder graphischer Form
- die Übertragung von gegenwärtig praktizierten Routinearbeitsprozessen mit großem Datenanfall auf elektronische Datenverarbeitungsanlagen bzw. die Modellierung und Quantifizierung derjenigen Arbeitsprozesse für die Berechnung auf EDV-Anlagen, die wegen eines hohen Arbeits- und Zeitaufwandes bei manueller Datenverarbeitung oder wegen eines zu großen Verflechtungsgrades der zu berücksichtigenden Faktoren bisher nicht realisiert wurden
- die Versuche zur Simulierung von Prozeßabläufen unter bestimmten Kriterien mit quantitativer und qualitativer Bewertung der Ergebnisse.

Zum Problem der Verfügbarkeit von Daten und Informationen für die Planung und Leitung der Territorien wurde im Jahre 1969 durch eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft unter Leitung des Bezirksarchitekten und Direktors des Büros für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle eine Studie erarbeitet für ein „System Territoriale Datenbank – Komplexes System der Erfassung, Speicherung, Aktualisierung und Bereitstellung von territorial bezogenen Daten und Informationen" (2) und anläßlich des 20. Jahrestages der Gründung der DDR dem Rat des Bezirkes Halle, dem Ministerium für Bauwesen und weiteren staatlichen Dienststellen als Diskussionsmaterial vorgelegt.

Mit der Vorlage dieses Materials wurde eine Etappe wissenschaftlicher Untersuchungen zur Problematik der Verfügbarkeit territorial bezogener Daten und Informationen für die Planung und Leitung des Bezirkes abgeschlossen, die auf Beschluß des Rates des Bezirkes Halle seit dem Jahre 1968 durchgeführt wurden.

Mit der Erarbeitung und Vorlage der Studie waren als Zielvorstellungen verbunden:

1. die Entwicklung einer strategischen Zielprojektion für den Aufbau eines hocheffektiven Datenbanksystems und
2. ein Vorschlag für die praktische Realisierung dieses Datenbanksystems.

Die Systemlösung wurde konkret entwickelt für territorial bezogene Daten und Informationen des volkswirtschaftlichen Informationssystems, Teilsystem Rechnungsführung und Statistik, geht konzeptionell jedoch über die spezifische Problematik der territorial bezogenen Daten hinaus, da die vorgeschlagene Systemlösung das Modell für analoge Systemlösungen und integrierter Bestandteil eines komplexen bezirklichen Informationssystems ist.

Auf der Grundlage der Studie wurde im Jahr 1970 auf der Basis vertraglicher Beziehungen mit dem Institut für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie und dem Bezirksbauamt des Rates des Bezirkes Halle durch das Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle ein komplexes Forschungsprogramm bearbeitet. Die Arbeitsergebnisse sind in einem Forschungsbericht zusammenfassend dargestellt (3).

Mit dem Abschluß der Forschungs- und Projektierungsarbeiten des Jahres 1970 können sowohl eine Systemlösung für die Gesamtproblematik der Verfügbarkeit territorial bezogener Daten und Informationen innerhalb des bezirklichen Informationssystems als auch die ersten unmittelbar praxiswirksamen Projekte von Teildatenbanken vorgelegt werden.

Die Teilprojekte sind hinsichtlich ihrer Funktionsfähigkeit erprobt. Sie berücksichtigen die im Perspektivplanzeitraum verfügbare rechentechnische Basis und die volkswirtschaftlichen Realisierungsmöglichkeiten.

Es kann festgestellt werden, daß die wissenschaftlich-technischen Lösungen der Studie für die entscheidenden Elemente der Systemlösung voll bestätigt sind. Diese Feststellung schließt die Weiterentwicklung einiger wichtiger Elemente hinsichtlich der als Zielstellung formulierten optimalen Funktionsfähigkeit des Datenbanksystems ein.

Um folgende Elemente handelt es sich:

1. Die Integration und Verträglichkeit aller wesentlichen Schlüssel, wie
   - der bereits vielfältig genutzten Schlüssel, Gemeindeschlüssel der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Territorialer Grundschlüssel und Schlüssel Liegenschaften
   - der neu entwickelten Schlüssel Funktionsgebiet einschließlich Flurstücksblock, Stadtgebiet usw. und der Koordinatenschlüssel
   - der zusätzlich vorgesehenen Schlüssel wie Betriebsnummer, Personennummer usw.
2. Die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit des Flächenbezugs der Daten und Informationen ist bestätigt. Die vorgeschlagenen Lösungen haben sich bewährt.
3. die vorgeschlagenen Datenauswahl-, Such- und Zuordnungsprojekte sind mit Hilfe der integrierten Schlüssel – vorrangig des Koordinatenschlüssels – realisierbar.
4. Die Zweckmäßigkeit der Teildatenbank Flächengliederung als Kern und integrierendes Element des Datenbanksystems ist bestätigt. Sie ist das Element, das die Integration der Teildatenbanken und ihrer Bestandteile sichert.

Im Rahmen des Forschungsprogramms 1970 wurden folgende Schwerpunkte bearbeitet:

- Entwicklung von Elementen eines komplexen Systems der Erfassung, Speicherung, Aktualisierung und Bereitstellung für territorial bezogene Daten und Informationen (System Territoriale Datenbank) als Bestandteil eines territorialen Informationssystems.
- Bearbeitung von Teilproblemen der Teildatenbank in bezug auf die Generalbebauungsplanung und den Städtebau, unter anderem Probleme der Flächenbindung von Informationen, der Flächengliederung, der Lokalisierung von Flächenelementen und Sachverhalten (Koordinaten)
- Erprobung von Teilsystemen und Elementen des Systems Territoriale Datenbank (Modellstädte) und schrittweiser Aufbau der TDB im Bezirk Halle für die Rekonstruktionsstädte und Ballungsgebiete.
- Erarbeitung von Problemstudien, Modellen und Programmen zum „System automatisierte städtebauliche Planung" (SASP) in Zusammenhang mit der TDB als Primärdatenbasis.

In der Studie sind, ausgehend von der Darstellung des Systems Territoriale Datenbank, auch Anknüpfungspunkte zum Inhalt und zur Methodik der Datenverarbeitung durch die städtebauliche Planung fixiert worden.

Dieses System dient der Bereitstellung von Daten und Informationen zu vorhandenen Sachverhalten, die für die Anwendung mathematischer Modelle und Verfahren zur Analyse dieser Sachverhalte und Systeme und als Ausgangspunkte für die Planungsarbeit erforderlich sind.

Eine Schlußfolgerung der Studie war, daß der Einsatz von EDVA eine Notwendigkeit sowohl für die kurzfristige Bereitstellung aktueller und genauer Informationen zur Vorbereitung von Entscheidungen im Leitungsprozeß als auch zur Ausarbeitung von

Generalbebauungsplänen und anderer genereller Planungen ist.

Die städtebauliche Planung beinhaltet die drei Planungsebenen:

- Generalbebauungsplanung des Bezirkes
- Generalbebauungsplanung der Städte und Siedlungszentren
- Städtebauliche Planung von Teilgebieten der Stadt und von territorialen Investitionskomplexen.

Die Planungsprozesse sind in entsprechenden Modellen darstellbar, das tatsächliche Geschehen wird in mathematisch-operablen Modellen abgebildet, von denen aus auf Grund der die Ereignisreihen bestimmenden Variablen unter Berücksichtigung von Bestimmungsgrößen (Parameter) auf zukünftige Geschehensabfolgen geschlossen wird.

Sind die Prozesse algorithmierbar und die Planungsgegenstände quantifizierbar, lassen sie sich in ein „System der automatisierten städtebaulichen Planung" (SASP) einordnen.

Diesen Charakter der Formalisierbarkeit haben in der Regel alle technologischen und ökonomischen Entscheidungsprobleme, wenn sie auch zur Zeit noch nicht umfassend mathematisch dargestellt sind. Anders liegen die Verhältnisse bei den Entscheidungsproblemen, die ästhetisch-gestalterischer oder soziologischer Art sind.

Den Modellen oder Programmen sind die jeweils erforderlichen Speichersysteme zuzuordnen:

- Das System Territoriale Datenbank,
- Speicher für Kennziffern, Normative, gesetzliche Regelungen,
- Speicher für Planungsergebnisse der Planungsbereiche,
- Wissensspeicher der Fachdisziplinen, wie das System bauselektronik,
- Programmbibliotheken.

Die städtebaulichen Planungsebenen Bezirk/Stadt/Teilgebiet beziehen sich auf unterschiedliche Territorien, berücksichtigen unterschiedlich die Verflechtungsbeziehungen zwischen Teilelementen und stellen deshalb unterschiedliche Anforderungen an Inhalt und Aggregationsstufen der Informationsspeicher.

Das System Territoriale Datenbank berücksichtigt diese Anforderungen durch seinen hierarchischen Aufbau, ausgehend von der kleinsten ungeteilten Flächeneinheit innerhalb der Bezugs- und Schlüsselsysteme.

Für die Konzipierung eines Systems der automatisierten städtebaulichen Planung ist zu untersuchen, ob den verschiedenen Planungsebenen in jedem Fall auch unterschiedliche städtebauliche Modellsysteme entsprechen müssen. Sind diese den Planungsebenen adäquaten Modellsysteme erforderlich, wäre vorrangig eine horizontal orientierte Integration der Teilmodelle und -programme anzustreben bei Berücksichtigung der Anschlußpunkte und Verbindungen der Planungsebenen untereinander. Andererseits ergibt sich – ausgehend von städtebaulichen Aufgabenkomplexen, wie der territorialen und zeitlichen Planung des komplexen Wohnungsbaus in Abhängigkeit von den verfügbaren finanziellen und materiellen Gegebenheiten – eine Modellhierarchie über alle Planungsebenen hinweg, also eine vor allem vertikale Integration der Modelle und Programme mit unterschiedlicher Detaillierung und Aggregation der In- und Outputs.

Es ist fraglich, in wieweit spezielle Modell- und Programmsysteme innerhalb der einzelnen Planungsebenen erforderlich sind, oder ob durch den Bausteincharakter der Programmelemente und die Berücksichtigung unterschiedlicher Aggregationsstufen der In- und Outputs gleiche Modelle und Programmelemente in verschiedenen Ebenen anwendbar und damit effektiver nutzbar sind. Zumindest für Bestandserfassungen und Analysen von Sachverhalten ist anzustreben, gleiche Programmbausteine in allen Planungsebenen universal zu nutzen.

Stellung des Systems Territoriale Datenbank im System der automatisierten städtebaulichen Planung

Als Hauptaspekte des Systems Territoriale Datenbank wurden bereits seine Einbindung in das Informationssystem der staatlichen Planung und Leitung und sein Bezug zu den Informationssystemen der Zweige und Bereiche sowie seine Stellung als wesentliche Datenquelle für die städtebauliche Planung charakterisiert.

Bisher erfolgte die Entwicklung des Systems Territoriale Datenbank parallel zur Modellierung und Programmierung von städtebaulichen Planungsprozessen bei zunächst gegenseitigen Informationen, um die Paßfähigkeit und Integration zu sichern.

Mit der Konzipierung des Systems der automatisierten städtebaulichen Planung sind die Systembeziehungen eindeutig herzustellen und die gegenwärtig noch nicht voll ausgearbeiteten Teildatenbanken (z. B. Verkehr, Industrie, Netze und Anlagen der ingenieurtechnischen Versorgung) einzuordnen. Zusammenhängend mit der Verarbeitung der Daten in Modellen und Programmen der städtebaulichen Planung ist es wichtig, ihre Toleranzgrenzen, ihre Aggregationsstufen zu bestimmen.

Neben den bereits projektierten Teildatenbanken – die in den folgenden Abschnitten beschrieben werden – liegen Studien und Konzeptionen u. a. für eine Teildatenbank „Technische Versorgung und Gebäudeausrüstung" und „Stadttechnische Versorgungsnetze" vor.

Mit Hilfe des Koordinatenschlüssels und des Territorialen Grundschlüssels und entsprechender technologischer und organisatorischer Systemregelungen können diese Daten aus zweigspezifischen Datenspeichern übernommen werden.

Die in den Elementen des Systems Territoriale Datenbank bereitgestellten Daten (durch das einheitliche Flächenbezugs- und Schlüsselsystem miteinander verknüpfbar) werden durch entsprechende Suchprogramme für die Verarbeitung in Modellen und Programmen des Systems der automatisierten städtebaulichen Planung verfügbar gemacht.

Für die städtebauliche Planung einer Stadt sind Informationen über Teilflächen, deren Grenzen je nach der Zielstellung veränderlich sind, eine wesentliche Voraussetzung. Diese Informationen oder Daten sind in aggregierter Form durch Addition oder Bildung von Relationen bereitzustellen. Die Aggregation erfolgt auf der Grundlage der kleinsten ungeteilten Flächeneinheiten, denen alle für den Planungsprozeß relevanten Daten zugeordnet sind.

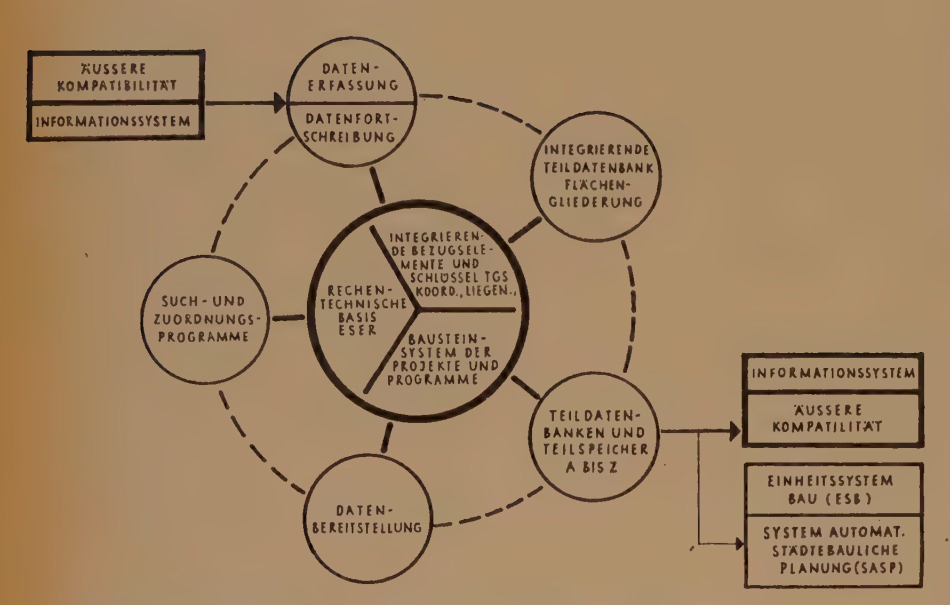
Bei vorgegebener Abgrenzung einer Teilfläche lassen sich zwar die eingeschlossenen Flächeneinheiten Flurstück oder Hausnummer bestimmen und im gewünschten Auswertungsprogramm verwenden, der dafür erforderliche Aufwand und die Fehlerwahrscheinlichkeit bei manueller Zusammenstellung sind aber so groß, daß sie nicht vertretbar sind.

Damit sind der Territoriale Grundschlüssel und der Schlüssel Liegenschaften nur beschränkt geeignet für die Zusammenfassung von Daten für unterschiedlich abgegrenzte Teilgebiete. Wesentlich rationellere Verfahren ergeben sich, wenn Koordinaten in ebenen Bezugssystemen angewendet und die vorliegenden Programme für automatisierte Suchprozesse verwendet werden. Mit der Einführung des Koordinatensystems bereits in der Phase der Datenspeicherung ergeben sich effektive und rationelle Verfahren der graphischen Datenausgabe, sowohl von Analysenwerten als auch von Rechenergebnissen.

Zur Systemlösung für die Verfügbarkeit und Bereitstellung territorial bezogener Daten

Das territoriale Datenbanksystem bildet die Basis aller territorial orientierten Informationssysteme, die je nach Einbeziehung der elektronischen Datenverarbeitung als teil- oder vollautomatisierte Informationssysteme (IDVS, ISAIV) die gesamte automatisierungswürdige Informationsverarbeitung umfassen. Dazu gehören

- die Realisierung eines komplexen Datenbanksystems,
- die Sicherung einer effektiven Datenbereitstellung und
- die Einordnung des Datenbanksystems in das territoriale Informationssystem.



1 Kompatibilität (Verträglichkeit) der Teilsysteme und Elemente von innen und außen

Das System wird realisiert durch eine zweckmäßige Organisation der Informationsbeziehungen und die Schaffung der strukturellen Voraussetzungen (äußere Organisation) und eine zweckmäßige innere Organisation des Datenbanksystems.

Wichtigste Aspekte der äußeren Organisation sind die Sicherung der effektiven Datenerfassung und Datenbereitstellung. Für die untersuchten Datenkomplexe konnten zweckmäßige Lösungen gefunden werden.

Entscheidend für die Funktionsfähigkeit der Systemlösung ist die innere Organisation des Datenbanksystems, die sich in der systemgerechten Gestaltung aller Elemente des Systems ausdrückt (Abb. 1).

Die systemgerechte Gestaltung der Elemente bedeutet:

■ Die Sicherung der Kompatibilität (Verträglichkeit) der Bezugselemente und Schlüssel in allen Teildatenbanken als wichtigstes integriertes Element.

■ Sicherung der Kompatibilität aller Projekte, Programme und Prozesse durch den Bausteincharakter des Gesamtsystems.

■ Das Einheitssystem elektronische Rechentechnik (ESER), die rechentechnische Basis (EDVA R 300 und Nachfolgesysteme und die peripheren Geräte einschließlich Gerätetechnik zur graphischen Ausgabe) ist durchgängig den Programmen und Projekten zugrunde zu legen.

Entsprechend der vorgegebenen Zielstellung wurden nach Abschluß bestimmter Arbeitsphasen in einigen Modellstädten die Arbeitsergebnisse erprobt. Damit konnten bereits im Arbeitsprozeß die Ergebnisse dieser Erprobungen berücksichtigt werden. Ziel der Modellerprobung 1970 im Bezirk Halle war

■ die Datenerfassung unter unterschiedlichsten Bedingungen zu erproben und die dabei auftretenden Probleme zu analysieren, um sie bei der Projektierung berücksichtigen zu können

■ Lochkartenprojekte zur Gewinnung maschinenlesbarer Datenträger zu erproben

■ Daten auf Magnetbänder zu übernehmen und Datenprojekte zu testen.

Die Arbeit in den Modellstädten wird 1971 weitergeführt, wobei die Datenfortschreibung und ein umfassender Systemtest im Mittelpunkt stehen werden.

Der Systemtest dient der Erprobung des Datenbanksystems unter den Bedingungen der automatisierten Informationsbereitstellung für Arbeitsprozesse des Büros für Städtebau und Architektur.

Die Organisationsbeispiele wurden nach folgenden Aspekten ausgewählt:

■ Effektivität und Funktionstüchtigkeit der projektierten Teildatenbanken als Bestandteil eines territorialen Informationssystems aufzuzeigen

■ Elemente eines Systems der automatisierten städtebaulichen Planung zu demonstrieren

■ Erkenntnisse zu gewinnen für die Konzipierung eines automatisierten Informationssystems für das Büro für Städtebau und Architektur einschließlich der gerätetechnischen Ausrüstung.

Nach Abschluß des Systemtests wird die Gelegenheit bestehen, über die Ergebnisse zu berichten.

Die Einordnung in die bestehenden oder konzipierten territorialen Informationssysteme erfolgt an den Nahtstellen

■ Datenerfassung und Datenfortschreibung
■ Datenbereitstellung

Der Aufbau der Datenbanksysteme wird sich schrittweise, unter Beachtung des möglichen Aufwandes, der maximalen Effektivität aller realisierten Teilsysteme und Elemente und der technischen Basis vollziehen.

■ Alle Teildatenbanken lassen sich für begrenzte Territorien wie Rekonstruktionsstädte oder Ballungsgebiete aufbauen.

■ Es können jeweils die Teildatenbanken zuerst aufgebaut werden, die für die Planung und Leitung des Territoriums im speziellen Fall von besonderer Bedeutung sind.

■ Die Datenbankorganisation kann zunächst als Ergänzung des bestehenden Informationssystems neben den traditionellen Speichern mit der Tendenz ihrer schrittweisen Ablösung bestehen.

■ Die bereits bestehenden Datenspeicher sind Grundstock der Teildatenbanken.

Möglichkeiten der Datenerfassung und der Datenfortschreibung im territorialen Informationssystem

Entsprechend dem System- und Bausteincharakter des Datenbanksystems sind verschiedene Wege zum Aufbau der Datenbanken möglich.

Für die projektierten Teildatenbanken ergeben sich als Primärdatenquellen neben der Ersterfassung auf den datenbankgerechten Erfassungsbelegen die Übernahme von Daten aus vorhandenen Karteien (Bauzustands- und Wohnraumkartei) und der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung. Die Übernahme der Daten aus diesen Quellen kann teilweise maschinell erfolgen, soweit datenbankkompatible maschinenlesbare Datenträger (Lochkarte, Magnetband) bereits vorliegen, bzw. die Daten können von den jeweiligen Erfassungsbelegen manuell in die datenbankgerechten Erfassungsbelege übertragen werden. (Beispiel Abb. 2)

Die dargestellten Wege der Primärdatenerfassung über die maschinelle Datenübernahme von maschinenlesbaren Datenträgern vorhandener Karteien ist als Datenersterfassung ein äußerst rationeller Weg, für die Fortschreibung jedoch ist die Datenbankorganisation erforderlich.

Es ergibt sich somit bei Vorhandensein der genannten Karteien die Möglichkeit der schrittweisen Umstellung auf die datenbankgerechten Belege und Karteien, wobei die Datenbank selbst als Magnetband von Anfang an existiert.

Die bei der Nutzung der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 1971 als Primärdatenquelle auftretenden Probleme und die erforderlichen Maßnahmen und Voraussetzungen bei der Übernahme von Daten der Bauzustands- und Wohnraumkartei wurden analysiert. Dabei treten eine Reihe komplizierter Bedingungen auf.

Die Gliederung des Territoriums in Flächenelemente unter den Bedingungen des Systems Territoriale Datenbank

Die Zuordnung von Daten zu Flächenelementen ist ein Schlüsselproblem für die Einführung der EDV in die Planungs- und Leitungsprozesse der Territorien.

Für die Berücksichtigung dieser Problematik werden bei der Projektierung des Systems Territoriale Datenbank entsprechend den Zielstellungen der Studie (2) die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen:

■ Die Primärdaten werden kleinsten unteilbaren Flächenelementen zugeordnet. Damit wird die Flächenbindung der Daten realisiert, und es wird die Verknüpfung aller Daten mit den bereits ursprünglich flächengebundenen Daten gesichert.

■ Mit Hilfe dieser Flächenelemente lassen sich beliebig größere Flächenelemente zusammensetzen. Anforderungen an einen hierarchischen Aufbau eines „Systems von Flächengliederungen" oder an eine bestimmte Schlüsselsystematik werden nicht gestellt.

■ Gleichzeitig wird die Bildung feststehender Gruppierungen von Daten über bestimmte Schlüsselgruppen auch ohne den Weg über die Flächenbindung ermöglicht. Diese Gruppierungen können den territorialen Elementen zugeordnet werden, die in den Schlüsseln enthalten sind.

Betrachtet man allein die Problematik territorialer Gliederungen beziehungsweise Flächenbildungen, kann man drei Gruppen unterscheiden (4):

Flächenelemente und territoriale Einheiten im Sinne territorialer Teilsysteme

Flächenelemente und territoriale Einheiten für Zwecke der Statistik

Flächenelemente für spezielle Planungs- und Leitungsprobleme.

Die Gruppe territorialer Gliederungselemente, zu der das Staatsgebiet der DDR, die Bezirke, die Kreise, die Städte und Gemeinden und die Stadtbezirke der großen Städte gehören, hat den Charakter von Teilsystemen des gesellschaftlichen Gesamtsystems (4). Auf diese Teilsysteme ist das territoriale Informationssystem orientiert, zur Realisierung der Planung und Leitung dieser Teilsysteme werden durch das Informationssystem, Teil Rechnungsführung und Statistik, auf diese territorialen Einheiten bezogene Daten zur Verfügung gestellt.

Als integrierter Bestandteil dieser Gruppe kann auch der „Wohnbezirk der Nationalen Front" gesehen werden.

Aufbauend auf diese politisch-verwaltungstechnisch orientierte Gliederungshierarchie, haben sich bestimmte Flächengliederungen entwickelt, die den spezifischen Bedürfnissen der jeweiligen Nutzer in hohem Maße genügen.

Ein solches Gliederungssystem, das sich für die Zwecke der Liegenschaften auf der Basis der Eigentumsverhältnisse entwickelt hat, wird gebildet aus den zusätzlichen Elementen Gemarkung, Flur und Flurstück, wobei sich das größere Element jeweils als Summe der kleineren Elemente ergibt.

Dieses System hat damit den Charakter einer hierarchischen Flächengliederung.

Für statistische Erhebungen und Zählungen werden vielfach Gruppenbildungen von Objekten im Sinne von Zählabschnitten, Zählbezirken oder Erfassungseinheiten genutzt. Neben diesen im statistischen Sinne relativ universell orientierten Flächengliederungen entstanden eine Reihe von Flächengliederungen, die sowohl partiellen statistischen Anforderungen genügen, als auch den Charakter von „Flächenelementen für Planungsprobleme" haben (2, 4, 5) für

die Straßenverwaltung und die Verkehrsplanung:

Verkehrsbezirk, Verkehrsgebiet, Straßenabschnitt usw.

die Stadtplanung:

Stadtgebiet, Wohnkomplex, Flurstücksblock, Wohngebiet usw.

Diese Flächengliederungen haben damit eine bestimmte Doppelfunktion und verlieren ihre Bedeutung als statistische Einheiten, wenn sie als Planungseinheiten nicht mehr verwendet werden. In der Regel erfolgt auch keine totale Flächengliederung des gesamten Territoriums.

Neben den bereits genannten Gruppierungen von Flächenelementen besteht noch eine Reihe von Flächenelementen, die speziellen Aufgaben und Funktionen genügt. Diese Flächenelemente bestehen nur zum Teil über längere Zeiträume, sie sind teilweise veränderlich in Abhängigkeit von dynamischen Veränderungen hinsichtlich ihrer Funktion, sie umfassen überwiegend nur bestimmte Teile des Territoriums.



2 Primärdatenerfassung und Datenfortschreibung für die Wohnraum- und Personendatenbank im territorialen Informationssystem

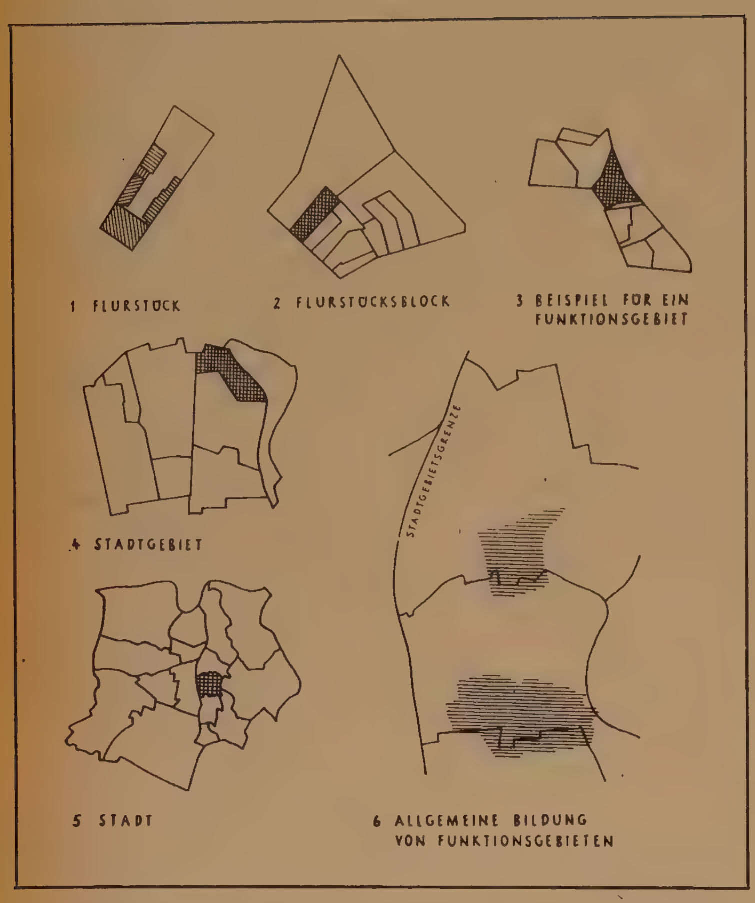
ERLÄUTERUNGEN:

——▷ MÖGLICHER WEG BEI DATENERFASSUNG
ERGÄNZUNG FEHLENDER DATEN ÜBER FORTSCHREIBUNG DURCH DATENBANKBELEGE

- - - -▷ ERGÄNZUNG FEHLENDER INFORMATIONEN UND MANUELLE AKTUALISIERUNG DER BELEGE

━━▶ OPTIMALER WEG FÜR DIE DATENERFASSUNG
ERGÄNZUNG FEHLENDER DATEN AUF DEN MAGNETBÄNDERN DER DATENBANK DURCH FORTSCHREIBUNG
FORTSCHREIBUNG UND AKTUALISIERUNG DER DATENBANK

-(▲)-▷ ÜBERNAHMEPROGRAMME



3 Flächengliederungselemente des Systems Territoriale Datenbank

Als Beispiele seien hier genannt
- relativ statische Elemente
(Zustellbezirke und -reviere der Post, Polizeireviere und Reviere der Abschnittsbevollmächtigten, Gruppe der Flächennutzungsgebiete, Verkehrsgebiete, Wohnkomplexe)
- dynamisch sich verändernde Elemente
(Einzugsgebiete von Kaufhallen usw., Einzugsbereiche für Schulen, Bebauungsgebiete, Rekonstruktionsgebiete, Teilflächen für spezielle Untersuchungen, städtebauliche Planungseinheiten)
- generalisierende Elemente
(wie Rasterflächen)

Flächengliederungselemente des Systems Territoriale Datenbank

Das System der territorialen Bezugselemente sieht entsprechend dieser Bedarfsanalyse eine breite Palette möglicher Flächengliederungselemente vor.
Das Flurstück ist die kleinste, unteilbare territoriale Bezugseinheit und gleichzeitig kleinstes und unteilbares Teilelement aller Elemente des Systems territorialer Bezugseinheiten. Das heißt, daß alle territorialen Bezugseinheiten sich aus dem Flächenbaustein Flurstück zusammensetzen lassen.
Damit ist das Flurstück das integrierte Flächenelement des Systems territorialer Bezugseinheiten, und alle Daten werden auf das Flurstück, in Sonderfällen auf daraus abgeleiteten Elementen, bezogen.
Ein einheitliches Bezugssystem auf der Basis des Flächenbausteins Flurstück kann wie folgt entwickelt werden (Abb. 3):

■ Flurstück
kleinste territorial fixierte Einheit des Territoriums der Stadt/Gemeinde bzw. des Kreises
über längere Zeiträume statisch, eine Umbildung kann erforderlich werden bei Flurstückstrennungen oder Flurstückszusammenlegungen infolge Eigentums- oder Nutzungswechsels
Elemente des Flurstücks können zum Beispiel Einwohner, Gebäude, Betriebe sein
alle anderen Flächenelemente lassen sich aus Flurstücken zusammensetzen.

■ Flurstücksblock
Zusammenfassung von Flurstücken gleicher Nutzungsart oder überwiegend gleicher Nutzung
über längere Zeiträume statisch, eine Umbildung kann bei Nutzungsänderungen erforderlich werden
die Flächen der Stadtgebiete und Funktionsgebiete sind Summen der Flächen von Flurstücksblöcken

■ Stadtgebiet
selbständige funktionsfähige Einheit und hat die Größe eines städtebaulichen Wohnkomplexes oder eines städtebaulichen Wohnbezirkes
über längere Zeiträume statisch, aber anpassungsfähig an Strukturveränderungen der Gesamtstadt

■ Gesamtstadt
selbständige administrative Einheit
durch ihre Stadtgrenze und ihre Katasterfläche bestimmt
weitgehend statisch.
Für spezielle Planungszwecke ist es erforderlich, mit territorialen Einheiten zu arbeiten, die in der Größenordnung zwischen dem Stadtgebiet und dem Flurstücksblock liegen. Diese territoriale Einheit wird als Funktionsgebiet bezeichnet.
Das Funktionsgebiet wird gebildet auf Grund von Bedürfnissen hinsichtlich der Planung und Leitung der Territorien bestimmter organisatorischer Maßnahmen und Notwendigkeiten beispielsweise der Bevölkerungsstruktur oder der Kommunikation. Es spiegelt eine Teilfunktion eines Teilsystems innerhalb des Gesamtsystems Stadt wider und dient dazu, diese Teilfunktion quantitativ zu erfassen und meßbar darzustellen.
Das Funktionsgebiet kann auf Grund dieser Bestimmung eine begrenzte mehr oder weniger ausgedehnte Lebensdauer haben.
Nach dieser Definition ist es möglich, daß eine bestimmte Flächeneinheit (Flurstück) mehreren Funktionsgebieten angehört, zum Beispiel gleichzeitig dem Einzugsbereich einer Verkaufseinrichtung, einem Wählerbezirk und einem Versorgungsgebiet.

Zum Koordinatensystem

Die Anwendung des Koordinatensystems ist für die Lokalisierung von Sachverhalten und Flächenelementen erforderlich. Das Koordinatensystem erfüllt alle denkbaren Anforderungen (2, 4, 6, 7).
Das Koordinatensystem ist das allgemeinste stabilste und gleichzeitig beliebig anpassungsfähigste Schlüsselsystem. Es entspricht in hohem Maße den durch das territoriale Datenbanksystem gestellten Bedingungen.
Im Datenbanksystem erfüllt das Koordinatensystem neben dieser allgemeinen Funktion der territorialen Lokalisierung von Sachverhalten noch eine zweite wichtige Funktion. Das Koordinatensystem ermöglicht die Automatisierung der Datenabfrage und die EDV-gerechte Datenbereitstellung des Datenbanksystems. Dazu werden mehrere Programme entwickelt, die in den folgenden Abschnitten näher erläutert werden.
Die Schlüsselbildung erfolgt durch die Bil-

STADT / GEMEINDE:

ERFASSUNGSBOGEN B 1

– FLÄCHENGLIEDERUNGSDATEN –

	1				2	3	4	5	6	7	8		9	10	11	12								13	14
	KOORDINATEN				STADTGEBIET	FLURSTÜCKSBLOCK	GRÖSSE DES FLURSTÜCKS (m²)	FLÄCHENNUTZUNGSART	GEPLANTE FLÄCHENNUTZUNGSART	EIGENTUMSFORM	EWZ		BODENPREIS (M / m²)	GRUNDMITTELWERT (TM)	ÄNDERUNGSL.	SCHLÜSSEL LIEGENSCHAFTEN								KA	KK
	CHARAKTERISIERUNG	X-KOORDINATE	Y-KOORDINATE	PRÜFZ.							ART	HÖHE (ZIFFER)				BEZIRK	KREIS	STADT/GEMEINDE	GEMARKUNG	FLUR	FLURSTÜCK ZÄHLER	FLURSTÜCK NENNER	PRÜFZ.		
1 - 3	4 - 6	7 - 12	13 - 18	19	20-21	22 - 24	25 - 32	33 - 36	37 - 40	41-42	43	44-45	46 - 49	50 - 54	55	56-57	58-59	60-61	62-63	64 - 66	67 - 70	71 - 74	75	76-77	78 - 80
—																								1	DBA

15		16		17		18		19		20			21									22	
FKT.-GEB.		FKT.-GEB.		FKT.-GEB.		FKT.-GEB.		FKT.-GEB.		FKT.-GEB.			ÄNDERUNGSL.	SCHLÜSSEL LIEGENSCHAFTEN								KA	KK
ART	NR.	ART	NR.	ART	NR.	ART	NR.	ART	NR.	ART	NR.			BEZIRK	KREIS	STADT/GEMEINDE	GEMARKUNG	FLUR	FLURSTÜCK ZÄHLER	FLURSTÜCK NENNER	PRÜFZ.		
1-2	3 - 5	6-7	8 - 10	11-12	13 - 15	16-17	18 - 20	21-22	23 - 25	26-27	28 - 30	31 – 54	55	56-57	58-59	60-61	62-63	64 - 66	67 - 70	71 - 74	75	76-77	78 - 80
												—		—								2	—

23				—	24				—	25				—	26				—	27				28									29	
TGS					TGS					TGS					TGS					TGS				ÄNDERUNGSL.	SCHLÜSSEL LIEGENSCHAFTEN								KA	KK
WOHNBEZ. DER NAT. FRONT	STRASSE	HAUS-NR.	PRÜFZ.		WOHNBEZ. DER NAT. FRONT	STRASSE	HAUS-NR.	PRÜFZ.		WOHNBEZ. DER NAT. FRONT	STRASSE	HAUS-NR.	PRÜFZ.		WOHNBEZ. DER NAT. FRONT	STRASSE	HAUS-NR.	PRÜFZ.		WOHNBEZ. DER NAT. FRONT	STRASSE	HAUS-NR.	PRÜFZ.		BEZIRK	KREIS	STADT/GEMEINDE	GEMARKUNG	FLUR	FLURSTÜCK ZÄHLER	FLURSTÜCK NENNER	PRÜFZ.		
1 - 3	4-5	6 - 9	10	11	12 - 14	15-16	17 - 20	21	22	23 - 25	26-27	28 - 31	32	33	34 - 36	37-38	39 - 42	43	44	45 - 47	48-49	50 - 53	54	55	56-57	58-59	60-61	62-63	64 - 66	67 - 70	71 - 74	75	76-77	78 - 80
				—					—					—					—						—								3	—
				—					—					—					—						—								3	—
				—					—					—					—						—								3	—
				—					—					—					—						—								3	—
				—					—					—					—						—								3	—
				—					—					—					—						—								3	—

4 Datenerfassungsbeleg „Flächengliederung"

dung der x- und y-Koordinaten der Schwerpunkte der Flurstücke auf der Grundlage von Kartenmaterial – zum Beispiel Stadtkartenwerk, Rahmenkarten – im Maßstab 1 : 1000 oder 1 : 2000.

Vorliegende Projekte des Datenbanksystems

Die Konzeption zum Datenbanksystem sieht die Zuordnung der Daten zu den Teildatenbanken und Teilspeichern prinzipiell nach Sachverhalten vor, daneben spielen technologische Aspekte der Datenerfassung eine Rolle. Das Projekt- und Programmsystem zum Datenbanksystem besteht aus Bausteingruppen und Bausteinen, die wiederum Organisationsprojekte, Feinprojekte, EDV-Projekte und EDV-Programme enthalten.

Zu den Projekten gehören

- der Erfassungsbeleg und die erforderlichen Organisationsanweisungen zur Datenerfassung oder Datenübernahme von vorhandenen Karteien
- die Lochkartenprojekte zur Herstellung maschinenlesbarer Datenträger und zu ihrer Sortierung
- die R 300-Projekte zur Übernahme der Daten auf das Magnetband, zur Aktualisierung und Fortschreibung des Magnetbandes und
- die R 300-Projekte zum Ausdruck des Magnetbandinhaltes in Katalogform.

Teildatenbank Flächengliederung

Die Teildatenbank Flächengliederung dient zur Speicherung aller Flächenelemente und ermöglicht deren Lokalisierung mittels Koordinaten. Die Zuordnung der Gebäude und sonstigen Einrichtungen zu den Flächenelementen erfolgt mit Hilfe des Territorialen Grundschlüssels.

Ordnungselement der Teildatenbank bildet das Flurstück. Die Verschlüsselung des Flurstücks erfolgt mit dem „Schlüssel Liegenschaften".

Die Verknüpfung der Daten der übrigen Teildatenbanken in das Gesamtsystem wird durch die in der „Teildatenbank Flächengliederung" abgespeicherten und einander sinnvoll zugeordneten Schlüssel, die in den anderen Teildatenbanken jeweils alleiniges Schlüsselelement sind, erreicht. Weiterhin wird eine weitgehende automatisierte Datenauswertung – insbesondere mit Hilfe der Such- und Auswertungsprogramme auf der Basis des Koordinatensystems – ermöglicht.

Zusätzlich zu den genannten Schlüsseln werden auf das Flurstück bezogene Daten gespeichert.

Der Datenerfassungsbeleg (Abb. 4) dient gleichzeitig als Karteikarte für eine Handkartei und als Erfassungsbeleg für die Datenfortschreibung.

Neben der Nutzung dieser Teildatenbank als zentrale Schlüsseldatenbank im Gesamtsystem ergeben sich vielfältige Möglichkeiten der Nutzung der Teildatenbank allein und im Zusammenwirken mit anderen Teildatenbanken.

Der Inhalt der Teildatenbank kann in Katalogform ausgedruckt werden. Mit diesem Katalog kann neben der inhaltlichen Kontrolle vielfältig gearbeitet werden.

Der Tabellenausdruck erfolgt je Stadt bzw. Gemeinde getrennt.

Neben den Möglichkeiten der Auswertung der Flächendaten zum Beispiel als Flächennutzungsanalyse, Eigentumsanalyse oder Flächenberechnungen wird durch die Teildatenbank die Verknüpfung der Daten aller anderen Teildatenbanken untereinander, unabhängig davon, unter welchem Schlüssel die Daten jeweils abgespeichert sind, ermöglicht.

BAUZUSTANDSKARTEI B 2

STADT / GEMEINDE:

STRASSE / HAUSNUMMER:

NAME UND ADRESSE DES EIGENTÜMERS:

NAME UND ADRESSE DES VERWALTERS:

1	2	3	4	5
GEBÄUDE-TYP	GEBÄUDEART: EINFAMILIENHAUS 1; ZWEIFAMILIENHAUS 2; MEHRFAMILIENHAUS 3; NICHTWOHNGEBÄUDE 4; BEHELFSWOHNGEB. 5	LAGE DES GEBÄUDES: VORDERHAUS 1; HINTERHAUS 2; SEITENHAUS 3	EIGENTUMSFORM: VE - KOMMUNAL 11; VE - ÖRTL. RAT 12; VE - VEB INSTITUT 13; AWG / GWG 21; LPG 22; SONST. GENOSSENS. 23; GESELLSCH. ORG. 30; BETR. M. STAATL. BET. 40; PRIVATEIGENTUM 51; KONFESSIONELL 52; PRIV. I. STAATL. VERW 53; PRIV. I. KOMM. VERW 54	GESCHOSS-ANZAHL
1 - 2	3	4	5 - 6	7 - 8

6	7	8	9	10	11
BAUZUSTANDSST.: STUFE 1 1; STUFE 2 2; STUFE 3 3; STUFE 4 4; STUFE 5 5	BAUJAHR	HAUPTNUTZUNG: WOHNGEBÄUDE 1; GESELLSCH. BAUTEN 2; GEB. D. IND. U. VERSORG. BETR. 3; WIRTSCHAFTSGEBÄUDE 4; NEBENGEBÄUDE 5	NEBENNUTZUNG: WOHNUNG 14; KULTURH. KINO THEATER 15; BILDUNGS- U. KINDER-EINRICHT. 16; GASTRO-NOMIE HOTEL 17; VER-WALTUNG 18; INDUSTRIE 19; HAND-WERK 20; HANDEL 21; DIENST-LEISTUNG 22; LAND-WIRTSCH. PROD. 23	BAUWEISE: ZIEGEL 1; NATURSTEIN 2; FACHWERK 3; HOLZ 4; BETON- U. MONT. BAU 5	FASSADE: PUTZ 1; ROHBAU 2; VERKLEIDUNG 3
9	10 - 12	13	14 – 23	24	25

12	13	14	15	16	17	18	19	20
KELLER / KELLERDECKE: VOLL UNTERKELLERT – DECKE MASSIV 1, DECKE HOLZB. 2; Z.T. UNTERKELLERT – DECKE MASS. 3, DECKE HOLZB. 4; NICHT UNTERKELLERT 5	DACHDECKUNG: ZIEGEL 1; SCHIEFER 2; PAPPE AUF HOLZ 3; STROH / SCHINDELN 4; METALL 5; MASSIVDECKE M. PAPPE 6	DACH AUSG.: JA 1; NEIN 2	WASSERVERSORGUNG: V. ÖFFENTL. WASSERVERSORGUNGSNETZ 1; VON NICHT ÖFFENTL. ANLAGEN 2; DURCH HANDPUMPEN ZIEHBRUNNEN U.A. 3	ENTWÄSSERUNG: AN KANALISATIONSNETZ ANGESCHL. 1; NUR BRAUCHWASSER ANGESCHL. 2; NICHT AN KAN. NETZ ANGESCHLOSSEN 3	ELT-VERSORGUNG: AN ELT. VERS. N. ANGES. 1; AN ELT. VERS. N. NICHT A. 2; AN GAS ANGES. 3; AN GAS NICHT A. 4; A. GAS U. ELT. ANG. 5	BAUAKTE: VORH. 1; NICHT VORH. 2	DENKMALSCHUTZ: GEBÄUDE NICHT UNTER DENKMALSCHUTZ 1; GES. GEBÄUDE UNT. DENKMALSCHUTZ 2; BAUTEILE UNTER DENKMALSCHUTZ 3	HOFZUF.: VORH. 1; NICHT VORH. 2
26	27	28	29	30	31	32	33	34

21	22	23	24	25	26	27	28	29								30	31	32
								TERRITORIALER GRUNDSCHLÜSSEL										
ANZAHL D. GARAGEN	GEBÄUDE LÄNGE (m)	GEB. BREITE (m)	GEBÄUDE-FLÄCHE (m²)	GEB. HÖHE (m)	GEBÄUDE-KUBATUR (UMBAUTER RAUM m³)		ÄNDERUNGSI.	BEZIRK	KREIS	STADT / GEMEINDE	WOHNBEZ. ODER NAT. FRONT	STRASSE	HAUS-NR.	PRÜFZ.		GEBÄUDE NR.	KA	KK
35-36	37-40	41-43	44-48	49-51	52-56		57	58-59	60-61	62-63	64-66	67-68	69-72	73		74-75	76-77	78-80

5 Datenerfassungsbeleg „Gebäudesubstanz"

Beispiele:
Berechnen von flächenbezogenen Einwohnerstrukturen (Einwohner pro ha) aus der „Teildatenbank Personendaten" (Schlüssel TGS und Personenschlüssel) und den Flächenelementen der Teildatenbank Flächengliederung
Ermittlung von Daten aus den Teildatenbanken mit Hilfe der graphischen Beschreibung der territorialen Einheit über Koordinaten
Ermittlung von Informationen, bezogen auf Funktionsgebiete, wie Verkehrsbezirke, Stadtgebiete, Einzugsgebiete von Kaufhallen, Wohngebiete, Rekonstruktionsgebiete, Baugebiete.
Die verschiedenen in die Teildatenbank aufgenommenen Schlüssel ermöglichen diese vielfältigen Nutzungen.

■ Der Schlüssel Liegenschaften dient zur Verschlüsselung der Flurstücke. Weiterhin ermöglicht dieser Schlüssel den späteren Anschluß eines „Datenspeichers Liegenschaften".

■ Die auf den Flurstücken aufgebauten übrigen territorialen Elemente – Stadtgebiet, Flurstücksblock, Funktionsgebiet – ermöglichen sowohl Analysen der Datenbankinhalte als auch die Weiterverarbeitung der Analysenwerte in komplexen Modellen und Programmen. Insbesondere die Einheit „Funktionsgebiet" gestattet die Berücksichtigung differenzierter Anforderungen an territoriale Gliederungen.

■ Die Bildung der „Leitkoordinaten" als x- und y-Koordinaten der Flurstücke ermöglicht neben Entfernungsberechnungen die umfassende Anwendung der graphischen Elektronentechnik (graphischer Ausdruck von Ergebnissen über Schnelldrucker, graphische Angabe über Plotter) und die automatisierte Bildung von beliebigen Flächenelementen zur Ermittlung der dazugehörigen Daten mit Hilfe spezieller Suchprogramme.

■ Die Zuordnung der TGS-Nummern der Gebäude und Grundstücke zu den Flurstükken gestattet die Auswertung aller anderen Teildatenbanken, deren Ordnungselemente der TGS bzw. daraus abgeleitete Schlüssel sind. Umgekehrt können bei Auswertungen dieser Teildatenbanken Informationen aus der Teildatenbank Flächengliederung abgerufen werden bzw. die Verbindung zu Teildatenbanken hergestellt werden, deren Ordnungskriterien z. B. der Liegenschaftsschlüssel ist.

■ Über die Schlüssel Funktionsgebiete lassen sich Verbindungen zu zweigspezifischen Datenspeichern oder Teildatenbanken herstellen, zum Beispiel zu Verkehrsdatenbanken über die Verkehrsbezirke.

■ Mit Hilfe der Flurstücksblöcke, gegebenenfalls auch bestimmter Funktionsgebiete, läßt sich der Anschluß zu Datenspeichern herstellen, in denen Flächenbegrenzungen dieser Flächen gespeichert sind. Damit wird die graphische Ausgabe von Informationen ermöglicht.

Die Aufnahme der geplanten Flächennutzung und der Grundmittel ermöglicht Plan-Ist-Vergleiche, Plananalysen und Modelluntersuchungen über Kennziffern. Die Grundmittelwerte können sowohl im Sinne einer Primärdatenerfassung ermittelt werden als auch „synthetisch" mit Hilfe der übrigen Teildatenbanken, wie über die Werte m³ umbauter Raum, Nutzung der Gebäude und Kennziffern, berechnet werden.

Teildatenbank Gebäudesubstanz (Bauzustandskartei)

In der Teildatenbank Gebäudedaten werden alle Daten erfaßt, die auf das Gebäude (Wohn- und Nichtwohngebäude) bezogen werden können. Die Teildatenbank stellt eine Weiterentwicklung der Bauzu-

standskartei unter dem Gesichtspunkt des Datenbanksystems dar. Inhaltlich erfolgte neben einer Erweiterung der Schlüssel im Sinne der Schlüsselsystematik des Datenbanksystems die Aufnahme von Angaben zur Haupt- und Nebennutzung der Gebäude, wodurch auch spezielle Datenspeicher für Nichtwohngebäude angeschlossen werden können.

Der Datenerfassungsbeleg (Abb. 5) dient gleichzeitig als Karteikarte für die Gebäudedokumentation und als Erfassungsbeleg für die Fortschreibung.

Der Inhalt des Magnetbandes kann in Katalogform ausgedruckt werden. Der Druck der Tabelle erfolgt je Stadt und Gemeinde getrennt.

Die Daten der Teildatenbank können für Analysen der Gebäudesubstanz ausgewertet werden; so für Analysen

der Eigentumsverhältnisse

des Bauzustandes

der überwiegenden Nutzung der territorialen Einheiten des Stadtgebietes

der Gebäudekubatur

des stadttechnischen Versorgungsniveaus der Gebäude oder

der Garagenzahl

bezogen auf den Wohnbezirk oder das Stadtgebiet.

Durch Verknüpfungen mit der Teildatenbank Flächengliederung lassen sich diese Werte auf beliebige Gliederungselemente (z. B. Wohngebiete, Rekonstruktionsgebiete, Baugebiete, Straßenabschnitte), beziehen und gleichzeitig durch die Kombination der Schlüsselsysteme TGS, Schlüssel Liegenschaften und Koordinatenschlüssel Datenverknüpfungen mit allen anderen Teildatenbanken realisieren:

- durch Verknüpfung mit Daten der Teildatenbank Flächengliederung erfolgt die Bildung von flächenbezogenen Analysenwerten, wie Baumassendichte m^3/h Flächenanalysen der Gebäudenutzung
- durch Verknüpfung mit Daten der Wohnraum- und Personendatenbank erfolgte die Kombination der Gebäudesubstanz mit der Wohnraumsubstanz und den Einwohnern, z. B.

Einwohner und Wohnungen pro Gebäude bzw.

Gebäudegruppe

Gebäudesubstanz und Wohnraumgröße.

Mit Hilfe besonders entwickelter Programmbausteine und der Koordinaten erfolgen die

- Generalisierungen der Daten durch Bezug auf Rasterquadrate
- Ermittlung von Daten beliebiger Flächenelemente.

Zur speziellen Auswertung der Teildatenbank werden — neben der Entwicklung neuer Auswertungsprogramme — auch vorhandene Programme durch die Erarbeitung von Vorprogrammen angepaßt.

Für die Übernahme der Daten der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 1971 in die Teildatenbank werden gesonderte Programme erarbeitet.

Teildatenbank Wohnraum- und Personendaten (Wohnraum- und Wohnraumbelegungskartei)

Die Teildatenbanken Wohnraumdaten und Personendaten umfassen

- sämtliche auf die Wohnung bezogenen Daten im Hinblick auf den Wohnungszustand und die Wohnungsfläche
- eine Anzahl von Personendaten, die besonders in Verhinderung zur Wohnraumbelegung wichtig sind.

Die Teildatenbanken stellen eine Weiterentwicklung der Wohnraumbelegungskartei unter dem Aspekt des Datenbanksystems dar. Die Belege sind geeignet als Handkarteikarten für die operative Arbeit der staatlichen Organe.

Inhaltlich erfolgten Erweiterungen und Ergänzungen im Verhältnis zur Wohnraumbelegungskartei, besonders im Hinblick auf die Schlüsselsysteme,

die Wohnungsfläche,

die Qualitätskriterien der Wohnung,

die technische Versorgung und

die Differenzierung der Angaben zur Person.

Die Daten werden mit Hilfe des TGS, der Gebäudenummer, der Wohnungsnummer und (späterhin) mit der Personenkennzahl verschlüsselt. Da die Personenkennzahl zur Zeit noch nicht vollständig vorhanden ist, könnte die Identifizierung der Personen für den Änderungsdienst vorläufig mit einer laufenden Numerierung der Personen pro Wohnung erfolgen.

Die Erfassung und Fortschreibung der Daten und Schlüssel erfolgt auf eigens entwickelten Erfassungsbelegen (Abb. 6).

Die Übernahme aus anderen Dateien (Bauzustandskartei, Wohnraumbelegungskartei) ist möglich.

Mit Hilfe des TGS ist eine Verknüpfung der Teildatenbanken Wohnungs- und Personendaten mit anderen Teildatenbanken gewährleistet.

Insbesondere trifft dies zu auf die

- Gebäudedaten, die in der Teildatenbank Gebäudedaten enthalten sind
- Daten der Teildatenbank Flächengliederung.

Dadurch sind vielfältige Auswertungsmöglichkeiten gegeben, wie

- Berechnen von flächenbezogenen Einwohnerstrukturen (Einwohner pro ha) aus der „Teildatenbank Personendaten" (Schlüssel TGS und Personenschlüssel)

und den Flächenelementen der Teildatenbank Flächengliederung

- Ermittlung von Informationen über Wohnungszustand, Wohnungsgröße und Belegung, bezogen auf Verkehrsbezirke, Stadtgebiete, Einzugsgebiete von Kaufhallen, Wohngebiete, Rekonstruktionsgebiete, Baugebiete, Straßenabschnitte.

Der Inhalt der Teildatenbank kann in Katalogform ausgedruckt werden. Mit diesem Katalog kann neben der inhaltlichen Kontrolle vielfältig gearbeitet werden.

Der Tabellenausdruck erfolgt je Stadt oder Gemeinde getrennt.

Programmbausteine für die Datenbereitstellung

Die Bereitstellung von Daten des Datenbanksystems (der Teildatenbanken) wird realisiert mit Hilfe

- der Suchprogramme zum Aufsuchen der jeweils benötigten Bezugseinheiten über die Schlüssel der Bezugseinheiten und
- der Datenausgabeprogramme, die die Ausgabe der so ermittelten Schlüssel und der ihnen zugeordneten Daten (oder der kombinierten Daten) in Listen- bzw. Tabellenform oder in graphischer Form ermöglichen.

Nach Abschluß des Aufbaus des Datenbanksystems ist die Nutzung der Teildatenbanken gekennzeichnet durch die direkte Verbindung der Nutzer mit dem Rechner und dem Speichersystem mit Hilfe von Datenfernübertragungen und Fernsprechern. Die Informationen werden nach Abruf geliefert, desgleichen beliebige inhaltliche Ausdrucke nach Flächeneinheiten, Qualitätskriterien usw. geordnet und aufsummiert.

Zur automatisierten Datenabfrage wurde der Programmkomplex „Ermittlung von Koordinatenschnittpunkten (Leitkoordinaten) der Teildatenbank Flächengliederung aus vorgegebenen Flächen" mit den Programmbausteinen für geradlinig begrenzte Flächen, Kreisflächen und Quadrate entwickelt.

Der Baustein wird benötigt, wenn auf beliebige Flächenelemente (Flurstück, Verkehrsgebiet, Einzugsbereiche von Haltestellen) oder auf beliebige im Datenbanksystem verwendete Schlüssel (TGS, Schlüssel Liegenschaften, Funktionsgebietsschlüssel) bezogene Daten aus den Teildatenbänken bereitgestellt werden sollen, ohne daß die Schlüssel bekannt sind, bzw. wenn die Erarbeitung der erforderlichen Schlüssellisten einen zu hohen Aufwand erfordern würde.

Dieses Suchverfahren ermöglicht die rationelle Nutzung des Datenbanksystems also dann, wenn

- Dienststellen Daten benötigen, die mit dem inneren Systemaufbau nicht vertraut sind,
- Daten schnell, ohne größeren manuellen Aufwand abgefragt werden sollen (z. B. auch über Bildschirmgeräte),
- eine anschließende graphische Ausgabe über Schnelldrucker gewünscht wird,

STADT / GEMEINDE:

STRASSE, HAUS-NR.:

NAME UND ADRESSE DES EIGENTÜMERS:

NAME UND ADRESSE DES VERWALTERS:

WOHNRAUMKARTEI B 3

1 GEBÄUDEART	2 LAGE D. GEBÄUDES	3 EIGENTUMSFORM	4 GESCHOSSLAGE	5 ANZAHL DER ZIMMER	6 DARUNTER
EINF. HAUS 1 ZWEIF. HAUS 2 MEHRF. HAUS 3 NICHT WOHNG. 4 BEHELFS-W. 6	VORDERHAUS 1 HINTERHAUS 2 SEITENHAUS 3	VE - KOMMUNAL 30 VE - ÖRTL. RAT 40 VE - VEB, INSTITUT 51 AWG, GWG 52 LPG 53 SONST. OEN. 54 11 GESELLSCH. ORGANE 12 BETR. M. STAATL. BET. 13 PRIVATEIGENTUM 21 KONFESSIONELL 22 PRIV. I. STAATL. VERW. 23 PRIV. I. KOM. VERW.	ERDGESCHOSS 00 1. ETAGE 01 2. ETAGE 02 3. ETAGE 03 4. ETAGE 04 ... ETAGE ... KELLER 80 DACHGESCH. 90	1 ZIMMER 10 1½ ZIMMER 11 1¾ ZIMMER 12 2 ZIMMER 20 2½ ZIMMER 21 2¾ ZIMMER 22 3 ZIMMER 30 3½ ZIMMER 31 3¾ ZIMMER 32 ...	ANZAHL MIT DACHSCHRÄGE
			1-2	3-4	5

7	8	9 FLÄCHE I	10 FLÄCHE II	11 FLÄCHE III	12 WOHNUNG IST BAUAUFSICHTLICH GESPERRT BZW. BEDINGT NUTZBAR	13 BERUFS- OD. GEWERBEORIENT. WOHNRAUM	14 ZWECKENTFREMDET GENUTZTE RÄUME
MONATSMIETE (M)	RAUMHÖHE (m)	HAUPTFLÄCHE (m²)	NEBENFLÄCHE (m²)	GESAMTFLÄCHE (m²)	STÄNDIGE SPERRUNG F. EINE NUTZUNG 1 NUTZUNG F. GEWERBL. ZWECKE MÖGLICH 2 NACH INSTANDS. F. WOHNZW. GEEIGNET 3 AUS HYGIEN. GRÜNDEN BEDINGT NUTZB. 4	ATELIERWOHNUNG 1 ARZTWOHNUNG 2 BEREITSCHAFTS-, DIENSTWOHNG. 3 HAUSMEISTERWOHNUNG 4 WOHNG. UNMITTELB. IM ZUSAMMENH. MIT EINEM GEWERBE (HANDWERK) 5	VERWALTUNG EINRICHTUNG / SOZIALEINRICHTUNG / BILDUNGS- UND KULTUREINRICHTUNG / GEWERBE-, LAGERRAUM / GESUNDHEITSWESEN / ANDERE
6-10	11-12	13-16		17-20	21	22	23 24 25 26 27 28

15 BALKON/LOGG.	16 BODEN/KELLER	17 BAD	18 TOILETTE WC / TOILETTE TROCKL.	19 KÜCHE	20 RAUMHEIZUNG	21 WASSER / WARMWASSER	22 GAS U. ELT-ANSCHL.
LOGGIA 1 BALKON 2 LOGGIA U. BALKON 3	BODEN 1 KELLER 2 BODEN U. KELLER 3	BAD ODER DUSCHE NICHT VORHANDEN 1 BAD ODER DUSCHE IN DER WOHNUNG 2 BAD ODER DUSCHE AUSSERH. D. WOHNG. 3 GEMEINSCHAFTSBAD 4	I. D. WOHNUNG 1 AUSSERH. D. WOHNUNG, IM GEB. 2 AUSSERHALB DES GEBÄUDES 3 IN D. WOHNUNG 4 AUSSERH. D. WOHNUNG, IM GEB. 5 AUSSERHALB DES GEBÄUDES 6	K. NICHT VORH. 1 K. VORHANDEN 2 KOCHNISCHE 3 GEMEINSCH. K. 4 VORRAUMKOCHE 5	ENERGIETRÄGER: GAS 1, HEIZÖL 2, KOHLE 3, FLÜSSIGGAS 4, ELEKTRIZIT. 5 HEIZUNGSART: EINZELOFEN 1, ETAGENHEIZ. 2, BLOCKHEIZG. 3, ZENT. FERNH. 4	IN D. WOHNUNG, KALT 1 IN D. WOHNUNG, KALT UND WARM 2 AUSSERH. D. WOHNUNG, IM GEBÄUDE 3 KEINE WASSERLEITUNG IM GEBÄUDE 4	GAS+ELT 220~ 1 GAS+ELT 110~ 2 GAS+ELT 110= 3 NUR ELT 220~ 4 NUR ELT 110~ 5 NUR ELT 110= 6 7
29	30	31	32	33	34 35	36	37

23	24	25	26	27	28	29	30	31	32 TERRITORIALER GRUNDSCHLÜSSEL	33 GEB.- U. WOHNUNGS-NR.	34	35
ANZAHL HH/WOHNUNG	ANZAHL DER PERSONEN/WOHNUNG	DIE WOHNUNG IST ENTSPRECHEND DER BELEGUNGSFORM: UNTERBELEGT 1, ÜBERBELEGT 2	ANZAHL DER KINDER < 17 J. IN D. WOHNG.	ANZ. D. PERS. 70 J. U. ÄLTER IN D. WOHNG.	KINDERREICHE FAMILIE JA 1 N. 2	WOHNWERT	BELEGUNGSRECHT: ÖRTLICHE VERSCHLÜSSELUNG	K. INDEX	BEZIRK / KREIS / STADT/GEMEINDE / WOHNBEZ. DER NAT. FRONT / STRASSE / HAUS-NR. / PRÜFZIFFER	GEBÄUDE-NR. / WOHNUNGS-NR. / PRÜFZIFFER / NR. D. TEILW.	KA	KK
38	39-40						41-42	51	52-53 54-55 56-57 58-60 61-62 63-66 67	68-69 70-73 74 75	76-77	78-80

36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50 TERRITORIALER GRUNDSCHLÜSSEL	51 GEB.- U. WOHN. NR.	52	53
1. KÜCHE	2. KÜCHE	1. WOHNR.	2. WOHNR.	3. WOHNR.	4. WOHNR.	5. WOHNR.	6. WOHNR.	7. WOHNR.	1. MANSARDE	2. MANSARDE	BALKON/LOGGIA	SANITÄRE EINRICHTUNG	K. INDEX	BEZIRK / KREIS / STADT/GEMEINDE / WOHNBEZ. DER NAT. FRONT / STRASSE / HAUS-NR. / PRÜFZIFF.	GEB. NR. / WOHN. NR. / PRÜFZIFF. / NR. TEILW.	KA	KK
NICHT HEIZB. (m²)	NICHT HEIZB. (m²)	NICHT HEIZB. (m²)	NICHT HEIZB. (m²)	NICHT HEIZB. (m²)	NICHT HEIZB. (m²)	NICHT HEIZB. (m²)	NICHT HEIZB. (m²)	NICHT HEIZB. (m²)	NICHT HEIZB. (m²)	NICHT HEIZB. (m²)	(m²)	(m²)					
1-3 4	5-7 8	9-11 12	13-15 16	17-19 20	21-23 24	25-27 28	29-31 32	33-35 36	37-39 40	41-43 44	45-47	48-50	51	52-53 54-55 56-57 58-60 61-62 63-66 67	68-69 70-73 74 75	76-77	78-80

ERLÄUTERUNG FÜR LK-SPALTE 4, 8, 12 USW.: LEERSTEHEND = 0, ZWECKENTFREMDET = 9, BEI BEWOHNT IST HAUSHALT-NR. EINZUTRAGEN

1	2	3 PERSONENKENNZAHL	4	5	6	7	8	9	10	11	WOHNUNGSSKIZZE:	12
H.H.-NR.	PERSONEN/HAUSHALT	TAG / MONAT / JAHR / GESCH.-JH. / PRÜFZIFF.	NAME, VORNAME	FAM.-STAND	MIET-STAT.	HW/NW	GRUPPE	EINZUGSJAHR	AUSZUGSJAHR	K. INDEX		KA / KK
1	2-3	4-5 6-7 8-9 10 11-14 15	16 ... 40	41	42	43	44-45			51		76-77 78-80

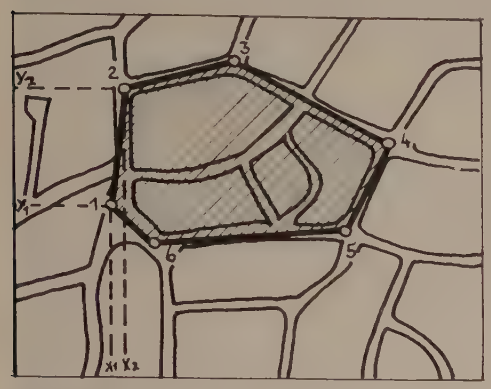
6 Datenerfassungsbeleg „Wohnraum- und Personendaten"

▪ Daten bestimmten Struktur- bzw. Flächenelementen zugeordnet werden sollen, die in den abgespeicherten Schlüsseln nicht berücksichtigt sind.
Mit Hilfe des Programms werden die Leitkoordinaten der Flurstücke, die in der vorgegebenen Fläche liegen, ermittelt. Dazu ist die Teildatenbank Flächengliederung erforderlich. Nach Ermittlung der Leitkoordinaten können die zugehörigen Flurstücksnummern und damit alle den Flurstücken in der Teildatenbank Flächengliederung enthaltenen Schlüssel und Daten abgefragt werden. Mit Hilfe der Territorialen Grundschlüssel erfolgt danach die Abrufung von Daten der übrigen Teildatenbanken.
Das Verfahren findet auch Anwendung bei der Ermittlung von Leitungstrassen, deren markante Punkte gleichfalls mit dem Koordinatenschlüssel verschlüsselt sein müssen.
(Entsprechende Studien liegen vor.)

Dateneingabe

Auf einer genügend genauen Karte, Maßstab 1 : 1000 oder 1 : 2000, (z. B. Rahmenkarten des Stadtkartenwerkes) wird das in Frage kommende Gebiet – Wohngebiet, Verkehrsbezirk, Volkspolizeirevier, Stadtteil, Einzugsgebiet einer Kaufhalle, einer Haltestelle oder Schule – mit einem Linienzug umfahren. Die Eckpunkte des Linienzuges werden unter Benutzung des Koordinaten-

7 bis 9 Möglichkeiten der Dateneingabe und Verschlüsselung für ein Koordinatensystem



7 Polygon

Schlüsselliste

Punkt	x	y
1	xxxxxx	xxxxxx
2		
n		
1	xxxxxx	xxxxxx

Verschlüsselung im Uhrzeigersinn, mit dem kleinsten x-Wert beginnend.
Dieser Punkt erscheint als letzter Koordinatenwert nochmals (erster und letzter Wert der Liste sind identisch).



8 Rasterquadrat

Schlüsselliste

Punkt	x	y	Seitenlänge des Quadrates in m	Anzahl der x-Richtung	Quadrate y-Richtung
1	xxx xxx	xxx xxx	xxxx	xxx	xxx

(Der Punkt mit dem kleinsten x- und kleinsten y-Wert wird verschlüsselt.)

9 Kreisfläche

Schlüsselliste

Kreismittelpunkt	x	y	Radius in Meter
1	xxx xxx	xxx xxx	xxxx
2	xxx xxx	xxx xxx	xxxx
n	xxx xxx	xxx xxx	xxxx

rasters der Stadt verschlüsselt. Diese Koordinaten sind die Eingabedaten zur Ermittlung der innerhalb des Linienzuges liegenden Flurstücke und der auf den Flurstücken befindlichen Gebäude, Wohnungen, Personen, Anlagen usw.
Bei Vorliegen eines Quadrates, eines Netzes von Rasterquadraten oder eines Kreises wird nur ein Punkt verschlüsselt und die Seitenlänge des Quadrates oder der Radius des Kreises angegeben.
Die Dateneingabe ist über Organisationsautomaten Optima 528 mittels Lochstreifen vorgesehen (damit ist der spätere Übergang zur Datenfernübertragung möglich).
Mit Hilfe des örtlichen Koordinatensystems, das auch für den Koordinatenschlüssel der Teildatenbank Flächengliederung verwendet wurde, werden die Eckpunkte des Polygons, ein Eckpunkt der Rasterquadrate oder der Kreismittelpunkt lokalisiert und als Koordinatenwert verschlüsselt (Abb. 7 bis 9) und die erforderlichen zusätzlichen Informationen angegeben.

Literatur

(1) Gromes, Peter
Territoriale Datenbank – Konzeption zum Aufbau einer Datenbank als ein komplexes System der Erfassung, Speicherung, Aktualisierung und Bereitstellung von territorial bezogenen Daten und Informationen.
in: deutsche architektur (1969) 10, S. 634 u. 635

(2) Kollektiv
Studie „System Territoriale Datenbank – komplexes System der Erfassung, Speicherung, Aktualisierung und Bereitstellung territorial bezogener Daten und Informationen"
Halle, den 30. 9. 1969

(3) Kollektiv
Forschungsbericht 1970 – Ausarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für den allgemeinen Aufbau einer territorialen Datenbank für die Generalbebauungsplanung der Städte und Bezirke
Halle, den 30. 11. 1970

(4) Gromes, Peter
Die Verfügbarkeit von Daten und Informationen für den Prozeß der Prognose, Planung und Leitung des Verkehrs im Territorium – ein Beitrag zu einem Modell territorialer Informationsprozesse
Dissertationsschrift 1970
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

(5) Schlesier, Karl-Heinz
Zur Anwendung kybernetischer und mathematischer Methoden im Städtebau
Dissertationsschrift 1965
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

(6) Spiegel, Rudolf
Beiträge zur elektronischen Datenverarbeitung territorialer Daten
Deutsche Bauakademie zu Berlin, Institut für Städtebau und Architektur, Juni 1969, unveröffentlichtes Manuskript

(7) Autorenkollektiv
Die Gliederung des Stadtgebietes
Veröffentlichung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Forschungs- und Sitzungsberichte Band 42
Verlag Gebrüder Jänecke, Hannover 1968

1

Stadtambulatorium Rosenhof und Kieferorthopädisches Zentrum in Karl-Marx-Stadt

Architekt Günter Schlegel
Architekt Wolfgang Seidel
Architekt BDA Erich Weigel
VE Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck", Betrieb Projektierung

Entwurf:	Architekt Günter Schlegel Architekt Wolfgang Seidel Architekt BDA Erich Weigel
Statik:	Bauingenieur Herbert Bonitz
Heizung, Lüftung:	Ingenieur Gottfried Becher
Sanitär:	Ingenieur Albrecht Kühnert
Elektro:	Techniker Lothar Reinhardt
Bauwirtschaft:	Franz Wostratzky
Bauausführung:	VE Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck", Karl-Marx-Stadt

Funktion

Die Einrichtung sichert die ambulante Betreuung der Bevölkerung eines wesentlichen Teiles des Stadtzentrums von Karl-Marx-Stadt. Sie enthält im Erdgeschoß das Stadtambulatorium mit Arztplätzen für Praktiker, Gynäkologen und Zahnärzte sowie eine Röntgeneinrichtung, ein Labor sowie die Diabetiker- und Mütterberatung. Im Obergeschoß befindet sich das Kieferorthopädische Zentrum, das den östlichen Teil des Bezirkes Karl-Marx-Stadt betreut (verkehrsgünstige Lage im Stadtzentrum). Im Kellergeschoß befinden sich neben den technischen Einrichtungen und Sozialräumen zwei Gymnastikräume (Therapie und sportliche Betätigung im Wohngebiet).

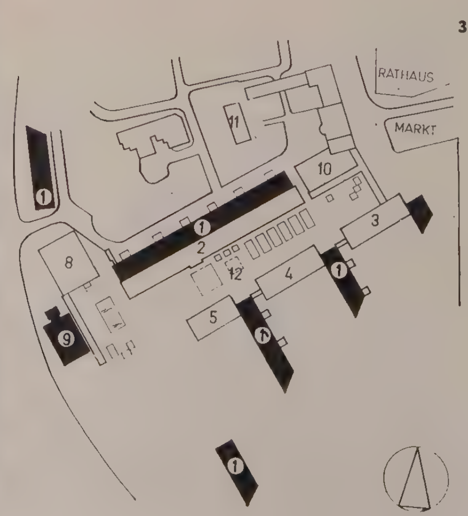
Konstruktion

Das Projekt wurde nicht auf der Grundlage eines Angebots-, Typen- oder Wiederverwendungsprojektes erarbeitet, sondern stellt eine Neuprojektierung dar.
Das Gebäude wurde in 2-Mp-Stahlbetonskelettbauweise errichtet. Die Kellerumfassungen und Fensterbrüstungen wurden in Ortbeton und die Trennwände in Mauerwerk ausgeführt. Die Fassade wurde mit geschoßhohen Holz-Alu-Elementen (1200 mm × 3300 mm) gestaltet.

2



3



Ausbau

Für die Fußböden wurde grundsätzlich schallschluckendes und pflegeleichtes Material, vorwiegend Spannteppich, verwendet. Die Türen wurden zum Teil ebenfalls in schalldämmender Ausführung hergestellt. Zahlreiche Möbel und Einbauschränke wurden nach besonderen Entwürfen gefertigt.

Um den Patienten und den Beschäftigten der Einrichtung angenehme Luftverhältnisse zu garantieren, wurde für die zentralen Wartehallen, die Laborräume des Obergeschosses, den Demonstrationsraum im Erdgeschoß sowie für die Gymnastikräume im Kellergeschoß eine Lüftungsanlage vorgesehen.

Dem Sonnenschutz dienen bewegliche senkrechte Alu-Lamellen, die an der besonders sonnenintensiven Südwestfassade angebracht wurden.

Gestaltung

Besonderes Augenmerk wurde darauf gelegt, ein übersichtliches Raumgefüge zu schaffen. Diesem Zweck dient die zentrale Wartehalle in jedem Geschoß, die zudem durch ihre Großzügigkeit zu einer angenehmen, vom herkömmlichen Wartezimmerbetrieb abweichenden Atmosphäre beiträgt. Deshalb wurden auch die bildkünstlerischen Mittel auf diese Räume konzentriert.

Die äußere Gestaltung des Gebäudes erfolgte in der Absicht, mit den übrigen Bauten im Bereich des Rosenhofes ein städtebauliches Ensemble zu bilden. Demzufolge wurden Massenaufbau und Farbgebung auf die benachbarten Gebäude, besonders auf das den gesamten Rosenhof optisch beherrschende vierzehngeschossige Wohnhochhaus, abgestimmt.

So wurden für den Sockel ungarischer Travertin und für die Fassade champagnerfarbene Alu-Profile verwendet. Die Brüstungsverglasung erfolgte mit dunkelblauem Einscheibensicherheitsglas.

4

1 Blick von Osten auf das Stadtambulatorium mit Haupteingang

2 Gesamtansicht des Rosenhofes

3 Lageskizze Rosenhof
1 Achtgeschossige Wohnblocks
2 Eingeschossiger Ladenvorbau
3 Laden „Pionier"
4 „Haushaltbasar"
5 Tanzbar „Kosmos"
8 Stadtambulatorium
9 Fünfzehngeschossiges Wohnhaus
11 Umformerstation
12 Künstlerisch gestalteter Bodenbelag

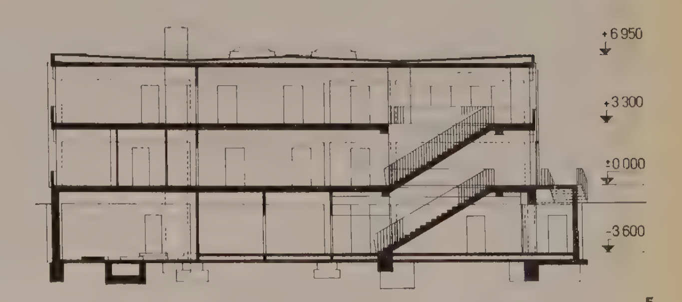
4 Wartehalle im Erdgeschoß mit Bronzebrunnen, gestaltet von Gottfried Kohl, Freiberg

5 Schnitt 1 : 400

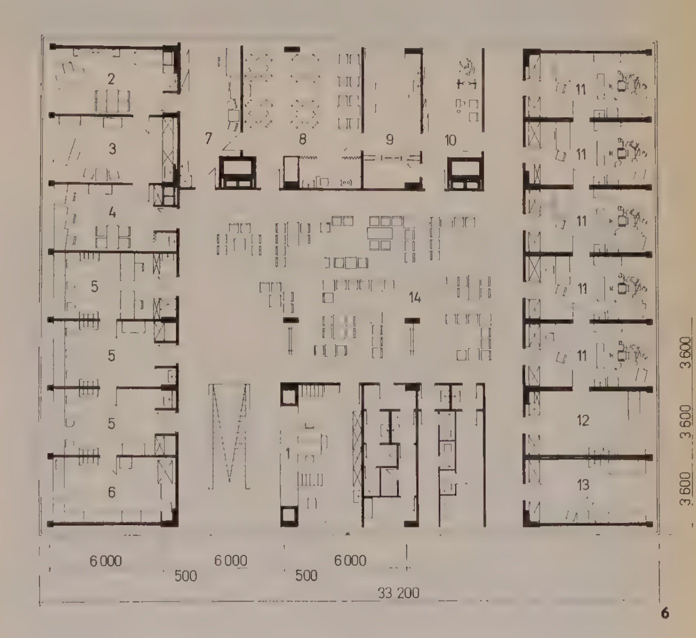
6 Obergeschoß 1 : 400
1 Anmeldung
2 Chefarzt
3 Oberarzt
4 Ärztezimmer
5 Labor
6 Polier- und Gipsraum
7 Sekretärin
8 Aufenthaltsraum
9 Fotolabor
10 Foto-Röntgen-Raum
11 Behandlungsraum
12 Sterilisierraum
13 Frauenruheraum
14 Wartehalle

7 Demonstrationsraum im Erdgeschoß

8 Erdgeschoß 1 : 400
1 Anmeldung
2 Wartehalle
3, 4, 5 Mütterberatung
6 Demonstrationsraum
7 Ärztezimmer
8 Arztsekretärin
9 Dunkelkammer
10 Röntgenraum
11 Bedienungsraum
12 Bestrahlungsraum
13 Sprechzimmer
14 Behandlungszimmer
15 Diabetikerberatung
16 Zahnarzt
17 Urinlabor



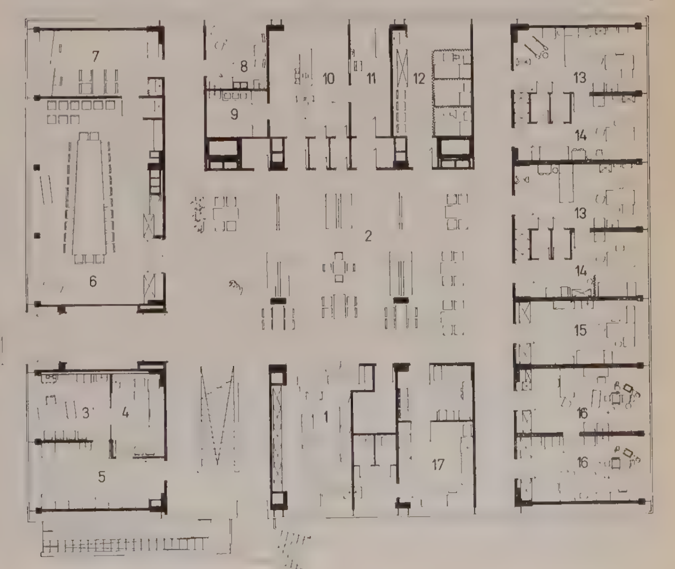
5



6



7



8

9

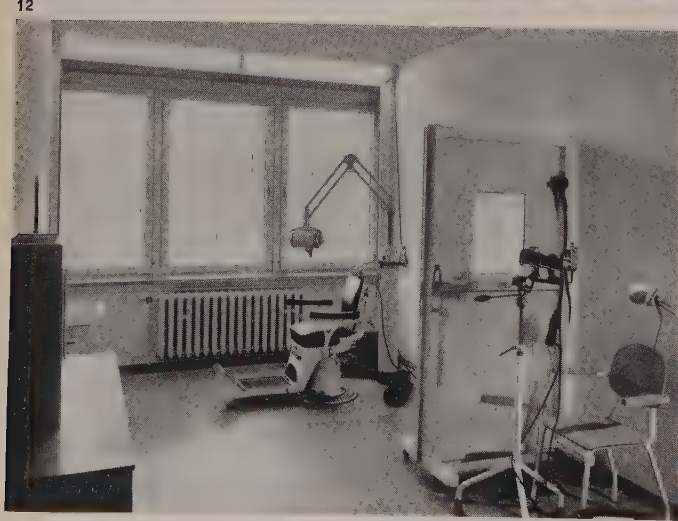
10



11



12



Kieferorthopädisches Zentrum im Obergeschoß

9 Wartehalle. Die Keramikwandgestaltung mit Tiermotiven wurde von Fritz Diedering, Karl-Marx-Stadt, ausgeführt.

10 Polier- und Gipsraum

11 Labor

12 Foto-Röntgenraum

13 Behandlungszimmer

14 Oberarztzimmer

13

14





2

Lotsenstation Warnemünde

Architekt BDA Horst Schultz
VE Industriebaukombinat Rostock
Betriebsteil Industrieprojektierung Stralsund

1
Blick von der Ostmole auf die Lotsenstation aus nördlicher Richtung

2
Fassadenausschnitt. Südseite

Projekt:	VEB Industrieprojektierung Stralsund
Entwurf:	Architekt BDA Horst Schultz
Statik und Konstruktion:	Ingenieur Günter Breuer, Friedrich Schmidt
Sanitärtechnik:	Ingenieur Adolf Badtke †
Heizungstechnik:	Heinz Hildebrand
Elektrotechnik:	Ingenieur Arthur Pachaly
Bauwirtschaft:	Ingenieur Emil Plötz †

Als Nachauftragnehmer eingeschaltete Projektanten

Stahlkonstruktion:	VEB Industriestahlbau Leipzig
Vorhangfassade:	Fa. Petzold KG Berlin
Inneneinrichtung:	VEB Innenbaukunst Eichwalde
Schwachstrom- und UKW-Anlagen:	RFT Rostock
Hafenradaranlage:	Fa. Decca Radar Limited, London
Küche:	VEB Wärmegerätewerk Dresden
Hauptauftragnehmer Bau:	VE Industriebaukombinat Rostock, Betriebsteil Rostock

Die Lotsenstation wurde an der Ostseite der Warnowmündung auf der Hohen Düne in unmittelbarer Nähe der Anlegestelle der Fähre Warnemünde–Markgrafenheide am Fuße der Ostmole erbaut. Diese neue Ostmole entstand im Zuge der Errichtung des Überseehafens Rostock.

Die Zielstellung für den Projektanten lautete, durch die Standortverlegung der ursprünglich direkt in Warnemünde geplanten Lotsenstation in Verbindung mit der am neuen Standort zu errichtenden großen Hafenradaranlage eine Anlage zu schaffen, die ständig eine einwandfreie Einfahrt des Schiffsverkehrs sichert und die damit vor allem eine Steigerung der Zuverlässigkeit und Schnelligkeit des Hafenbetriebes bei ungünstigem Wetter garantiert. Zum anderen sollte das Vorhaben die Erfordernisse der Hafenbehörde erfüllen und in architektonischer Hinsicht den an diesen Standort gestellten Erwartungen entsprechen.

Die Umgebung des Standortes ist in der Perspektive als Ausflugsziel vorgesehen. Das Gebäude steht daher nicht nur im Blickpunkt der einfahrenden Schiffe, sondern wird nach Ausbau der Umgebung auch zahlreiche Touristen anziehen, die diesen Bereich über die Fähre von Warnemünde oder über die Straßenverbindung von Markgrafenheide aus erreichen können.

Bestimmend für den neuen Standort der Lotsenstation wurde der in einer Studie ermittelte und begründete Standort für die Antenne der Hafenradaranlage. Für den Ausbau der Hafenradaranlage und in Verbindung damit hätte auf dem Standort Hohe Düne ein besonderes Gebäude für die Radarberatung errichtet werden müssen. Die Notwendigkeit von Kabelverbindungen über den Strom zur alten Lotsenstation hätte erhebliche Kosten und umfangreiche bauliche Maßnahmen verursacht. Da es vom Standpunkt der Hafenbehörde unwesentlich ist, ob sich ihr Sitz in Warnemünde oder auf der Seite Hohe Düne befindet, erschien der Vorschlag als die funktionell und wirtschaftlich beste Lösung, die Lotsenstation auf dem Standort

der Antenne zu errichten und die noch erforderlichen Räume für die Radarberatung sowie die baulichen Maßnahmen für die Aufnahme der Antenne in der Lotsenstation vorzusehen. Dadurch ergab sich außerdem, daß das jetzt noch vorhandene alte Lotsengebäude auf der Warnemünder Seite, welches abgerissen werden sollte, um einem neuen Lotsengebäude Platz zu machen, weiterhin genutzt werden kann.

Funktionelle Lösung

Die räumliche und baukörperliche Gliederung des Gebäudes entspricht der inneren Funktion. Es sind dies die Hauptfunktionen der Verwaltung, der Schiffsleiteinrichtung und der Radarbeobachtung.

Der sechsgeschossige Baukörper nimmt in seinen Obergeschossen im wesentlichen nur Räume der Verwaltung auf.

Im 5. Obergeschoß befinden sich die mit der Radarbeobachtung zusammenhängenden Räume, während das 6. Obergeschoß der Lotsenwache und der Seenotleitstelle vorbehalten ist. Große Fensterflächen ermöglichen eine Sicht nach allen Seiten.

Ein überdachter, etwa 1,40 m breiter Umgang vervollständigt die Funktion des 6. Obergeschosses.

Vom Erd- bis zum 6. Obergeschoß wird in einem massiven Kern des Skelettbaues das Treppenhaus des Gebäudes geführt. In diesem massiven Kern befinden sich ebenfalls je Geschoß die Sanitärzellen, die mit ihrer Rückseite jeweils an einen Installationsschacht stoßen, in dem sich freistehend auch der Schornstein befindet.

Die Dachfläche ist durch eine vom Treppenhaus zugängige Dachluke zu erreichen.

Unter den sechsgeschossigen Baukörper schiebt sich der eingeschossige Flachbau, in dem sich die funktionsbedingten Nebenräume der Lotsenstation befinden. Neben der in Gebäudemitte vertieft angeordneten Heizungsanlage befinden sich im Südteil des Flachbaues Lager und Werkstatträume sowie das Notstromaggregat. Im Nordteil mit separatem Zugang von der Eingangshalle ist der Speisesaal mit anschließendem Küchenteil angeordnet.

Konstruktive Lösung

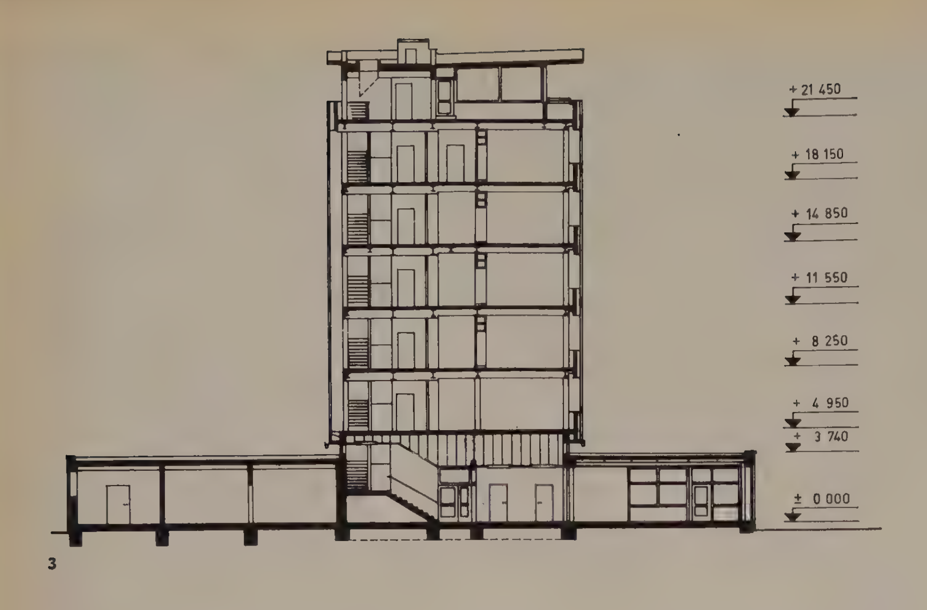
Das Gebäude gliedert sich nicht nur funktionell in zwei Gebäudeteile, sondern dadurch bedingt auch in zwei konstruktiv und bautechnologisch unterschiedliche Bauabschnitte.

Der Geschoßbau besteht aus einer Stahlskelettkonstruktion, dessen massiver Kern einschließlich Treppenhaus in Stahlbetonfertigteilelementen errichtet wurde. Als Stahlbetonfertigteilelemente wurden ebenfalls Decken, Brüstungen als Unterkonstruktionen für die Vorhangfassade und die Giebelwandflächen montiert. Nach Errichtung der Stahlstützen des Erdgeschosses begann die Montage dieser Elemente ab 1. Obergeschoß gemeinsam mit der weiteren Stahlkonstruktion. Die Dachfläche wird durch eine gestalterisch als Faltdach wirkende Fertigteilkonstruktion gebildet, die ebenfalls von einer Stahlkonstruktion getragen wird. Diese Dachfläche wird von dem über die Falten des Daches hinausragenden Kern durchstoßen.

Die Stahlbetondachplatte dieses Kernes trägt dann die Hafenradarantenne.

Die Raumabmessungen resultieren aus dem Grundrißraster von 1200 mm, auf dem die Grundrisse entwickelt wurden. Die Geschoßhöhen der Normalgeschosse betragen 3300 mm.

Sämtliche Gebäudelasten einschließlich Wind werden vom Stahlskelett aufgenom-



3

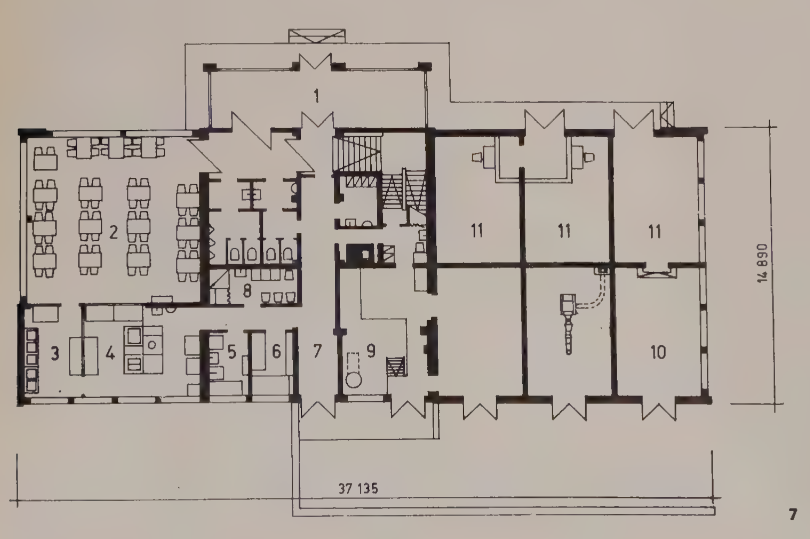
3
Schnitt 1 : 400

4
6. Obergeschoß
(Lotsen-Warteraum und Seenot-Leitstelle)
1 : 400

5
Normalgeschoß (Büro)
1 : 400

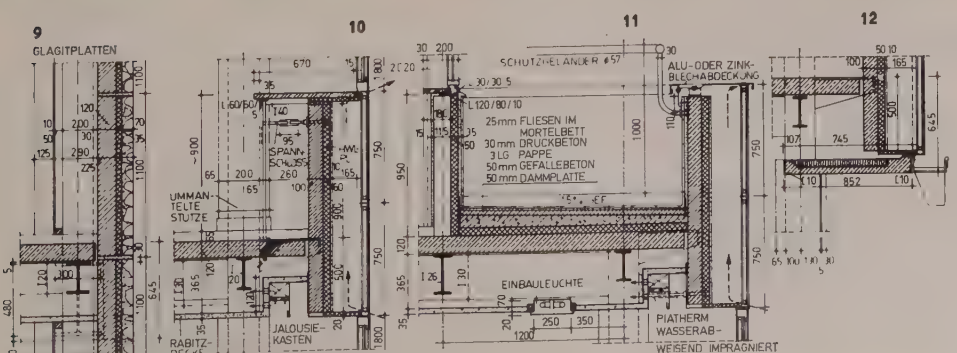
6
2. Obergeschoß 1 : 400
1 Direktor
2 Sekretariat
3 Technischer Direktor
4 Büro

7
Erdgeschoß 1 : 400
1 Eingangshalle
2 Speisesaal
3 Spüle
4 Küche
5 Vorbereitung
6 Tagesvorräte
7 Warenannahme
8 Küchenpersonal
9 Heizung
10 Werkstatt
11 Lager



7

8



8
Südseite mit Haupteingang

Details 1 : 50

9
Schnitt durch die Giebelwandplatten

10
Schnitt durch die Brüstung (1. bis 5. Obergeschoß)

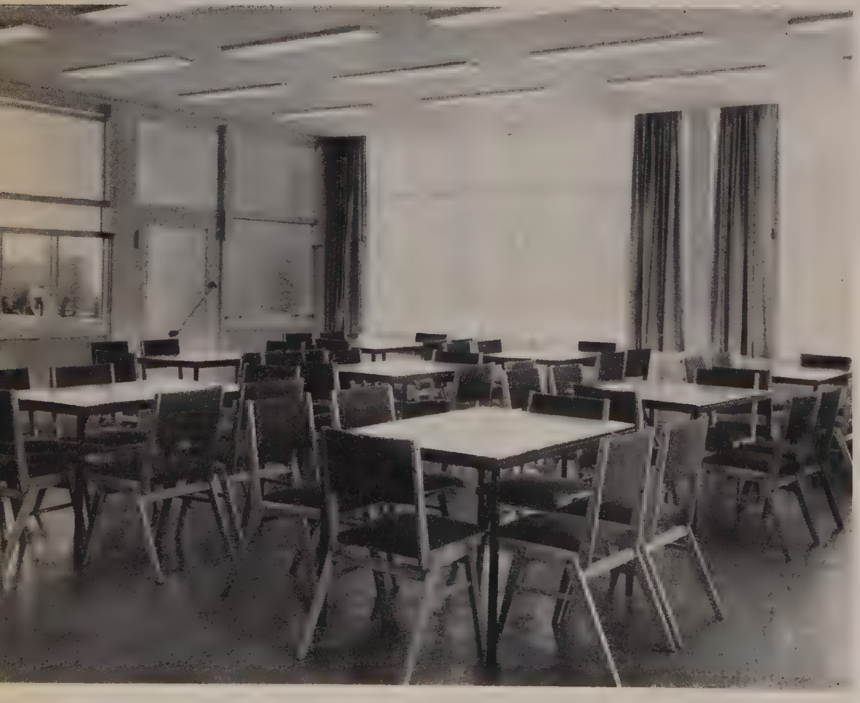
11|12
Schnitt durch die Brüstung mit Umgang (6. Obergeschoß) und den unteren Abschluß der Vorhangfassade



13



14



15

men und auf die Fundamente übertragen. Die Beton-Wandelemente werden in jedem Geschoß auf Träger abgesetzt, so daß keine direkte Lastübertragung stattfindet. Lediglich der Schornstein geht vom Fundament aus selbsttragend bis zum Kopf, vollkommen unabhängig von der Stahlkonstruktion.

Die Aussteifung des Gebäudes gegen Windlasten erfolgt in Längsrichtung durch zwei Stockwerksrahmen, die sich über die ganze Gebäudelänge erstrecken. In Querrichtung werden die Horizontalkräfte durch zwei Fachwerksscheiben aufgenommen, die im Erdgeschoß als eingespannte Rahmen ausgebildet sind. Alle Geschoßdecken sind durch Verbände als Scheiben ausgebildet, um die Horizontalkräfte auf die Aussteifungssysteme übertragen zu können.

Da das Gebäude unmittelbar an der See gelegen ist, wurde die Windlast (W = 1,2 × 110 kp/m²) gleich vom Erdgeschoß aus angesetzt. Durch diese Maßnahme sollte der besonderen Lage Rechnung getragen werden.

Im Gegensatz zur Vollmontage des Geschoßbaues wurde der eingeschossige Flachbau nach Abschluß der Montage des Geschoßbaues in traditioneller Bauweise (verputztes Ziegelmauerwerk) errichtet. Der sechsgeschossige Baukörper wurde also nachträglich unterbaut. Die Dachdecke wurde in Fertigteilelementen vorgesehen, die nach dem Querwandsystem auflagern.

Ausbau

Entsprechend der TGL 10 685 „Bautechnischer Brandschutz", die zum Zeitpunkt der Projektierung noch in einer anderen Fassung gültig war, mußten in diesem Gebäude alle Stahlkonstruktionen ummantelt werden. In Abstimmung mit der Staatlichen Bauaufsicht und den Brandschutzorganen wurde eine Lösung genehmigt, die für die Decken eine einheitliche 30 mm dicke Rabitzdecke und für Stützen eine Gipsummantelung von 65 mm vorsah. Ausgeführt wurden die Decken in glatten Fertigteil-Gipselementen 600 mm × 600 mm. Die Stützen wurden ausgemauert, mit Ziegeldrahtgewebe ummantelt und verputzt. Alle Trennwände im Geschoßbau sind in leichter Ausführung vorgesehen, um Rekonstruktionen zu erleichtern. Die Trennwandkonstruktion besteht aus Röhrenspanplatten in 50 mm Dicke, die auf einer Neuentwicklung basieren und hier erstmalig zum Einsatz kamen. Die Trennwandelemente sind für ein- und zweischalige Wandkonstruktionen anwendbar. Die Verwaltungsräume sind alle mit furnierten Einbauschränken ausgestattet.

Gestalterische Lösung

Funktion und Gestaltung stehen in engem Zusammenhang. Funktionsbedingt ist die Gebäudehöhe, die sich als Blickfang an der Zufahrt zum Hafentor gestalterisch günstig auswirkt. In betontem Gegensatz zum Geschoßbau steht der horizontal betonte eingeschossige Flachbau, über dem der Geschoßbau schwebt.

Die Außenflächen des Geschoßbaues sind durch die klare Linienführung einer Stahl-Glas-Vorhangfassade gekennzeichnet, deren Brüstungsflächen mit Farbglas (blauopak) verblendet sind. Die geschlossenen montierten Wandflächen haben eine Waschputzoberfläche aus Kalksteinsplitt (schwarz-weiße Mischung) erhalten.

Der eingeschossige Flachbau ist zweifarbig mit Edelputz behandelt. Die freistehenden Stützen im Eingangsbereich sind mit Travertinplatten verkleidet.



16

17

13
Raum des Wachlotsen

14
Büro

15
Speiseraum im Erdgeschoß

16
Blick vom Umgang des 6. Obergeschosses auf die Ostsee

17
Haupteingang auf der Ostseite



Milchproduktionsstallanlage im VEG Dudendorf

Dr.-Ing. et agr. habil. Gerd Zimmermann

Entwurf:	Dr.-Ing. et agr. habil. Gerd Zimmermann
Mitarbeiter:	Architekt Paul Hagen
Statik:	Dipl.-Ing. Rolf Honerjäger Ingenieur Friedrich Frank
Elektro-installation:	Ingenieur Gert Hansen
Bauwirtschaft:	Ingenieur Karl-Heinz Bruhn Ingenieur Erhard Colosser
Tiefbau:	Ingenieur Hans Wolfgang Wienk
Projekt:	Projektierungsbüro für Landwirtschaftsbau beim Landwirtschaftsrat Rostock
Bauausführung:	VEB Landbaukombinat Rostock
Ausrüstung:	VEB LTA Sievershagen

2

Die Milchproduktionsstallanlage steht östlich am Rande des VEG Dudendorf, Kreis Ribnitz Damgarten, unmittelbar nördlich von der bestehenden Rinderstallanlage.

Dieser Standort wurde gewählt, weil er fast keine Geländeregulierung für den Kompaktbaukörper erforderte. Weiterhin hat die neue Anlage durch diese Zuordnung zum alten Rinderstallkomplex eine gute Verbindung erhalten, da zwei der bestehenden Stallgebäude als Reproduktionsstall für die neue Anlage genutzt werden sollen.

Das Projekt der Milchproduktionsstallanlage wurde als Investprojekt mit Versuchsanteil, also als Muster- und Experimentalbau, entwickelt und projektiert.

Funktion

Die Milchproduktionsstallanlage wurde als Anbindestall (Warmstall) für 642 Kühe in der Kompaktbauweise gebaut. Die Anbindung der Tiere erfolgt mittels Grabener Kette. Die Standbreite beträgt in Abhängigkeit von der konstruktiven Lösung für 50 Prozent der Tiere 1000 mm und für die anderen 50 Prozent 1100 mm. Als Standlänge wurden 1350 mm gewählt.

Hinter den Standlängen befindet sich ein 800 mm breiter und 800 mm tiefer Fließmistkanal, der in einen in der Mitte liegenden 1500 mm tiefen Querkanal führt. Von hier fließt die Gülle in einen Pumpensumpf, aus dem sie dann in die drei 700-m³-Güllebehälter übergepumpt wird.

Für die Futterlagerung wurden außerhalb der Anlage vier Nauener Hochsilos, ein Stahlblechhochsilo und ein Heuturm vorgesehen. Von hier gelangt die Silage über Fä derbänder in das Futterhaus zu den d Dosierern. Diese Dosierer geben das Fu ter wechselseitig auf die in Längsrichtu durch den Stall gezogenen Futterbänd auf. Im Futterhaus, gegenüber den D sierern, befindet sich ein Rübenlager r 240 m³ Inhalt. Von hier werden die Rüb mittels Transportband über einen Rübe bröckler geschickt. Von hier aus gelang die zerkleinerten Rüben wiederum üb einen Bandförderer auf das Hauptfutte verteilband und werden mittels Abstre wagen auf die Dosierer aufgegeben.

Das Kraftfutter wird außerhalb des Futte hauses in Stahlblechsilos gelagert. D Transport dieses Futtermittels erfolgt üb eine Schnecke in den Tagesvorratsbehäl im Stall. Hier wird das Kraftfutter auf d Futterband aufgegeben. Die Futterres die beim Zurückziehen des Futterband anfallen, werden durch eine Schnecke einem neben dem Futterhaus stehend Hänger befördert.

Die Milchgewinnung erfolgt mit einer Pip lineanlage und wird in drei vakuumfest Tanks gelagert und in Transportbehäl übergepumpt.

Konstruktion und Ausbau

Der Stall wurde in der 2-Mp-Laststufe a Betonstützen und Riegeln im Längsras von 6000 mm und mit Dachkassettenplat errichtet. Die Giebelwände des Stalles u das Futterhaus wurden in traditionel Bauweise hergestellt, da hier die Funkti der Anlage eine Montage nur mit hö rem Investitionsaufwand zugelassen hät

Sämtliche Stahlbetonstützen erhielten H

1 Blick auf die Milchproduktionsstallanlage. Im Hintergrund die Hochsilos

2 Lageplanskizze
1 Milchproduktionsstall
2 Milch- und Futterhaus
3 Güllebehälter
4 Hochsilo
5 Heuturm
6 Desinfektionsschleuse
7 Überdachte Desinfektionsschleuse mit Desinfektionshaus

3 Kraftfuttersilos und Haupteingang zur Milchproduktionsstallanlage

4 Grundriß 1 : 500
1 Stall
2 Futtertenne
3 Behandlungsraum und Medikamentelager
4 Heizungsraum
5 E-Anschlußraum
6 Kühlwasserbehälterraum
7 Kältemaschinenraum
8 Milchlagerraum
9 Reinigungsraum
10 Rübenbröckler
11 Umkleide- und Waschraum Männer
12 Umkleide- und Waschraum Frauen
13 Aufenthaltsraum
14 Rübenlager
15 Pumpenraum

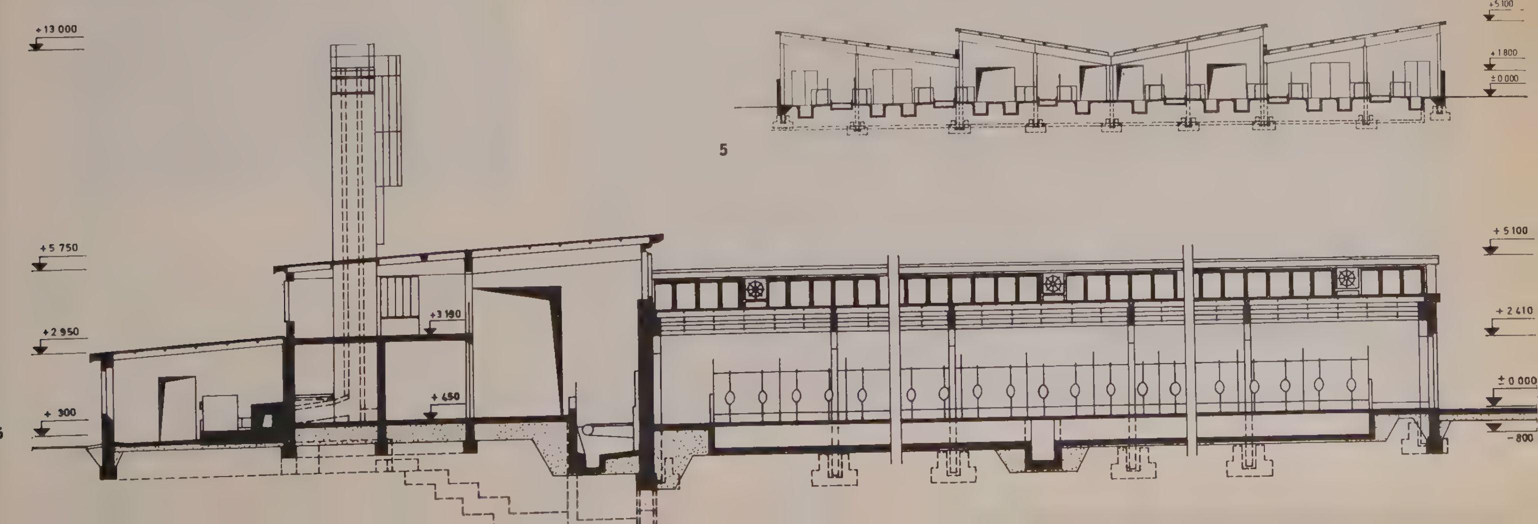
5 Querschnitt 1 : 500

6 Längsschnitt 1 : 250



3

4



5

6

senfundamente, die gemauerten Wände Streifenfundamente.

Die Innenräume wurden zweckentsprechend gestaltet. Die Personalräume sowie die Eingangshalle sind in verschiedenen Pastellfarbtönen gestrichen und mit entsprechenden Grünpflanzen und Mobilar ausgestattet worden. Der Milchlagerraum und der Reinigungsraum erhielten farbige Wandfliesen. Der Stall- und alle übrigen Räume wurden entsprechend den Funktionen mit Öl- oder Leimfarbe gestrichen.

Gestaltung

Bei der äußeren Gestaltung der Milchproduktionsstallanlage wurde versucht, die technologischen Gesichtspunkte mit der Architektur in Einklang zu bringen. So wurde der Futterhausanbau mit den sozialen Einrichtungen und dem Milchhausbereich als geschlossener Baukörper gestaltet. Der Stalltrakt dagegen erhielt durch die großen Stahlfensterbänder einen industriemäßigen Charakter.

Einschätzung der Milchviehanlage durch die Nutzer

Die architektonische Gestaltung der Gesamtanlage wird von uns als beispielgebend angesehen und wurde von in- und ausländischen Delegationen als hervorragend eingeschätzt.

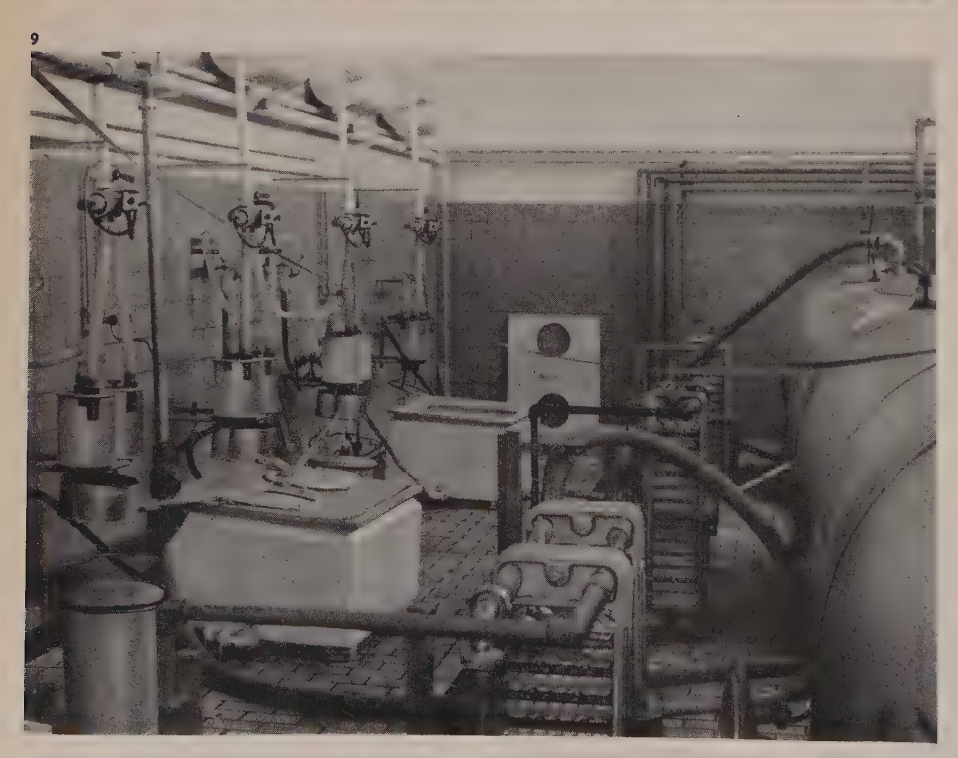
Weiterhin zeichnet sich die Anlage durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber bisher bekannten Anbindestallanlagen aus.

Durch die Kompaktbauweise konnten 642 Tiere auf kleinstem und übersichtlichem Raum konzentriert werden, und somit wurde wertvolle landwirtschaftliche Nutzfläche eingespart. Darüber hinaus können als wesentliche Vorteile die gute Ausleuchtung, die Fließkanalentmistung, die Milchgewinnung und die Anordnung der sozialen Einrichtungen genannt werden.

Die Anlage entspricht industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft. Besonders hervorzuheben ist die gelungene Eingangssituation zu den Sozial- und Arbeitsräumen.


7


8


9


10

7 Produktionsstall. Blick auf den Mistgang mit Fließkanälen

8 Blick auf die Güllebehälter und Hochsilos

9 Milchstapelraum

10 Futterzentrale mit Verteilerband und Dosierer

Alternativen zur autogerechten Stadt

Hermann H. Saitz, Erfurt

In der größten politischen Tageszeitung der DDR wurde am Beispiel der Situation des westdeutschen Städtebaus der kapitalistische Städtebau ganz allgemeinsam charakterisiert.

„Der Städtebau ist heute in Westdeutschland, selbst nach Meinung bürgerlicher Kritiker, in einer Krise. Die Chancen eines großzügigen Neuaufbaus – das sagen viele westdeutsche Städtebauer und Architekten – wurden verpaßt. Das zeigt sich äußerlich am deutlichsten an dem Verkehrschaos, an der Kommerzialisierung der Stadtzentren, an der Zersiedelung des Landes und der Auflösung der Stadt." (1) Als äußerliches Merkmal des Versagens der Stadtzentren wird hier also an erster Stelle das Verkehrssystem betrachtet. Die Rolle des Verkehrs in der Stadt wird damit als ein deutliches Kriterium für die Qualität der städtebaulichen Konzeption angesehen. Diese Denkvorstellung mag als vordergründig angesehen werden, ist aber von der Tendenz her richtig. Dem Bürger präsentieren sich Ordnungsprinzip und Begreifbarkeit der Stadt zunächst in ihrem Verkehrssystem, dieses faßt er als Maßstab auf.

Der Bürger der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft steht der vielzitierten „autogerechten Stadt" (2) mit ebensolchem Unbehagen gegenüber wie der Städtebauer. Beide fühlen oder kennen den aufbrechenden Widerspruch zwischen der schnellen Entwicklung der Motorisierung und ihren zwangsläufig auch negativen gestalterischen Konsequenzen auf der einen Seite und dem Anspruch auf eine humane Stadt auf der anderen Seite, die unter den konkreten Verhältnissen des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus ihren Bürgern optimale Bedingungen für die Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit bietet.

Der Autor des oben zitierten Beitrages sagt weiter: „Die sozialistische Stadt wird nach dem Prinzip der Ökonomie der Zeit und des Raumes als ein rationelles Umweltsystem entwickelt." Diese Konzeption ist zwar als formulierte städtebaupolitische Grundtendenz unumgänglich, ein conditio sine qua non, deutet aber noch in keiner Weise den möglichen Algorithmus der Realisierung an.

Auf die einzuschlagende Richtung wies Prof. Henselmann auf der Straßenbautagung 1968 hin, indem er sagte: „Die Lösung dieser komplizierten Probleme ist nur dadurch zu erreichen, daß man auf der Grundlage wissenschaftlich gesicherter Aussagen planmäßig ein sorgfältig durchdachtes Gesamtsystem für sämtliche Kommunikationsbeziehungen entwickelt und in diesem System nicht nur die einzelne Stadt, sondern den ganzen Raum einbezieht. Hier müssen die modernsten mathematischen Methoden und die Kybernetik ins Spiel gebracht werden." (3)

Wesentlich präziser wurde der von Dr. Macetti verfaßte programmatische Artikel im Juliheft 1970 („Stadt und Verkehr") der deutschen architektur, wenn er eine „Synthese der herangereiften Probleme des städtischen Verkehrs mit der Prognose der künftigen Entwicklung der sozialistischen Lebensweise und ihren Anforderungen an den Verkehr in der Stadt" (4) fordert. Die folgenden Schlußfolgerungen beziehen sich jedoch in jedem Fall auf die mittel- und langfristige Prognose, ohne die vorangegangene Analyse zu den nächsten konkreten Schritten im Rahmen einer kurz- und mittelfristigen Voraussage zu verdichten.

Es geht aber doch letztlich um die zunehmend effektive Ausnutzung der vorhandenen Grundfonds im System „Stadt" (und damit auch im Teilsystem Verkehr) und deren wirtschaftliche Weiterentwicklung unter Beachtung des prognostizierten Endziels. Sichtbarer Ausdruck dieser wirtschaftlichen Betrachtungsweise sind u. a.

- der Einsatz an Investitionen und Verkehrsarbeit,
- der Verbrauch an Zeit der Bewohner für Bewegungsvorgänge.

Es sei daran erinnert, daß in den Groß- und Mittelstädten bis zu 10 Prozent der Tageszeit augenblicklich durch den Ortswechsel, der im allgemeinen in unzureichender Qualität abgewickelt wird, verlorengehen. Die Stadtplanung wird daher in bestimmter Hinsicht mehr und mehr eine Funktion der Verkehrszeit werden. Damit wird zugleich, auch von den städtischen Ingenieurwissenschaften her, gezeigt, daß das fundamentale methodische und praktische Problem der Stadt weniger ihre architektonische Gestaltung, sondern die Erfassung ihrer Funktionen und deren Rolle im System „Stadt" sind.

Das unter das Leitthema „Stadt und Verkehr" gestellte Heft der „deutschen architektur" widmet der methodischen Konsequenz im Planungsablauf der Stadt leider kaum eine Zeile. Der Anfang für eine prognostisch orientierte komplexe Planung liegt aber gerade hier. Die neue Stadtstruktur kann nur dann Gesicht gewinnen, wenn sie zunächst die an der Planung Beteiligten total integriert.

In der ständig wachsenden Erkenntnis der Zusammenhänge sehen wir uns vielmehr der Tatsache gegenüber, daß in den Einzeldisziplinen zwar beachtliche Ergebnisse von wissenschaftlichem Format erzielt werden (z. B. Forschungsergebnisse zum Verkehrsaufkommen in Städten aus dem Wissenschaftsgebiet Verkehrsplanung der Sektion Bauingenieurwesen der TU Dresden, Direktor Prof. Christfreund), die teilweise für die Verkehrsplanung völlig neue Maßstäbe setzen, aber in der Zusammenfügung der Ergebnisse in interdisziplinären Arbeitsgruppen, in ihrer praktischen Umsetzung im städtebaulichen Entwurf die Fortschritte noch zu klein sind. Und die Zeit drängt!

Die durch die wissenschaftlich-technische Revolution beeinflußte Bevölkerungskonzentration in den Städten, die Entwicklung moderner urbaner Ballungen mit ihren revolutionären Umwälzungen im Gefüge der Stadt drohen uns zu überholen.

Trotz der teilweise vorhandenen Ähnlichkeiten in der Erscheinungsform des Straßenverkehrs kann uns der kapitalistische Städtebau im Hinblick auf die daraus resultierenden Verkehrslösungen nicht als Modell dienen. Selbst ernsthafte westdeutsche Städtebauer rücken theoretisch fast abrupt von dem in der Praxis eingeschlagenen Weg ab. Hillebrecht charakterisiert stellvertretend für viele andere die Entwicklung westdeutscher Stadtzentren, wenn er sagt: „Die Chancen der tabula rasa konnten nicht genutzt werden, weil sie als gesellschaftliche Aufgabe von geistigem und politischem Rang gar nicht gesehen und erkannt, als lediglich wirtschaftliche, technische, Städtebauern als Spezialisten zu überlassene Aufgaben gewertet wurden."

Basierend auf der Gesellschaftsprognose, wie sie auf dem VII. Parteitag der SED formuliert wurde, sind wir vor die Aufgabe gestellt, ein praktisches Modell für die sozialistische Stadt zu entwickeln. Alle Vorstöße in dieser Richtung sind doch bisher noch oft durch einen gewissen Pragmatismus gekennzeichnet. Gerade dieses Tatsache muß Anlaß sein, unduldsam und beharrlich gedankliche Vorleistungen auf eben diese Stadt zu erbringen, stimulierend für unsere Partner im Städtebau. Der Herausarbeitung einer grundsätzlichen Plattform sollte die Fragestellung dienen. Die Grundfrage für die sozialistische Verkehrsplanung ist die klare Stellung der Gesellschaft zum individuellen Motorfahrzeug. Da das Auto offenbar ein wichtiger Maßstab für die Stadt ist, bedarf der Städtebau um seiner Kontinuität willen dieser Entscheidung.

Ausgehend von einer konsequenten Systembetrachtung im Verkehr, die bei einer erwiesenermaßen nur geringfügig steigenden Gesamtmobilität auf das Anwachsen des einen Teilsystems (z. B. des öffentlichen Massenverkehrs) reagieren kann, sind grundsätzlich folgende Alternativmodelle denkbar:

Modell 1

Freie Entwicklung der individuellen Motorisierung und demzufolge Reduzierung des öffentlichen Massenverkehrs auf die Hauptrelationen.

Modell 2

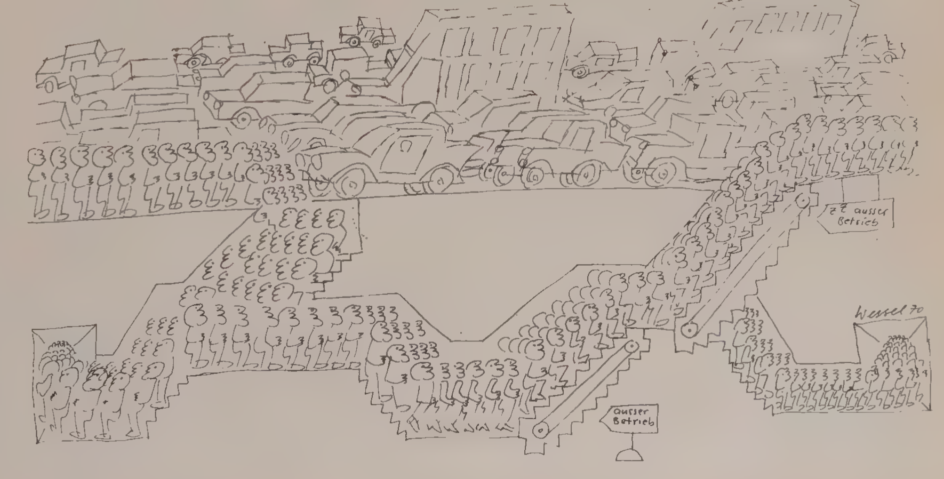
Proportionale Entwicklung von individuellem und Massenverkehr bei begrenzten administrativen Beschränkungen des individuellen Verkehrs (z. B. in den Stadtzentren). Der öffentliche Massenverkehr wird im Sinne einer werbenden Attraktivität gefördert.

Modell 3

Einschränkung des individuellen Verkehrs in der Bereitstellung und im Betrieb der Personenkraftwagen bei gleichzeitigem vorrangigem Aufbau des öffentlichen Massenverkehrs als dem zwar leistungsfähigsten, aber minder attraktiven System.

Die Entscheidung für eine Stufe in der Variationsbreite der Möglichkeiten hat sofort große Konse-

So ist der Konflikt Auto kontra Fußgänger nicht zu lösen. Wir brauchen andere Alternativen.



quenzen für die Gestaltung der Stadt. (Siehe auch Glißmeyer in seinem Beitrag „Perspektiven und Grenzen des Straßenverkehrs" (5) im schon erwähnten Heft der „deutschen architektur")

Verkehrssoziologische Erhebungen in vielen Städten der DDR, die in den letzten Jahren nach einheitlicher Methodik durchgeführt wurden, haben zweifelsfrei ergeben, daß die Entwicklung der Motorisierung auf Grund ihres enormen Gewinns an Freizügigkeit für sehr viele Familien, insbesondere für solche mit Kindern, kaum umkehrbar ist. Die Entwicklung neigt sich also dem Modell 1 oder 2 zu.

Vielfach wird aber vom Modell 3 ausgegangen, und diese Tendenz ist eindeutig illusionär, weil die Motorisierung bereits so hoch angestiegen ist, daß die Umkehr außerhalb der praktischen Möglichkeiten liegt. Damit bleibt das Modell 2 als anzustrebendes Ziel. Wenn das Modell einer proportionalen Entwicklung der Motorisierung noch Chancen haben soll, bedarf es der klaren und offenen Herausbildung der aus der prognostischen Zurückrechnung jetzt anstehenden Entscheidungsprobleme, denn das Auto, in einen Zusammenhang mit der Stadt gebracht, ist keine technische Kategorie, sondern eine verkehrspolitische.

Entscheidungsproblem 1:

Es ist unmöglich, im Zentrum der Mittel- und Großstädte Verkehrsanlagen zu bauen, die den Bedürfnissen eines ungehinderten, stabilen Verkehrsablaufes der prognostizierten Entwicklung entsprechen. Dem stehen Gründe

– der hohen Investitionen

– der Zugänglichkeit des Zentrums

– der störenden gestalterischen Erscheinung der Verkehrsbauten entgegen. Damit stehen aber auch die Forderungen einerseits nach Einschränkung der Freizügigkeit des individuellen Verkehrs und nach den Möglichkeiten, ein Verkehrsmittel frei zu wählen, andererseits nach einer hohen Verkehrskapazität im unmittelbaren Einzugsgebiet des Stadtzentrums.

Entscheidungsproblem 2:

Die Entwicklung des Dienstleistungssektors wird zunehmend eine primäre Funktion des Stadtzentrums, als dem mit baulichen Mitteln besonders gestalteten städtebaulichen Erlebnisbereich. Das Kommunikationsbedürfnis wird hier auf die rationellste Art und Weise befriedigt. Das erfordert eine zielgerichtete städtische Strukturpolitik.

Entscheidungsproblem 3:

Der Grund und Boden des Stadtzentrums ist von außerordentlichem Wert für die Gesellschaft. Als bewußte Alternative zur Desorientierung der kapitalistischen Stadt bedarf die sozialistische Stadt einer einheitlichen Konzeption für die Nutzung des unterirdischen Stadtgebietes. In ihrer konsequenten Realisierung liegt eine große Chance für die Vermeidung eines ungeheuren Verkehrschaos.

Entscheidungsproblem 4:

Der öffentliche Massenverkehr ist nach allen uns zugänglichen Informationen die wirksamste Alternative zum individuellen Verkehr, falls es gelingt, dem öffentlichen Massenverkehrsmittel eine fühlbare Attraktivität zu verleihen. Die Alternativwirkung müßte schon jetzt wirksam werden, da jedes weitere Jahr ohne Attraktivitätszuwachs im öffentlichen Massenverkehr ein mehrfaches an Zeitverlust gegenüber dem individuellen Verkehr erzeugt.

Entscheidungsbegründung 1:

Ein Verkehrsausbau nach den Bedürfnissen des Individualverkehrs in der Innenstadt ist angesichts der zu erwartenden hohen Sättigungsrate der Bevölkerung mit PKW nicht möglich, wenn dieser städtische Bereich nicht monströsen Verkehrsanlagen geopfert werden soll. Die Grenze des Ausbaus der Verkehrsanlagen wird vielmehr durch das Maß am Verkehr gezogen, das zur Erhaltung des Lebens im Zentrum erforderlich ist.

Die Erfahrungen zeigen, daß das Hauptproblem weniger bei der Lenkung und Leitung des fließenden Verkehrs liegt, als beim ruhenden Verkehr.

Die Qualität der Abwicklung des ruhenden Verkehrs wird damit entscheidendes Kriterium für die Funktionsfähigkeit des Stadtzentrums. Nur die Kommune wird ein objektiv mögliches Verkehrschaos erfolgreich verhindern können, der es gelingt, ein wirksam verteiltes Parksystem, kombiniert mit Restriktionsmaßnahmen, zu entwickeln. Dieses Parksystem wird in der Regel auf der Formulierung und dem Bau einer Schutzzone als Zentrumsring oder -tangenten basieren, die als Konzentrationslinie dienen.

Die gegenwärtig in Gang befindliche Umgestaltung der Zentrumsränder (Leipzig, Dresden, Erfurt, Neubrandenburg, Halle) birgt die große Gefahr in sich, daß die Konzentrationsflächen für den ruhenden Verkehr entweder endgültig verloren sind oder später nur mit unökonomischem Aufwand zu gewinnen sein werden. Es drängt sich immer wieder die Problematik der Stellung und Einordnung der mehrgeschossigen Parkierungseinrichtungen in den Vordergrund. Das geltende Prinzip „Einordnung von so wenig wie möglich Parkflächen" muß durch das Prinzip „Soviel Parkflächen wie nötig" ersetzt werden. Wir werden jedenfalls mit dem Auto leben müssen, und rund 22 Stunden des Tages steht dieses Auto.

Entscheidungsbegründung 2:

Die Kommunikationsfähigkeit des Stadtzentrums hängt sehr entscheidend von der Nutzungsdichte ab. Forschungsarbeiten haben hier zweifellos schon brauchbare Ansätze zur Formulierung dieser Funktion erbracht, ohne jedoch letztlich ausreichend zu sein. Die Ansiedlung eines jeden Objektes im Stadtzentrum (das eben auch Verkehr anzieht) ist daher unter dem Gesichtspunkt seiner kommunikativen Wirksamkeit zu betrachten und bei Berücksichtigung des Gewichtes des Verkehrs entscheidend unter diesem. Diese Wirksamkeit kommt prägnant durch das Verhältnis zwischen dem erzeugten Berufsverkehr und dem Besucherverkehr zum Ausdruck. Je günstiger dieses Verhältnis für den Besucherverkehr ist, um so sinnvoller ist die Ansiedlung des Objektes im Stadtzentrum.

Verwaltungen überörtlicher, ja selbst örtlicher Einrichtungen erzeugen starken Berufsverkehr und sind außerhalb der Tagesstunden tote, städtebaulich kaum wirksame Komplexe. Da der Anteil des Freizeitfonds des Menschen im Steigen begriffen ist, dürfte im Gefolge der Verwaltungen die Zeit der Stille und die Lähmung in diesen Gebieten wachsen. Hinzu kommt die Tatsache, daß gerade diese Einrichtungen erheblichen Spitzenverkehr erzeugen. Damit steht die Frage ihrer Notwendigkeit im Stadtzentrum, selbst wenn sie die in der Stadt ansässigen Strukturlinien dokumentieren. Die wachsende Mobilität des Menschen und die perfekten technischen Kommunikationsmittel ermöglichen eine durchaus akzeptable räumliche Einordnung dieser Verwaltungskomplexe in Zentrumsrandlagen, entlang der Linien des öffentlichen Massenverkehrs und in konsequenter Abhängigkeit von deren Leistungsreserven. Mehr noch gilt dies für die baulichen Großformen der überörtlichen Verwaltungsorgane, die nicht an die Stadt gebunden sind und deren Verkehrssog in den Morgen- und Abendstunden die Stadt ihres Maßstabes entblößt.

Die Entscheidung für die Stadt ist eine Entscheidung für schärfste Restruktionen in der städtischen Strukturpolitik.

Entscheidungsbegründung 3:

Auf einer Konferenz der Präsidenten und Generalsekretäre der Architektenverbände der sozialistischen Länder im Jahre 1969 hob der Vertreter des sowjetischen Architektenverbandes hervor:

„. . . daß der Verkehrsentwicklung in der Stadt trotz der Generalverkehrspläne noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt werden, daß man Pläne für die Nutzung des unterirdischen Raumes erarbeiten müsse, und zwar nicht nur hinsichtlich der Verkehrssituation, sondern auch hinsichtlich der gesamten städtischen Territorialstruktur." (6)

In Einschätzung der Entwicklungstendenzen im Städtebau kapitalistischer Länder wird ebenfalls nachdrücklich auf die sinnvolle Nutzung des unterirdischen Raumes hingewiesen:

„Der Städtebau der Zukunft wird anscheinend doch im günstigsten Fall sowohl räumlich als auch unterirdisch sein. Der Boden wird dann kostbar, zu knapp geworden sein, als daß man ihn weiter empirisch, wie es noch üblich ist, nutzen könnte." (7)

Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Verkehrsbauten. Hier hat die Zukunft insofern begonnen, als mit der Umgestaltung der Innenstädte in der Regel sowohl durch Hochbauten als durch den grundhaften Ausbau der materiell-technischen Territorialstruktur ein Zustand geschaffen wird, der einen nachträglichen Einbau unterirdischer Verkehrsanlagen überhaupt nicht oder nur unter erheblichem Aufwand ermöglicht. Hier sind echte Vorleistungen der Kommune erforderlich, um der bereits Mitte der 70er Jahre auftretenden Erschöpfung der ebenerdigen Parkflächen ein Gegengewicht zu geben.

Hinzu kommt die einmalige Chance, die die unterirdische Einordnung von Verkehrsanlagen im Hinblick auf den Flächengewinn für kommunikative Zentrumsfunktionen und die Stadthygiene bietet. Hier wird durchaus eine Korrelierung mit den höheren Kosten sichtbar.

Entscheidungsbegründung 4:

Es ist nach allen historischen Erfahrungen bei der Entwicklung des Massenverkehrssystems nicht zu erwarten, daß im Prognosezeitraum bis 2000 grundsätzlich neue Bahnsysteme die konventionellen Verkehrsmittel ablösen werden. Leider erwecken die Ausführungen im Heft 7/1970 der „deutschen architektur" diesen Eindruck. Die Entwicklungslinie liegt doch vielmehr in der zielstrebigen Qualifizierung der bestehenden Systeme. Dies wird sich auf die Dauer als brauchbarste strategische Variante herausstellen und entspricht unseren ökonomischen Möglichkeiten, weil sie Übergangslösungen gestattet. Die Qualifizierung konzentriert sich im wesentlichen auf zwei Komplexe:

■ Erhöhung der Attraktivität. Darunter ist nicht nur die bessere Gestaltung der Wagenparks zu verstehen, sondern auch die Erhöhung der Reisegeschwindigkeit. Daraus folgert, daß die Fahrgeschwindigkeiten steigen müssen, die, wenn die Trasse in der O-Ebene liegt, die schienengebundenen Systeme zu trennenden Elementen werden läßt. Das stellt Anforderungen an neue Gestaltungsstrukturen.

■ Minimierung des verkehrswirtschaftlichen Aufwandes, ausgedrückt in den zurückgelegten Wegen. Das bedeutet wiederum für den Städtebau, daß die Linien des öffentlichen Massenverkehrs zu Kristallisationslinien der höchsten Einwohnerdichte werden müssen. Nur wenn der Zusammenhang zwischen öffentlichem Massenverkehr und Wohndichte konkret umgesetzt wird, kann die Summe aller Verkehrswege ein Minimum werden.

Die Erfüllung dieser Konsequenzen allein vermag die Forderung nach einem hochwertigen Massenverkehrssystem zu realisieren.

Die Realisierungswege liegen

1. in der konsequenten und effektiven Investitionspolitik zugunsten des öffentlichen Massenverkehrs in den Städten. Das bedeutet allerdings das Setzen von neuen Prioritäten und

2. in einer massiven Unterstützung des Attraktivitätsstrebens des Massenverkehrs durch eine neue städtebauliche Struktur. Hier sind ein wesentliches Umdenken und Umorientieren in der städtebaulichen Entwurfspraxis vonnöten.

Literatur und Anmerkungen

(1) Krenz, G.: „Städte fürs Auto? – Für den Menschen!". In: Neues Deutschland, 23 (1968), S. 5, vom 27. 4. 1968

(2) Wobei autogerecht nicht als terminus technikus, sondern als gesellschaftlicher Begriff zu verstehen ist. Als technische Kategorie bleibt der Anspruch auf die autogerechte Gestaltung voll erhalten.

(3) Henselmann, H.: „Städtebau und Kommunikation". In: Die Straße 8 (1968) 2, S. 67 bis 71

(4) Macetti, S.: „Die weitere Entwicklung der sozialistischen Lebensweise und das Problem des städtischen Personenverkehrs". In: deutsche architektur, Heft 7/1970, S. 392–399

(5) Hillebrecht, R.: „Die Stadt und ihre Mitte", Vortragsmanuskript

(6) „Variabilität im Städtebau". In: Die Wirtschaft vom 26. 6. 1969, S. 15

(7) Ragon, M.: „Wo leben wir morgen?", Verlag Georg Callway, München, 1967

(8) Glißmeyer, H.: „Perspektiven und Grenzen des Straßenverkehrs". In: deutsche architektur, Heft 7/1970, S. 409 bis 411

Ein Bewertungsverfahren für Architekturwettbewerbe

Dipl.-Arch. Christian Neumann

Die Preisträger bei Architekturwettbewerben werden durch die Einschätzung einer Jury ermittelt. Dabei werden die Bewertungskriterien bei jedem Wettbewerb neu festgelegt. Eine Vereinfachung dieses Verfahrens wäre durch die Einführung eines Bewertungssystems möglich, das von der Erzeugnisgruppe Gesellschaftliche Bauten für einen jährlichen Leistungsvergleich der Wohnungsbaukombinate angewendet wird, um denjenigen Bauwerkstyp für gesellschaftliche Einrichtungen zu ermitteln, der die höchste funktionelle und gestalterische Qualität mit effektivstem Aufwand erreicht.
Der Leistungsvergleich wird gegenwärtig für die Gebäudekategorien Schulen, Vorschuleinrichtungen und Kaufhallen durchgeführt. Zur Bewertung dient ein wertigkeitsbezogenes Punktsystem, mit dem ein Gebrauchswert-Aufwand-Vergleich durchgeführt wird.
Die Problematik der Bewertung ist bei diesem Leistungsvergleich der Wohnungsbaukombinate die gleiche wie bei Architekturwettbewerben, so daß sich das Bewertungssystem unverändert für die Ermittlung der besten Wettbewerbsarbeiten anwenden ließe. Damit wird der Jury ein Hilfsmittel zur Verfügung gestellt, mit dem eine weitgehend objektive Einschätzung und damit gerechte Beurteilung der Wettbewerbsarbeiten möglich ist. Eine allgemeine Anwendung des Verfahrens würde auch einen Vergleich mit Arbeiten bereits früher durchgeführter Wettbewerbe und mit allen anderen Projekten ermöglichen, die nach diesem Bewertungsverfahren eingeschätzt wurden. Damit ist die Einstufung einer Wettbewerbsarbeit nicht nur im Vergleich zu den übrigen eingereichten Arbeiten, sondern auch in Relation zum gegenwärtigen Entwicklungsstand der entsprechenden Gebäudekategorie möglich.

Beschreibung des Bewertungsverfahrens

Bei der Bewertung werden die beiden Komplexe Gebrauchswert und Aufwand eingeschätzt. Das Projekt, das in beiden Komplexen die höchste Punktzahl erhält, ist das beste Projekt. Diese Gesamtpunktzahl ist die Summe der Punktzahlen in den Bewertungsbereichen der Komplexe. Zur Gebrauchswertermittlung werden in vier Hauptbereichen mehrere Bewertungsbereiche oder Merkmale eingeschätzt. Für jeden Bereich können 0, 1, 2 oder 3 Punkte vergeben werden (3 Punkte sehr gut, 0 Punkte unbrauchbar).
Die Qualität wird an der Erfüllung der Anforderungen gemessen, die in gesetzlichen Bestimmungen, TGL, Richtlinien, Empfehlungen usw. festgelegt sind. Bewertungskriterien im Komplex Aufwand sind Vorgabewerte oder beim Fehlen von Vorgabe- oder Orientierungswerten der bei den Vergleichsobjekten erreichte Bestwert. Bei der Beurteilung anhand von Vorgabewerten werden für die Einhaltung des Vorgabewerts 2 Punkte vergeben, bei der Beurteilung anhand des Bestwerts für den Bestwert 3 Punkte.
Die vergebenen Punkte in jedem Bereich werden mit einem Wertigkeitsfaktor multipliziert, und die Summe der so erhaltenen Punktzahlen ergibt einen Wert für die Höhe des Gebrauchswerts, der zwischen 0 und 300 liegen kann. Die Zuordnung von Wertigkeitsfaktoren zu den einzelnen Bereichen ist auf Grund der unterschiedlichen Bedeutung der Bereiche für das Gesamturteil erforderlich.
Zur Bewertung werden Bewertungsbogen (siehe nebenstehendes Schema) ausgefüllt, auf denen die Bewertungsbereiche mit den dazugehörenden Wertigkeitsfaktoren vorgegeben sind. Für jede Gebäudekategorie ist ein besonderer Bewertungsbogen erforderlich. Für Schulen, Vorschuleinrichtungen und Kaufhallen liegen diese Bewertungsbogen vor. Das Bewertungssystem kann aber auch für die übrigen Gebäudekategorien der gesellschaftlichen Bauten aufbereitet werden, wenn deren spezifische Anforderungen bei der Formulierung der Bewertungsbereiche und der Festlegung der Wertigkeitsfaktoren berücksichtigt werden.

Vorteile des Bewertungsverfahrens

Bei dem hier vorgeschlagenen Bewertungsverfahren wird der Gebrauchswert eines Gebäudeentwurfs in den vier Bereichen: Gestaltung, städtebauliche Anpassungsfähigkeit, Konstruktion und Funktion mit einer Punktbewertung eingeschätzt und dem Aufwand gegenübergestellt. Das Bewerten mit Punkten und Wertigkeitsfaktoren hat den Vorteil, daß der Bewerter oder die Jury nur eine begrenzte Anzahl von Entscheidungen innerhalb vorgegebener Kriterien nötig hat und dadurch der Vorgang der Bewertung vereinfacht wird.
Die Anzahl der Bewertungskomplexe kann beliebig erweitert werden, und auch innerhalb der Komplexe kann die Anzahl der Bewertungsbereiche verändert werden, wenn die Summe der Wertigkeitsfaktoren von 100 beibehalten wird.
Die Gesamtbewertung bei Berücksichtigung mehrerer Bewertungskomplexe erhält man über den Vergleich der Punktzahlen oder der Platzziffern der Vergleichsobjekte.

Wertigkeitsfaktor	Bereich	Wertigkeit	Maximale Punktzahl in den Bereichen	Bewertungsbereiche		
4	1.111 Gestalt des Bauwerks			ARCHITEKT. GESTALTUNG	Bauliche Lösung	GEBRAUCHSWERT
3	1.112 Masstab u. Atmosphäre					
3	1.113 Verbindung z. Freiraum					
		10	30			
4	1.121 Variabilität			STÄDTEBAULICHE ANPASSUNGSFÄHIGKEIT		
4	1.122 Anpassung an städtebaul. Situation					
2	1.123 Anpassung an Topographie					
		10	30			
3	1.131 Funktionelle Eignung			KONSTRUKTION		
5	1.132 Anpassungsfähigkeit					
2	1.133 Abstimmung mit Wohn- und Gesellschaftsbau					
		10	30			
15	1.211 Kontrolle der normierten Fläche			FUNKTIONSEINHEITEN	Funktion / Betriebstechnologie	
15	1.212 Bereichsbildung					
		30	90			
7	1.211 Lage der Unterrichtsräume			VERKEHRSFÜHRUNG		
8	1.222 Erschliessung					
6	1.231 Belichtung			HYGIENE		
6	1.232 Belüftung					
3	1.233 Sanitärräume					
		15	45			
4	1.241 Modernisierung			PERSPEKTIV ASPEKTE		
2	1.242 Komplettierung					
4	1.243 Mehrzwecknutzung					
		10	30			
100	GESAMTBEWERTUNG GEBRAUCHSWERT		300			

Wertigkeitsfaktor	Bereich	Wertigkeit	Maximale Punktzahl in den Bereichen	Bewertungsbereiche	
10	2.11 Bebaute Fläche			FLÄCHEN	AUFWAND
10	2.12 Bruttofläche				
		20	60		
50	2.21 Bauabgabepreis			PREIS	
		50	150		
10	2.31 Reinigungs- und Pflegeaufwand			NUTZUNGSKOSTEN	
10	2.32 Bauunterhaltungskosten				
10	2.33 Kosten für Wärmebedarf				
		30	90		
100	GESAMTBEWERTUNG AUFWAND		300		

Bewertungsschema für Schulbauten

Brauchen wir für Schichtarbeiter besondere Wohnungen?

Helmut Besser, Sömmerda

Prognostische Voraussagen sind schwierig. Die Prognose ist eine Rechnung mit sehr vielen Unbekannten. Eine Erscheinung ist jedoch für die nächste Zukunft und meines Erachtens auch für die von unserem Prognosezeitraum noch nicht erfaßte Zukunft sicher: Die Schichtarbeit wächst.
Immer mehr Menschen arbeiten in zwei, drei und vier Schichten. Gestern schliefen wir alle zur Nachtzeit, heute und morgen müssen immer mehr Menschen zu unnatürlichen Zeiten ihr Schlafbedürfnis befriedigen. Fast ein Drittel seines Zeitfonds braucht der Mensch zur Erhaltung seiner Arbeits- und Lebenskraft für Schlaf, Ruhe und Entspannung. Das ist gewiß sehr unwirtschaftlich, aber es ist so, und unsere Mediziner und Eugeniker werden uns da kaum helfen können. Besitzen wir ein fundiertes medizinisches Wissen um die Bedingungen, die Dauer und Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, um dieses fundamentale Lebensbedürfnis zu beliebigen Tageszeiten zu befriedigen? Es geht um die Entwicklung optimaler Arbeits- und Lebensbedingungen! Wir alle wissen, wie entscheidend unsere Arbeits- und Schaffenskraft davon abhängt, ob wir gut geschlafen haben.
Die notwendige Regenerierung unserer Arbeitskraft hängt in erster Linie von der Erfüllung dieses täglichen Ruhebedürfnisses ab, erst an zweiter Stelle rangieren Wochenend- und Jahresurlaub. Wir Architekten müssen gestehen, daß auch wir dieses Problem noch nicht gelöst, ja noch nicht genügend bearbeitet haben. Es wird nicht möglich sein, den gesamten Wohnungsbau sofort auf eine optimale Erfüllung der baulichen Voraussetzungen für einen gesunden Tagesschlaf umzustellen. Doch wir brauchen unbedingt Schichtarbeiterwohnungen, Schichtarbeiterhäuser, ja, so meine ich, Schlafstadtteile im progressiven Sinne.
In Sömmerda sollen in den nächsten Jahren die letzten Wohnblöcke im Neubaugebiet in ruhiger Wohnlage gebaut werden. Im nächsten Abschnitt werden wir dann nur in der Nähe von Verkehrsbändern, also in wesentlich unruhigeren Wohnlagen bauen müssen. Sollte man die ruhige Wohnlage nicht für Schichtarbeiterwohnungen, die entsprechend gestaltet werden, nutzen?
Welche Forschungsinstitute bearbeiten die Probleme der Schichtarbeiterwohnung?
Wer erarbeitet Vorschläge zur Umgestaltung der Schlafräume für Schichtarbeiter?
Wo sind entsprechende Forschungsaufträge erteilt worden? Wie müssen solche Forschungsgruppen zusammengesetzt werden (Zusammenarbeit von Architekten, Technologen, Medizinern, Soziologen, Städtebauer usw.)?
Wir brauchen sehr bald entsprechende Experimentalbauten! Sollte der BDA nicht auch dieses Problem aufgreifen?



Dr.-Ing. Hans-Peter Schmiedel †

Am 23. Januar 1971 verstarb ganz plötzlich und für uns alle unerwartet der Architekt Dr.-Ing. Hans-Peter Schmiedel im Alter von 41 Jahren.

Hans-Peter Schmiedel studierte von 1949 bis 1955 an der Fakultät für Bauwesen der Technischen Hochschule seiner Heimatstadt Dresden. Nach Abschluß des Architekturstudiums arbeitete er als wissenschaftlicher Assistent bis 1959 am Lehrstuhl für Wohnungsbau und Entwerfen an der Technischen Hochschule Dresden und beendete diese Tätigkeit mit seiner Dissertation über Probleme des Verkehrskernes bei punkterschlossenen Wohnhochhäusern. Seine umfangreiche Projektierungstätigkeit begann er 1959 in einer dem Lehrstuhl für Gebäudelehre und Entwerfen angegliederten Entwurfsgruppe für das „Hotel am Altmarkt" in Dresden. 1962 begab er sich nach der Hauptstadt unserer Republik, um zunächst in der Deutschen Bauakademie, später im VEB Berlin-Projekt und im VE Wohnungsbaukombinat Berlin die bereits in seiner Dissertation gewonnenen Erkenntnisse mit der Entwicklung eines Bausystems für Wohnhochhäuser in Großtafelbauweise für das Berliner Stadtzentrum in die Praxis umzusetzen. In dieser außerordentlich fruchtbaren Periode seines Schaffens entstanden unter seiner maßgeblichen Mitwirkung zahlreiche Studienprojekte, Grundlagenarbeiten sowie die Wohnhochhäuser am Fischerkietz, an der Liebknechtstraße, am Leninplatz und an der Holzmarktstraße. Seine Tätigkeit in Berlin fand mit Einwurfsarbeiten für den Investitionskomplex Rathaus-/Liebknechtstraße ihren Abschluß, wobei er insbesondere auf die Gestaltung der Berliner Markthalle und der Bauten an der Liebknechtstraße einen wesentlichen Einfluß ausübte.

1968 wurde er wieder in seine Heimatstadt als Chefarchitekt und Leiter der Abteilung Angebotsprojektierung des Baukombinates Dresden berufen. In dieser letzten Schaffensperiode widmete er sich insbesondere der Entwicklung einer neuen Wohnungsbaureihe für das Dresdner Stadtzentrum. Daneben entstanden interessante Studienentwürfe für Terrassenhäuser, für die Elbufergestaltung sowie für die Bebauung der inneren Neustadt. Leider war es ihm nicht mehr vergönnt, diese Projekte zu verwirklichen.

Neben seiner umfangreichen Projektierungstätigkeit hat sich Hans-Peter Schmiedel mit großem Erfolg an zahlreichen nationalen und internationalen Wettbewerben beteiligt. Auch auf das Baugeschehen in anderen wichtigen Städten der DDR hat er durch seine schöpferischen Ideen eingewirkt, so zum Beispiel in Leipzig, Halle-Neustadt und Schwerin. Besondere Würdigung verdient die Herausgabe seines Buches über Wohnhochhäuser, das über die Grenzen unserer Republik hinaus internationale Anerkennung gefunden hat.

Im Mittelpunkt seines unermüdlichen Schaffens stand die künstlerische Bewältigung des industriellen Bauens, dem er mit der Entwicklung eines variablen Systems für Wohnhäuser wegweisende Anregungen gegeben hat.

Hans-Peter Schmiedel war daneben auch ein hervorragender Zeichner. Zahlreiche Skizzen und Perspektiven sind Zeugnisse seines Könnens, das auf viele seiner jüngeren Kollegen einen nachhaltigen Einfluß ausgeübt hat. Mit einer bewundernswert sicheren Hand gelang es ihm immer wieder, den besonderen Reiz einer baulichen Situation zum Ausdruck zu bringen.

Das Werk, das er in seinem kurzen Leben hinterlassen hat, stellt ihn in die erste Reihe der Architekten unserer Republik. Sein jäher Tod hinterläßt eine schmerzliche Lücke, die alle seine Freunde und Mitarbeiter mit Trauer erfüllt. Die ihm in seinem Leben und Schaffen verbunden waren, werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Dr.-Ing. habil. Manfred Zumpe

Informationen

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt
Rudolf Steffens, Berlin,
12. Juni 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing.
Bruno Danneberg, Quedlinburg,
16. Juni 1896, zum 75. Geburtstag

Architekt Bauingenieur
Friedrich Fischer, Berlin,
18. Juni 1896, zum 75. Geburtstag

Architekt Bauingenieur
Gerhard Martin, Wittgendorf,
18. Juni 1911, zum 60. Geburtstag

Architekt Hans Richter, Greiz,
19. Juni 1911, zum 60. Geburtstag

Architekt Bauingenieur
Günther Schütze, Erfurt,
19. Juni 1921, zum 50. Geburtstag

Architekt Gartenarchitekt
Franz Mengel, Leuna,
21. Juni 1901, zum 70. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing.
Friedrich Emmerich, Leipzig,
30. Juni 1896, zum 75. Geburtstag

Tagungen

Informationstagung „Korrosionsträge Stähle"

Der Fachverband „Metallurgie und Gießereitechnik" der Kammer der Technik und des VEB Qualitäts- und Edelstahlkombinat Hennigsdorf haben am 17. Dezember 1970 die Informationstagung „Korrosionsträge Stähle" im Gelben Saal der Kongreßhalle Berlin durchgeführt. Die Tagung hatte den Zweck, über die Rangordnung korrosionsträger Stähle im Rahmen des Korrosionsschutzes, über die Entwicklung und die Eigenschaften, über den Stand der Produktion, über Liefermöglichkeiten, ökonomischen Nutzeffekt, Einsatzbedingungen und Anwendungsmöglichkeiten korrosionsträger Stähle und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu informieren.

Eingeladen waren Vertreter der stahlerzeugenden und stahlverarbeitenden Industrie sowie Vertreter von Bedarfsträgern vieler stahlverbrauchender Industriezweige, auch aus dem Bereich der Bauindustrie.

Die Begrüßungsrede hielt der Stellvertreter des Ministers für Erzbergbau, Metallurgie und Kali, Dr.-Ing. Graf. Ausgangspunkt seiner Darlegungen waren die Beschlüsse der 14. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die sich daraus ergebenden großen Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1971. Vom Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik wurde im Juni 1970 der Beschluß gefaßt, in verstärktem Maße korrosionsträge Stähle zu entwickeln und in vielen Industriezweigen der Volkswirtschaft einzuführen. Dr.-Ing. Graf berichtete, daß zur Erfüllung dieser volkswirtschaftlich wichtigen Aufgabe eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft unter Teilnahme von Vertretern des VEB Qualitäts- und Edelstahlkombinats Hennigsdorf, der Zentralstelle für Korrosionsschutz Dresden, der Stahlberatungsstelle Freiberg und des VEB Metallleichtbaukombinat gebildet wurde.

Bis zum Jahre 1985 wird sich die Stahloberfläche von Stahlkonstruktionen auf das Vierfache steigern. Der Korrosionsschutz für diese gewaltigen Mengen an Stahloberflächen ist durch die bekannten Mittel und Methoden nicht mehr rationell zu bewältigen. Hier sind neue Erkenntnisse und Maßnahmen unbedingt einzuführen. Ein Beitrag dazu ist die Anwendung korrosionsträger Stähle. Schlußfolgernd daraus stellte Dr.-Ing. Graf die künftigen Aufgaben auf dem Gebiet der korrosionsträgen Stähle:

- Volles Herstellungs- und Lieferprogramm für alle metallurgischen Erzeugnisse aus korrosionsträgem Stahl
- Verbesserung der Eigenschaften des korrosionsträgen Stahles für dynamisches Verhalten
- Abstimmung des Herstellungs- und Lieferprogramms für korrosionsträge Stähle im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
- Auswertung errichteter Bauwerke aus korrosionsträgem Stahl auf das Korrosionsverhalten.

Dipl.-Ing. Löscher vom VEB Qualitäts- und Edelstahlkombinat Hennigsdorf erläuterte die chemische Zusammensetzung und die Eigenschaften von korrosionsträgen Stählen. Die Auswertung von ausgelagerten Probeblechen ergab die angenommenen Werte hinsichtlich Streckgrenze, Kerbschlagzähigkeit, Festigkeit und Faltversuche.

Anschließend referierte Dr.-Ing. Rösler von der Bergakademie Freiberg über die Schweißarbeit korrosionsträger Stähle. Es wurden mit Erfolg folgende Schweißmethoden erprobt: Elektrodenhand-, CO_2- und UP-Schweißung. Maßgebend für Schweißarbeiten an korrosionsträgen Stählen ist die Richtlinie des Zentralinstituts für Schweißtechnik Halle.

Über das Korrosionsverhalten von korrosionsträgen Stählen sprach Dipl.-Ing. Reutler von der Stahlberatungsstelle Freiberg. Seit 1969 werden in der Industrie und in der Landwirtschaft Bewitterungsversuche an ungeschützten und mit Korrosionsschutz versehenen Probeblechen durchgeführt. Die Auslagedauer soll sich über einen Zeitraum von acht Jahren erstrecken. Bisherige Messungen bringen die angenommenen Werte der Dickenabnahme, die sich in der Anfangsphase der Schutzschichtbildung bei korrosionsträgen Stählen einstellen.

Dipl.-oec. Heinrich vom VEB Qualitäts- und Edelstahlkombinat Hennigsdorf betrachtete in seinem Kurzreferat die Ökonomie beim

Einsatz korrosionsträger Stähle. Der internationale Trend ist auf wartungsfreie bzw. wartungsarme Stahlkonstruktionen gerichtet. Die wesentlichsten volkswirtschaftlichen Vorteile sind Einsparung an Arbeitskräften und Konservierungsmitteln. Der ökonomische Nutzeffekt ist dort am größten, wo korrosionsträge Stähle im unkonservierten Zustand angewandt werden können. Am Beispiel von Hochspannungsgittermasten für die Energieübertragung erläuterte Dipl.-oec. Heinrich diese Vorteile. Durch den Einsatz von korrosionsträgem Stahl anstatt verzinkter Gittermasten konnte eine Einsparung von 320 M/t Stahlkonstruktion erzielt werden.

Zum Schluß der Vortragsreihe sprach Dipl.-Ing. Bittersmann vom VEB Qualitäts- und Edelstahlkombinat Hennigsdorf über die Einsatzbedingungen und die Anwendung korrosionsträger Stähle KTS 30/45 und KTS 52. Die besonderen Bedingungen hinsichtlich Atmosphäre und Klima werden beim Einsatz von korrosionsträgen Stählen in vier Beanspruchungsklassen eingeteilt. Korrosionsträger Stahl sollte vorwiegend in den Beanspruchungsklassen 1 und 2 angewendet werden.

Die bisherige Anwendung von korrosionsträgem Stahl erfolgte im wesentlichen für Gittermasten, Hallen aus Fachwerkkonstruktionen und Bandbrücken. Verarbeitender Betrieb ist der VEB Metalleichtbaukombinat, der auch maßgebend an der Einführung dieser neuen Stahlsorte im Bauwesen beteiligt ist. Der Anteil der Verarbeitung von korrosionsträgem Stahl wird sich im VEB Metalleichtbaukombinat von 1971 bis 1975 um das Drei- bis Vierfache steigern. Weitere Einsatzbereiche für korrosionsträgen Stahl sind noch zu erschließen, beispielsweise Umhüllungen für Industrie- und Gesellschaftsbauten insbesondere im Metalleichtbau. Abschließend wandte sich Dipl.-Ing. Bittersmann an die Projektanten mit dem obersten Gebot, die Stahlkonstruktionen so zu gestalten, damit Wassersäcke und dauernde Befeuchtung durch Kondenswasser vermieden werden.

In der Diskussion wurden Randprobleme der Verarbeitung und Anwendung von korrosionsträgen Stählen erörtert; u. a. Liefersortiment, Verbindungsmittel, Standardisierung, Einsatz in chemischen Industriebetrieben.

Das Schlußwort hielt Koll. Kalle, Mitarbeiter des Ministeriums für Erzbergbau, Metallurgie und Kali. Zusammenfassend stellte er fest, daß diese Tagung alle interessierten Stahlverarbeiter und Stahlverbraucher in der Deutschen Demokratischen Republik umfassend über die Entwicklung auf diesem speziellen Gebiet der Metallurgie informiert hat. Die Entwicklung von metallurgischen Erzeugnissen aus den Stählen KTS 30/45 und KTS 52 hat einen Stand erreicht, der den Beginn einer gesteuerten Anwendung dieser volkswirtschaftlich effektiven Spitzenerzeugnisse der Schwarzmetallurgie in weiteren sinnvollen Einsatzbereichen ermöglicht.

Allen Teilnehmern der Tagung wurde eine Informationszeitschrift über korrosionsträge Stähle KTS 30/45 und KTS 52 überreicht.

Horst Pannasch

Informationstagung 1971 „Wärmeschutz im Bauwesen"

Das Themenkollektiv Wärme- und Feuchtigkeitsschutz des Zentralinstituts Einheitssystem Bau und die Arbeitsgruppe Bautechnischer Wärme- und Feuchtigkeitsschutz in der Sektion Ingenieur-theoretische Grundlagen beim Plenum der Deutschen Bauakademie führen eine Informationstagung 1971 „Wärmeschutz im Bauwesen – Neue Erkenntnisse für Projektierung und Bauausführung" durch und laden dazu alle Interessenten ein. Die Tagung findet am 21. und 22. September 1971 in Magdeburg, Parkrestaurant „Herrenkrug" statt.

Wie aus dem Thema hervorgeht, sollen Projektanten und Ausführenden neue Erkenntnisse über zweckmäßige wärme- und feuchtigkeitstechnische Schutzmaßnahmen vermittelt werden. Dabei werden Probleme der schweren, mittelschweren und leichten Bauweisen behandelt. Außerdem soll über die voraussichtlich mit Beginn des Jahres 1973 abschnittsweise in Kraft tretende Neufassung der TGL 10 686 „Bauphysikalische Schutzmaßnahmen, Wärmeschutz im Bauwesen" informiert werden.

Das Programm umfaßt folgende Themen:

■ Probleme des Wärme- und Feuchtigkeitsschutzes in der Baupraxis

Forderungen an Außenoberflächen

Problematik von Giebelwohnungen

Wirkung von Entspannungsvorrichtungen in Warmdachdeckungen

Problematik der Leichtbaukonstruktionen

Wärmebrücken in leichten Außenwänden

■ Neue Vorschriften zum Wärmeschutz

Neue klimatologische Kenndaten der TGL 10 686 Erweiterung der Vorschriften zum stationären Wärmeschutz

Kriterien des instationären Wärmedurchgangs

Wasserdampfdiffusion und Dampfsperren

Die Tagung ist dazu bestimmt, einen möglichst großen Kreis von Bauschaffenden aus allen Teilen der DDR mit den Entwicklungstendenzen im Wärmeschutz und wichtigen Gesichtspunkten zur Erhöhung der Wirksamkeit dieses Teilgebietes im Einheitssystem Bau vertraut zu machen.

Einladungen werden auf Wunsch zugesandt. Die Teilnehmergebühr beträgt 80,– Mark.

Interessenten wenden sich an folgende Anschrift:

Organisationsbüro
„Wärmeschutztagung 1971"
Zentralinstitut Einheitssystem Bau der Deutschen Bauakademie, 102 Berlin, Scharrenstraße 2–3
Telefon: 22 06 23 54 oder 22 06 22 88

Bücher

■

Hermann Rühle

Räumliche Dachtragwerke – Konstruktion und Ausführungen

Band I: Beton – Holz – Keramik

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin 1970

320 Seiten, 358 Abbildungen, 69 Tafeln

Leinen, 60,– Mark, Sonderpreis für die DDR 52,– Mark

Im modernen Bauen ist der leichten und ökonomischen Konstruktion immer mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Besondere Probleme bei der Wahl einer entsprechenden Konstruktion treten hierbei auf, wenn große Spannweiten ohne Zwischenstützen gefordert werden. Diese Konstruktionswahl ist jedoch immer nur in engem Zusammenhang mit der gestalterischen Lösung zu treffen. In dem vorliegenden Buch wird von einem Autorenkollektiv ein zusammenfassender Überblick über das verzweigte Gebiet der räumlichen Dachtragwerke gegeben, die in ihrer Formgebung meist bestimmend für den gestalterischen Gesamteindruck des Bauwerkes sind.

Fünf Hauptabschnitte behandeln, auf den derzeitigen Entwicklungsstand ausgerichtet, die Gestaltung, Konstruktion und Ausführung dieser Tragwerke. Es werden Konstruktionen aus den Baustoffen Beton, Keramik und Holz als örtlich gefertigte und als vorgefertigte Bauteile vorgestellt.

Das Schwergewicht wird auf die verschiedenen Schalen- und Faltenformen aus Stahlbeton gelegt. Es werden Zylinder- und Wellenschalen, Falten und Faltwerke, Bögen, Shedschalen und Kuppeln jeweils mit ihren vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten in dem durch zahlreiche Bilder, Zeichnungen und Tafeln anschaulich unterstützten Text dargestellt. Hierbei werden konstruktive und ökonomische wie auch gestalterische Gesichtspunkte angesprochen, so daß das vorliegende Buch für Architekten und Ingenieure gleichermaßen interessante Aussagen und Anregungen bietet.

Es werden über 350 ausgeführte Bauten innerhalb und außerhalb Europas in wesentlichen Erläuterungen zur Geometrie, Konstruktion und Ausführung behandelt, wobei besonders in den Tafeln geometrische Vergleichswerte, Material- und Kostenvergleiche zu finden sind. Der konstruktiv interessierte Leser erhält durch die zahlreichen Detaildarstellungen Anregungen zu Lösungsmöglichkeiten. Die gleichfalls vorhandenen Erläuterungen zu Standsicherheits- und Festigkeitsfragen werden durch Empfehlungen und Hinweise zur Berechnung und Bemessung ergänzt und durch spezielle Literaturhinweise vervollständigt.

Das vorliegende Werk faßt in gestraffter, jedoch universeller Form die Auswertung zahlreicher in- und ausländischer Veröffentlichungen zusammen und bietet einen interessanten Querschnitt der Thematik. Es wird dem Entwerfenden sowie dem ausschließlich konstruktiv Tätigen als wichtiges Nachschlagewerk dienen können, wozu auch die etwa 300 Literatur- und Quellennachweise dem speziell interessierten Benutzer weiteres Material geben.

Hansjoachim David

■

Hermann Rühle

Räumliche Dachtragwerke – Konstruktion und Ausführung

Band II: Stahl – Plaste

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin 1970

176 Seiten, 181 Abbildungen, 92 Tafeln

Leinen, 40,– Mark, Sonderpreis für die DDR 32,– Mark

Wenn große Flächen stützenfrei überdeckt werden sollen, dann steigt bei den herkömmlichen Bauweisen das Eigengewicht der Konstruktion erheblich an. Überlegungen zur Reduzierung des Materialaufwandes führen zur Konzipierung von räumlichen Tragkonstruktionen aus leichteren Materialien und auch neuartigen Baustoffen und Bauweisen.

In diesem Band zeigt Rühle derartige Lösungsmöglichkeiten. In vier Hauptabschnitten werden Dächer als Seiltragwerke, als Raumfachwerke aus Metall, als pneumatische und als Zeltkonstruktionen, sowie als Raumtragwerke aus Plastbaustoffen vorgestellt. In einem ergänzenden Abschnitt runden Aussagen über Wärmedämmung, Dachhautausbildungen, Entwässerungsfragen, Fugenausbildungen und Fragen der Innenraumbeleuchtungen das Bild dieser modernen Konstruktionen ab. Das Autorenkollektiv erläutert in verständlicher Form die Wirkungsweise der Tragsysteme. Je nach Wahl des Systems ergeben sich die unterschiedlichsten Dachformen, die meist recht eigenwillig in Form und Fläche eine Dominante des Bauwerkes darstellen.

Seiltragwerke weisen den typischen Durchhang auf und erfordern Verankerungs- und Stabilisierungsglieder. Bei den Raumfachwerken können ebene Fachwerkstäbe, meist Rohrquerschnitte aus Stahl oder Aluminium, nach einem räumlichen Bildungsgesetz zusammengestellt und durch Reihung zu einem freitragenden System vereinigt werden. Die Zeltkonstruktionen vereinigen Außenhaut und Tragfunktionen, müssen jedoch gestützt werden, während bei den pneumatischen Konstruktionen ein Innendruck die Stabilisierung bewirkt. Die Plaste als Baustoff überraschen durch geringes Gewicht, hohe Festigkeit und große Elastizität. Bemessungsvorschläge werden angeführt, so daß geeignete Vergleiche zu den herkömmlichen Baustoffen möglich sind.

Neben den Systembetrachtungen zeigen die Verfasser konstruktive und bauphysikalische Einzelheiten, die zur Funktion des Daches gehören. So sind Lösungen von Dachanschlüssen, Auflagerpunkten, Dachentwässerung, Verankerungen und ähnliche Details zahlreich vorhanden.

Das Gesamtbild wird durch die Kurzbeschreibung bereits ausgeführter Bauwerke, die in Bild und Zeichnung dargestellt sind, abgerundet. Hinweise zur Fertigung und Bauausführung sind ebenfalls vorhanden.

Der interessierte Leser findet auch am Schluß dieses Bandes ein umfangreiches Literaturverzeichnis mit etwa 180 Quellenangaben. Das vorliegende Werk bietet in rationeller Form einen Überblick, der die räumlichen Tragwerke und ihre Komplettierung zu Dächern erfaßt. Es bildet eine Anleitung und vermittelt Erfahrungen zum Entwerfen und Konstruieren von kühnen Bauwerken. Deshalb wird der in der praxisstehende Architekt und Ingenieur ebenso wie der Studierende dieses Werk begrüßen.

Klaus Sroka

■

G. Stelzer

Kunst am Bau

VEB E. A. Seemann Verlag, Leipzig 1969

343 Seiten, 173 zum Teil farbige Abbildungen und 15 Skizzen, Ganzleinen 49,20 Mark

Der vom Seemann Verlag herausgegebene reich ausgestattete Bildband erscheint in einer Zeit, wo an markanten Punkten in den Städten der Deutschen Demokratischen Republik zeitgenössische Zeugnisse der Synthese von Architektur und bildender Kunst zur Diskussion stehen. Und an den neuen Beispielen stellt sich die Bedeutung der sozialistischen Kunst in der Gestaltung unserer Umwelt dar. Stelzers Buch liefert ein reiches und instruktives Anschauungsmaterial und verfolgt an gut gewählten Beispielen aus verschiedenen Gesellschafts- und Geschichtsperioden, wie das Thema baugebundene Kunst von den zeitgenössischen Baumeistern und Künstlern gemeinsam gelöst wurde. Dabei ist es interessant zu verfolgen, wo das Schwergewicht der künstlerischen Kraft lag. Der Autor reißt viele Probleme an, die Stoff geben zu einer Fülle von Einzeluntersuchungen, unter anderem das Problem, inwieweit Architektur und bildende Kunst voneinander abhängig sind. Die lineare Zentralperspektive des Quattrozentro bedarf der gebauten architektonischen Umwelt und ist ohne sie undenkbar. Das Beispiel der Sixtinischen Decke beweist, wie sich das künstlerische Genie mit den Mitteln der Malerei einen architektonischen Raum erobert und mit seinem gewaltigen Altarbild des Jüngsten Gerichts diesen beinahe sprengt. Das im Text nur erwähnte Juliusgrab Michelangelos leitet über zu der dann im Barock erzielten Integration der Künste unter der Dominanz der Architektur. Nach der in dieser Stilperiode erreichten höchstmöglichen Verschmelzung aller Kunstarten verliert sich im Klassizismus in einer Art Krise des Auftragwesens diese Harmonie unter den Künsten. Mir scheint allerdings, daß die Beurteilung des bürgerlichen Klassizismus vom Autor etwas einseitig dargestellt wird. Der neue klassenbezogene, also bürgerliche Inhalt der Kunst verändert natürlich auch die Aufgaben und damit den Stil der Kunst sowohl in der Architektur als auch in Bildhauerei und Malerei.

An die leider viel zu kurz behandelten Stilperioden bis zur Entwicklung der Kunst zwischen den beiden Weltkriegen schließt sich der eigentliche Hauptteil an. Neben der Auseinandersetzung mit der baugebundenen Kunst der spätbürgerlichen Gesellschaft in den Nachkriegsjahren wird hier vor allem eine gründliche Analyse der Synthese der Künste in der DDR behandelt. Stelzer begleitet diesen heute in seinen Anfangsetappen schon Geschichte gewordenen Weg der baugebundenen Kunst mit klugen Darstellungen vorurteilsfreier, aber doch kritischer Betrachtungen.

Die sich in die Struktur und in das Wesen der industriellen Bauweise als künstlerisch geformte Elemente eingliedernde Formen beleben wirksam unsere heute oft starren Baukörper. Sie zu echten, mit dem ganzen Bauwerk verbundenen homogenen Architekturgliedern zu machen ist eines der wichtigsten Anliegen in der gemeinsamen Arbeit der Architekten und bildenden Künstler.

Fritz Rothstein

■

Peter Prohl, Peter Tzschacksch

Bau und Ausstattung wissenschaftlicher Fachbibliotheken – Grundlagen und Richtwerte

Herausgegeben vom Methodischen Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen Berlin 1970, 112 Seiten, 13 Abbildungen, 14,50 Mark

Auch wenn die Informationsquellen als Bücher, Schallplatten, Tonbänder, Filme, Karten und so weiter immer mehr zentralisiert werden und wenn eine elektronische Datenspeicherung auch auf diesem Gebiet immer mehr Erleichterung schafft, so werden doch kleine und mittlere Bibliotheken (dieser Ausdruck erscheint durch die Bezeichnung „Informationszentrum" überholt) noch immer notwendig sein. Jedes Institut, jeder Betrieb benötigt für die häufig benutzten Quellen eigene Einrichtungen. Deshalb kommt das vorliegende Nachschlagewerk einem Bedürfnis nach. Für vier Standardgrößen sind Kennziffern und Richtwerte angegeben, die dem Projektanten helfen sollen, einerseits den funktionellen Forderungen nachzukommen, andererseits die Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit nicht außer acht zu lassen: größter Nutzen bei relativ kleinstem Aufwand. Das kann nur möglich sein, wenn genügend eingehende Vergleiche vorliegen. In diesem Buch sind sie zu finden.

In der Zukunft werden die fotooptischen und akustischen Hilfsmittel sowie die elektronische Datenspeicherung zweifellos an Bedeutung zunehmen und die Bücher als Informationsquelle wenn nicht ersetzen, so doch ergänzen. Das Buch bleibt aber immer die raumaufwendigste Informationsspeicherung, und es ist insofern berechtigt, die Größenordnung an der Zahl der Buchbände auszurichten. Tonbänder und Mikrofilme sind demgegenüber so platzsparend, daß für ihre Unterbringung wohl immer gesorgt werden kann.

Neben den Fragen der Dimensionierung Rastermaße, Flächenbemessung, Höhenbestimmung) sind zahlreiche Angaben der Ausstattung (Ausbaufragen, Material, Farbgebung) und der Sicherheitsvorkehrungen (Brandschutz) behandelt, die bei der Ausführung von Bedeutung sind. Auch die gesamte Bauhygiene ist ausführlich dargestellt, zumal die Lärmfrage bei Lese- und Arbeitszimmern besonders wichtig ist.

Das Buch ist gründlich und umfassend und gibt dem Projektanten die notwendigen Hinweise. Vielleicht wäre in einer zweiten Auflage dem Trend zur fotomechanischen, optischen und elektronischen Speicherung von Zeichnungen und Texten noch ausführlicher Rechnung zu tragen. Da diese Dinge noch in voller Entwicklung sind, konnten sie hier abschließend noch nicht dargestellt werden.

Heinrich Rettig

■

Walter Henn

Die Trennwand

Verlag Georg D. W. Callwey, München 1969, 117 S., etwa 450 Konstruktionsdetails

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Funktion der Raumtrennwand durch den Montagebau im allgemeinen, im besonderen aber durch die Skelettbauweise entscheidend verändert. Die Funktion der Lastübertragung wird ausschließlich von den Montageelementen übernommen. Die Innenwand hat allein raumtrennende Funktion zu erfüllen, wobei vielfach ein hoher Flexibilitätsgrad gefordert wird. Um das zu gewährleisten, sind bestimmte Mindestforderungen einzuhalten, z. B.: geringes Gewicht der Einzelelemente bei relativ großen Abmessungen, einfache Montage und Demontage, hoher Vorfertigungsgrad, gute Schalldämmung.

Im vorliegenden Werk hat der Autor diesen Tatsachen Rechnung getragen. Im textlichen Teil werden die bautechnischen Anforderungen, die an eine Trennwand gestellt werden, beschrieben. Die heute vorrangig verwendeten Baustoffe wie Holz, Aluminium, Leichtbeton, Gips und andere sind mit ihren spezifischen Eigenschaften aufgeführt.

Gute Einbaubeispiele für vertikale und horizontale Anschlüsse und für den Einbau von Installationen sind vorhanden.

Zulässige Toleranzen, Brand- und Schallschutzforderungen sind zu entnehmen, wobei auch Hinweise zur Ermittlung des Schallschutzmaßes nicht fehlen.

Eine kurze Beschreibung der konstruktiven Besonderheiten der einzelnen Trennwandarten sowie ein ausführliches Normen-Verzeichnis runden den Textteil des Buches ab.

Den Hauptteil des Werkes nehmen Konstruktionsdetails ein. Es sind 40 Beispiele für heute übliche Trennwände ausgewählt worden, die zwar keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, aber die wichtigsten Arten zusammenfassen.

Sehr übersichtlich ist es dem Autor gelungen, auf jeweils zwei Seiten eine Wandart zeichnerisch und textlich darzustellen.

Der textliche Teil beinhaltet für alle Beispiele gut geordnet folgende für den Fachmann wichtige Aussagen:

– Technische Daten
– Allgemeine Angaben
– Wandaufbau
– Montage
– Kosten
– Flexibilität
– Installationen
– Hersteller

Mit diesem Buch ist es gelungen, eine durch die Entwicklung des Bauwesens entstandene Lücke auf dem Fachbuchmarkt zu schließen. Dem Hochbaukonstrukteur wird damit ein übersichtliches Hilfsmittel für seine tägliche Arbeit in die Hand gegeben.

Monika Grams

■

Waclaw Ostrowski

L'urbanisme contemporain – Tendences actuelles (Der moderne Städtebau – Entwicklungstendenzen der Gegenwart)

Hrsg. v. Centre de Recherche d'Urbanisme Paris 1970, 685 S. 376 Abb.

Vorliegendes Buch ist die Fortsetzung des im Jahre 1968 vom Centre de Recherche d'Urbanisme herausgegebenen ersten Bandes „L'urbanisme contemporain – Des origines à la Charte d'Athenes" des gleichen Autors. Das hinsichtlich Fülle und Informationsgehalt über den ersten Band Gesagte trifft voll und ganz auch für vorliegenden zweiten Band zu, wobei der Umfang jetzt bedeutend größer ist. Übersichtliche Gliederung des Stoffes, Anschaulichkeit des Bildmaterials (Grundrisse von Städten und Stadtvierteln, Lagepläne, Strichzeichnungen, Fotos, schematische Darstellungen), straffe, komprimierte Behandlung des Themas sowie überaus zahlreiche Beispiele geben dem Buch seinen großen Wert. Wie der Autor im Vorwort betont, wird der Akzent auf die Analyse der heutigen Entwicklung des Städtebaus gelegt, die in ihrer geschichtlichen Entwicklung gesehen wird. Einschränkend sei be-

merkt, daß man sich infolge der Fülle des Materials nur auf europäische Länder bezogen hat.

Der Band gliedert sich in 9 Abschnitte und beginnt mit der Kritik des Städtebaus hinsichtlich soziologischer und funktioneller Fragen der heutigen Städte und behandelt eine Reihe utopischer Modelle. Des weiteren wird den Städtekomplexen im Rahmen eines ganzen Landes Aufmerksamkeit gewidmet (VR Polen, ČSSR, Frankreich, Niederlande). Die funktionelle und soziale Struktur, räumliche Lösungen, und die Form der Stadt werden eingehend behandelt. Die nächsten Abschnitte sind den Stadtzentren (in der VR Polen, in Schweden, Großbritannien, u. a.), den verschiedenen Richtungen des Wohnungsbaus und der Einbeziehung der Industrie und des Grüns in den Stadtorganismus gewidmet. Ein Abschnitt befaßt sich ausführlich mit den Verkehrsproblemen, ein weiterer mit der Umgestaltung und Restaurierung historischer Stadtzentren.

Bei der Fülle von Beispielen und Fakten ist jedoch eine tiefergehende Bewertung nach gesellschaftlichen Kriterien zu vermissen. Für den Städtebauer tritt heute immer mehr die Frage nach den gesellschaftlichen Zielen in den Vordergrund. Vor der Frage nach dem „Wie" steht die Frage „für wen". Und in dieser Hinsicht läßt Ostrowskis Buch leider viele wichtige Fragen für den Leser unbeantwortet.

Siegfried Leutzsch

■

Jean-Henri Calsat und Jean-Pierre Sydler
Internationales Wörterbuch für Städtebau und Architektur
VITUA I: Francais – Deutsch – English
herausgegeben von Union Internationale des Architectes Fédération Internationale pour l'Habitation, l'Urbanisme et l' Aménagement des Territoires
Société de Diffusion des Techniques du Bâtiment et des Travaux Publics, Paris 1970
350 S., 4000 Ausdrücke.

Das vorliegende dreisprachige Wörterbuch ist das erste seiner Art auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur, dem als Erstlingswerk neben seinen Vorteilen außer Zweifel auch Mängel anhaften. Auf jeden Fall aber ist die Herausgabe dieses Werkes, dem in Zukunft weitere Bände in Russisch, Spanisch, Rumänisch usw. folgen sollen, zu begrüßen, wurde doch schon seit langem das Fehlen eines solchen Wörterbuchs von den Fachleuten bedauert. Der Aufbau des Wörterbuches basiert auf dem von der UNESCO und der ISO vorgeschlagenen System. Die Begriffe wurden nach Gruppen klassifiziert und mit Bezugsnummern versehen, die die notwendigen Beziehungen herstellen, wobei das Französische als Ausgangssprache gewählt wurde. Ist ein Begriff nicht eindeutig bestimmt, so hat man eine französische Definition dazu gesetzt, die ins Deutsche und Englische übertragen wurde, ausgehend von der linguistischen Tatsache, daß sehr oft die Bedeutung eines Ausdrucks in einer Sprache nur angenähert der Bedeutung des entsprechenden Ausdrucks in der anderen Sprache entspricht.

Negativ macht sich bemerkbar, daß die Unterschiede in der Terminologie des Städtebaus in der DDR und in der BRD, die aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen resultieren, nicht berücksichtigt wurden.

Die systematischen Gruppen beinhalten Soziologie/Demographie, Wirtschaftswissenschaften, Vertragswesen/Bodenrecht, Naturwissenschaften, Technische Wissenschaften, Bildende Künste, Städtebau/Architektur/Bauwesen, Bau- und Planungspraxis.

Im zweiten Teil sind die Begriffe in alphabetischer Anordnung in allen drei Sprachen aufgeführt. Das numerierte Rückweisesystem ermöglicht den Übergang von einem System zum anderen.

Siegfried Leutzsch

Standardisierung

Am 1. Januar 1971 wurde der DDR-Standard TGL 2787 **Gruppennummerung von Standards** mit Blatt 1 Zweck, Gliederungssystem, Blatt 2 Gruppennummern für Standards der materiellen Produktion und Blatt 3 Gruppennummern für Standards nicht an Erzeugnisse gebundener Grundlagen in der Ausgabe September 1970 verbindlich. Nach Blatt 2 sind Gebäude, bauliche Anlagen, Baureparaturen sowie Bauarbeiten einschließlich der jeweils dazugehörigen Projektierung mit den Gruppennummern 200 00 und 290 00 in Anlehnung an Teil VII der Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur (ELN) belegt worden. Blatt 3 sind die Gruppennummern 931 000 für Grundsätzliche Bestimmungen auf dem Gebiet des Bauwesens, 931 100 für die Organisation und Leitung des Bauwesens, 931 110 für die allgemeine Baupolitik, 931 200 für Städtebau und Siedlungsbau, 931 300 für Standortfragen, 931 400 für die Staatliche Bauaufsicht und 931 500 für die Wohnungswirtschaft einschließlich der Projektierungsregeln in Anlehnung an „Das geltende Recht" zu entnehmen. Der Fachbereichstandard des Bauwesens TGL 21 856 Blatt 2 **Dachdeckenelemente, Dachdeckenplatte aus Spannbeton,** eben, Systemlänge 12 000 mm, der als Entwurf in der da, H. 12/1970, S. 761 beschrieben wurde, ist in der Ausgabe Juli 1970 am 1. Januar 1971 verbindlich geworden.

In der Ausgabe März 1970 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens TGL 22 737 **Baugrubenverkleidungen und Fangdämme,** Technische Forderungen am 1. Januar 1971 verbindlich. Außer Grundsätzen enthält dieser Standard die Begriffserklärungen der Hauptwörter des Haupttitels. Der Standard ist für das Herstellen, Unterhalten und Beseitigen von typischen Baugrubenverkleidungen und Fangdämmen bestimmt.

Am 1. Januar 1971 wurde die TGL 22 825 **Dachziegel** mit Blatt 2 Strangdoppelfalzziegel und Blatt 3 Uni-Dachziegel, Normalziegel, Randziegel in der Ausgabe Juli 1970 verbindlich.

Ebenfalls als Fachbereichstandard des Bauwesens wurde die TGL 22 828 **Ofenkacheln** in der Ausgabe Juni 1970 am 1. Januar 1971 verbindlich. Im einzelnen werden geregelt: Begriff, Formen und Abmessungen, Bezeichnung, technische Forderungen, Prüfung, Kennzeichnung, Lagerung und Transport sowie Lieferung.

Am 1. Juli 1970 wurde der Fachbereichstandard TGL 2761 Elektroinstallationsmaterial; **Befestigungsschellen** ein- und zweilappig in der Ausgabe April 1970 verbindlich.

In der Ausgabe Juni 1970 wurde der Fachbereichstandard TGL 2865 Blatt 1 **Einstemmbänder F,** für Fenster und Möbel am 1. Oktober 1970 verbindlich.

Am 1. Juli 1970 wurde der Fachbereichstandard TGL 4111 **Leitern aus Rohholz** in der Ausgabe Februar 1970 verbindlich. Die Einzelheiten betreffen Begriffe, Benennung und vorwiegenden Verwendungszweck, Arten und Abmessungen, Bezeichnung, Bestellangaben, technische Forderungen, Kennzeichnung, Verpackung, Lagerung und Transport.

Am 1. Januar 1971 wurde in der Ausgabe Juni 1970 der Fachbereichstandard TGL 173–25 **Planung und Gestaltung von Landstraßen** Verkehrstechnische Forderungen mit Blatt 2 Entwurfsbelegung und Blatt 3 Querschnittsbemessung verbindlich. Der Standard gilt auch für Ortsdurchfahrten, wenn keine städtischen Verkehrs- und Bebauungsverhältnisse vorhanden sind. In beiden Standardblättern werden Begriffe geklärt. Blatt 2 beschäftigt sich mit dem Prognosezeitraum sowie der Ermittlung der mittleren täglichen Verkehrsbelegung im Prognosejahr, der Ermittlung der maßgebenden stündlichen Verkehrsbelegung im Prognosejahr und der Ermittlung der Entwurfsbelegung. Blatt 3 enthält Einzelheiten zu den Bemessungsgrundlagen, Hauptfahrbahnen, Nebenfahrspuren, Seitenstreifen, Seitenbahnen und -wegen sowie Ortsdurchfahrten.

Im Entwurf April 1970 wurde die TGL 11 464 **Erdstatische Berechnungsverfahren** mit Blatt 1 Setzungen und Blatt 2 Tragkraft von Flächenfundamenten vorgelegt. Blatt 1 enthält Begriffe, Grundsätze, Unterlagen, Spannungsermittlungen, Setzungsberechnungen und den zeitlichen Setzungsverlauf sowie 20 Tafeln. Blatt 2 enthält Begriffe, Formelzeichen, Grundsätze, Unterlagen, die Ermittlung der Tragkraft, Anpassung, summarische Sicherheitsfaktoren, den Tragfähigkeitsnachweis und die Formeln für die maschinelle Rechentechnik. -er.

Rechtsnormen

Das Gesetz über den **Staatshaushaltsplan 1971** vom 14. Dezember 1970 (GBl. I Nr. 23, S. 367) trat am 1. Januar 1971 in Kraft. Rund 2,5 Milliarden Mark werden zur Finanzierung strukturbestimmender Investitionsvorhaben neben den selbsterwirtschafteten Fonds und Krediten aus dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt.

Am 1. Januar 1971 trat der Beschluß über **Maßnahmen zur besseren Nutzung der in Betrieben mit staatlicher Beteiligung, Produktionsgenossenschaften des Handwerks sowie privaten Industrie-, Bau-, Handwerks-, Verkehrs- und Handelsbetrieben vorhandenen Leistungs- und Effektivitätsreserven** vom 15. Dezember 1970 (GBl. II Nr. 96, S. 667) in Kraft, der auch steuerliche Vergünstigungen für die Tilgung von Investitionskrediten enthält.

Am 1. Januar 1971 trat die Verordnung über die **Finanzierung des Baus volkseigener Wohnungen und des Baus staatlicher Einrichtungen vom** 15. Dezember 1970 (GBl. II Nr. 102, S.764) in Kraft, die die Finanzierung aus den Haushalten der örtlichen Staatsorgane und aus Krediten regelt.

Projektierungsbetriebe sind von den Bestimmungen der **Produktionsfondsabgabe** nach § 1 der Ersten Durchführungsbestimmung zur Verordnung hierzu vom 16. Dezember 1970 (GBl. II 1971 Nr. 4, S. 34) ausgenommen.

Am 9. Juni 1970 trat die Anordnung über die Bildung und Verwendung des **Verfügungsfonds** vom 8. Mai 1970 (GBl. II Nr. 49, S. 355) in Kraft, nach der bei den Bezirksbauämtern solche Fonds zu bilden sind, die zur Zahlung von Prämien verwendet werden können.

Am 19. Juni 1970 trat die Anordnung über den terminlichen Ablauf zur Vorbereitung und Durchführung der perspektivischen **Industriepreisplanung** im Rahmen der Ausarbeitung des Perspektivplanentwurfs 1971–1975 vom 4. Juni 1970 (GBl. II Nr. 52, S. 384) in Kraft, der neben dem Terminablaufplan die Termine für den Fluß der Formblätter enthält, die bis in das Jahr 1971 hinein festgelegt sind.

Am 1. Juni 1970 trat die Anordnung über **Stundenverrechnungssätze für Baumaschinen** vom 5. Juni 1970 (GBl. II Nr. 53, S. 400) in Kraft, die eine Zusammenfassung der bisher in verschiedenen Rechtsvorschriften und Preisbewilligungen festgelegten Stundenverrechnungssätze darstellt.

Die Anordnung Nr. 2 über den **Korrosionsschutz bei Spannbeton** vom 22. Juni 1970 (GBl. II Nr. 57, S. 428) trat am 8. Juli 1970 in Kraft und änderte die Anordnung Nr. 1, so daß jetzt die zulässige Stahlspannung von 7200 kp/cm² erhöht wurde.

Am 15. Januar 1971 trat die Richtlinie über **Maßnahmen zur Durchsetzung einer straffen Ordnung auf dem Gebiet der Investitionen der zentralen und örtlichen Staatsorgane** vom 4. Januar 1971 (GBl. II Nr. 5, S. 37) in Kraft.

Am 5. Oktober 1970 trat die Verfügung über die **Versorgung** des Bauwesens **mit metallurgischen Erzeugnissen** vom 24. August 1970 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 9/10, S. 49) in Kraft.

Am 1. September 1970 trat die Verfügung über die **Tätigkeit der Gutachterstelle für die Begutachtung von Investitionen** beim Ministerium für Bauwesen vom 24. August 1970 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 9/10, S. 52) in Kraft.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1970 trat die Verfügung über die Bildung des **Leitzentrums Einheitssystem Bau** beim Ministerium für Bauwesen vom 16. Juli 1970 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 9/10, S. 53) in Kraft.

Zur Erreichung vorteilhafter Ergebnisse bei Investitionen können Wirtschaftsverträge geändert oder aufgehoben werden. Hierbei ist die Grundsätzliche Feststellung Nr. 3 über die **Aufhebung und Änderung von Wirtschaftsverträgen** vom 20. August 1970 (Verfügungen und Mitteilungen des Staatlichen Vertragsgerichts beim Ministerrat der DDR, Nr. 3, S. 4) zu beachten, die am selben Tag in Kraft trat.

Vom VE Industriebaukombinat Magdeburg Betriebsteil Industrieprojektierung wurde die Richtlinie **Bautechnischer Brandschutz für Siloanlagen und Mischfutterwerke** vom 25. August 1970 (Sonderdruck) erarbeitet. -er.

Kurzfassung

KB 612 DK 728.12.003
Felz, A.
Unsere Wohnumwelt – phantasievoll und farbig
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 5, S. 262 bis 271, 14 Abb., 4 Schemata
Der Beitrag ist das Ergebnis einer sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, die dem Ziel diente, unter den Bedingungen des industriellen Wohnungsbaues die vorgegebenen ökonomischen Kennziffern einzuhalten, die Lebensdauer der Fassaden zu erhöhen und die gesamten Unterhaltungskosten zu senken. Es wurden Vorschläge dargestellt für eine differenzierte Nutzung der Erd- und Kellergeschoßzone des fünfgeschossigen Wohnungsbaus, besonders auch durch gemeinschaftliche und gesellschaftliche Einrichtungen (Sport, Dienstleistungen, Läden). Die Entwürfe konzentrieren sich überwiegend auf die lebendige Gestaltung der Gebäudekategorien, die unsere Wohnumwelt am meisten beeinflussen. Unterschiedliche Lösungen der Kellergeschosse erfordern aber eine Bereinigung des Fertigteilsortiments und der Mischbauweisen.

KB 622.23 DK 727.4:329
Kaufmann, E.
Bezirksparteischule der SED in Rostock
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 5, S. 276 bis 281, 19 Abb.
Für die Bezirksparteischule der SED wurde in Rostock ein neuer Gebäudekomplex errichtet. Der Komplex umfaßt die vier Hauptabschnitte: Seminargebäude, Lektionsgebäude, Internat und Wirtschaftsgebäude. Sämtliche Gebäude sind um einen Innenhof gruppiert und miteinander verbunden. In dem dreigeschossigen Seminargebäude befindet sich der Haupteingang mit unmittelbarem Zugang zu den Hauptabschnitten des Komplexes.
Das Lektionsgebäude ist ein sechseckiger Monolithbau mit drei Geschossen. Hier befinden sich die Bibliothek, ein Mehrzweckraum mit 100 Plätzen und der Lektionssaal mit 500 Plätzen. Durch eine Faltwand ist der Lektionssaal in zwei Räume teilbar.
Das Internat ist ein achtgeschossiger Hochkörper mit 188 Zweibettzimmern. In jedem Geschoß sind eine Teeküche und ein Klubraum vorhanden.
Das zweigeschossige Wirtschaftsgebäude enthält neben den erforderlichen Nebenräumen einen Speisesaal mit 250 Plätzen. Der allseitig umbaute Innenhof dient der Pausenerholung. Auf der Südseite des Komplexes befinden sich die Sportanlagen.

KB 622.7 DK 725.91
Ansorge, P.
Ausstellungshallen in Karl-Marx-Stadt
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 5, S. 282 bis 284, 6 Abb., 2 Grundrisse, 1 Schnitt
Durch die städtebauliche Einordnung der beiden bisher errichteten Ausstellungshallen im Stadtzentrum in der Nähe eines Naherholungsgebietes sind sie für viele Besucher gut und schnell erreichbar. Die Hallen werden für Ausstellungen, Jugendveranstaltungen, Verkaufsmessen und ähnliche Zwecke genutzt. Außer dem gesamten Erdgeschoß dient dazu auch eine 6 m breite umlaufende Galerie des Obergeschosses.

301.3 DK 711.25:681.3
Schlesier, K.-H.; Ludley, K.; Gromes, P.
Das System Territoriale Datenbank als Informationsbasis für die städtebauliche Planung im Bezirk Halle
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 5, S. 288 bis 297, 7 Grafiken
Der Erfassung und Verdichtung von territorial bezogenen Daten und ihrer Nutzung für die städtebaulichen Analysen, Entscheidungs- und Planungsprozesse dient die Gesamtkonzeption eines Datenbanksystems. Bisher wurde die Datenerfassung, -verschlüsselung und -übernahme in die Teildatenbanken unter unterschiedlichsten Bedingungen erprobt. Künftig wird ein Systemtest Erkenntnisse liefern, um ein automatisiertes Informationssystem für das Büro für Städtebau und Architektur einschließlich der gerätetechnischen Ausrüstung zu konzipieren, dessen Wirksamkeit stark von der Effektivität und Funktionstüchtigkeit der Teildatenbanken abhängt.

KB 623.21 DK 725.9:614/616.314
Schlegel, G.; Seidel, W.; Weigel, E.
Stadtambulatorium Rosenhof und Kieferorthopädisches Zentrum
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 5, S. 298 bis 301, 10 Abb., 2 Grundrisse, 1 Schnitt, 1 Lageskizze
Diese Einrichtung dient der Betreuung eines wesentlichen Teiles des Stadtzentrums. Im Erdgeschoß befinden sich das Stadtambulatorium mit Arztplätzen für Praktiker, Gynäkologen und Zahnärzte sowie eine Röntgeneinrichtung, ein Labor und die Diabetiker- und Mütterberatung. Im Obergeschoß ist das Kieferorthopädische Zentrum untergebracht, und im Kellergeschoß befinden sich neben den technischen Einrichtungen die Besucherräume und zwei Gymnastikräume. Das Gebäude wurde in 2-Mp-Stahlbetonskelettbauweise errichtet. Die Fassade wurde mit geschoßhohen Holz-Alu-Elementen gestaltet.
Die äußere Gestaltung des Gebäudes erfolgte in der Absicht, mit den übrigen Bauten im Bereich des Rosenhofes ein städtebauliches Ensemble zu bilden. Demzufolge wurden Massenaufbau und Farbgebung auf die benachbarten Gebäude, besonders auf das den gesamten Rosenhof optisch beherrschende vierzehngeschossige Wohnhochhaus, abgestimmt.

KB 529 DK 725.4:347.793
Schultz, H.
Lotsenstation Warnemünde
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 5, S. 302 bis 307, 8 Abb., 4 Grundrisse, 1 Schnitt, 4 Details
Die Lotsenstation wurde an der Warnowmündung auf der Hohen Düne in unmittelbarer Nähe der Anlegestelle einer Fähre am Fuß der Ostmole erbaut, die im Zuge der Errichtung des Überseehafens Rostock entstand. Über einem eingeschossigen Flachbau erhebt sich ein sechsgeschossiger Hochkörper mit den Radaranlagen. Im sechsten Obergeschoß sind ein Lotsenwarteraum und die Seenotleitstelle untergebracht, die Normalgeschosse dienen Verwaltungsfunktionen, im Erdgeschoß liegen der Speisesaal mit der Küche und den Vorbereitungsräumen.

Содержание

УДК 728.12.003
Felz, A.
262 **Наш жилой мир — пробуждающий воображение**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 5, стр. 262 до 271, 14 илл., 4 схемы
Настоящая статья — результат социалистической совместной работы, служившей цели соблюдать заданные экономические показатели с учетом условий индустриального строительства, увеличить сроки службы фасадов и снизить общие расходы по содержанию. Рассмотрены предложения о дифференцированном использовании зоны подвального и первого этажей пятиэтажного жилого строительства, в особенности для общих и общественных устройств (спорта, бытового обслуживания, магазинов). Проекты прежде всего сосредоточены на живом оформлении данной категории зданий, больше всех других влияющих на наш жилой мир. Различные решения для подвальных этажей, однако, требуют урегулирования сортамента сборных элементов и режимов смешанного строительства.

УДК 727.4:329
Kaufmann, E.
276 **Районная партийная школа СЕПГ в г. Ростоке**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 5, стр. 276 до 281, 19 илл.
Новый комплекс зданий сооружен в г. Ростоке для районной партийной школы СЕПГ. Комплекс состоит из четырех главных участков, а именно зданий семинаров и лекций, интерната и хозяйственной постройки. Все здания сгруппированы вокруг внутреннего двора и соединены друг с другом. Главный вход с непосредственным доступом ко всем главным участкам комплекса находится в трехэтажном здании семинаров. Здание лекций — шестиугольное монолитическое триэтажное сооружение Здесь находятся библиотека, универсальное помещение на 100 мест и зал лекций на 500 мест. Зал лекций может быть разделен на два помещения с помощью складной стены. Интернат — восьмиэтажный высокий корпус с 188 комнатами на двух. На каждом этаже предусмотрены чайная кухня и клубное помещение. Двухэтажная хозяйственная постройка содержит столовую на 250 мест и кроме того рабочие помещения. Закрытый со всех сторон внутренний двор служит отдыху в паузах. Спортивные устройства расположены на южной стороне комплекса.

УДК 725.91
Ansorge, P.
282 **Выставочные павильоны в г. Карл-Маркс-Штадте**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 5, стр. 282 до 284, 6 илл., 2 гориз. проекции, 1 чертеж в разрезе
Градостроительное включение в центр города, вблизи от района отдыха, позволяет большинству посетилей скоро и приятно добраться до двух построенных до сих пор выставочных павильонов. Они используются для выставок, мероприятий молодежи, продажных выставок и подобных целей. Кроме всего первого этажа, обходная галерея широтой 6 м на втором этаже может также быть использована.

УДК 711.25:681.3
Schlesier, K.-H.; Ludley, K.; Gromes, P.
288 **Система «Территориальный банк данных» как базис информанции градостроительного планирования в районе Галле**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 5, стр. 288 до 297, 7 граф. изображений
Регистрация и концентрация данных территориального значения и их использование для процессов градостроительного анализа, решения и планирования являются общей концепцией системы банка данных. До сих пор, регистрация, кодирование и перенос данных в парциальные банки данных были испытаны при самых различных условиях. В будущем система представит опытный материал для концепции автоматизированной системы информации для бюро градостроительства и архитектуры включая техническое оборудование, эффективность которого зависит от эффективности и функциональности парциальных банков данных.

УДК 725.9:614/616.314
Schlegel, G.; Seidel, W.; Weigel, E.
298 **Городская амбулатория Розенхоф и центр ортопедии челюсти**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 5, стр. 298 до 301, 10 илл., 2 гориз. проекции, 1 чертеж в разрезе, 1 эскиз расположения
Это устройство предназначено для обслуживания значительной части центра города. На первом этаже расположены городская амбулатория с местами для практических врачей, гинекологов, зубных врачей и рентгеновская, лаборатория и консультанционный пункт для диабетиков и матерей. На втором этаже имеются кроме технических устройств помещения для посетителей и два зала гимнастики. Здание построено по методу 2-Мп-железобетонного каркасного строительства. Фасад оформлен с помощью декоративных элементов из дерева и алюминия высотой одного этажа. При внешнем оформлении здания было намечено образовать градостроительный ансамбль с другими зданиями в пределах Розенхофа. В связи с этим распределение массы и красок согласованы с соседными зданиями, прежде всего с оптической доминантой всего Розенхофа, 14-этажным высотным жилым домом.

УДК 725.4:347.793
Schultz, H.
302 **Лоцманская станция Варнемюнде**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 5, стр. 302 до 307, 8 илл., 4 гориз. проекции, 1 чертеж в разрезе, 4 детали
Лоцманская станция построена у устья реки Варнов на крутом берегу Хохе Дюне в непосредственной близости от причала парома около восточного волнолома, построенного в рамках строительства ростокского морского порта. Над одноэтажным плоским строением поднимается шестиэтажный высотный корпус с установками радиолокации. На седьмом этаже расположены помещение ожидания для лоцманов и ведущая станция служб бедствия на море. Нормальные этажи служат функциям администрации, на первом этаже находятся столовая с кухней и помещениями подготовки.

Summary	Résumé

DK 728.12.003
Felz, A.
Our Dwelling Environment – Imaginative and Colourful
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 5, pp. 262–271, 14 figs., 4 diagrams
This article is the outcome of a socialist cooperative effort undertaken with the view of achieving the following targets under the conditions of industrialised construction: observance of specifid economic indices, prolongation of facade life, overall reduction of maintenance cost. Proposals were made for differentiated uses of the ground floor and basement zones in a five-storey appartment house, for example, by providing community facilities (sport, services, shops). The designs are focused mainly at achieving liveliness of that category of buildings by which our dwelling environment is most strongly affected. Yet, differentiated solutions for basements will call, last but not least, for streamlining of the precast component collection and composite construction methods.

262

DK 728.12.003
Felz, A.
Notre ambiance d'habitation, une composition pleine d'idées et en riche coloris
deutsche architektur, Berlin, 20 (1971) 5, p. 262–271, 14 fig., 4 schémas
La contribution est le résultat d'une coopération socialiste avec le but de maintenir – sous les conditions du bâtiment industriel – les paramètres économiques prévus, de prolonger la durée de vie des façades et de réduir les coûts d'entretien des bâtiments. Proposition pour une utilisation différenciée de la zone du rez-de-chaussée et du sous-sol, en premier lieu pour des facilités publics (sports, services, magasins). Les projets se concentrent particulièrement à la composition vitale de la catégorie des bâtiments dont l'influence domine dans notre ambiance d'habitation. Des solutions différenciées des sous-sols exigent, cependant, une révision des éléments-types préfabriqués et des méthodes de construction mixtes.

DK 727.4-329
Kaufmann, E.
School of the Socialist Unity-Party of Germany, Rostock County Branch
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 5, pp. 276–281, 19 figs.
A new building cluster was completed to accomodate the Rostock County SED Party School. The compound includes four main structures: a seminar building, a lecture building, a student home, and a service building. All buildings are grouped around an inner yard and linked with one another. The main entrance with direct access to all principal areas of the complex is in the three-storey seminar building.
The lecture building is a hexagonal monolithic structure with three storeys which accommodates the library, a multipurpose room seating 100 persons, and the lecture hall with 500 seats. A foldable wall is provided by which the lecture hall may be halved.
The student home is an eight-storey high-rise structure with 188 two-bed rooms and a tea kitchen as well as a club room provided in each storey.
The two-storey service building contains a number of auxiliary spaces and a dining hall with 250 seats. The inner yard is enclosed on all sides and used for break enjoyment. On the Southern side the cluster is flanked by sport facilities.

276

DK 724.4:329
Kaufmann, E.
Ecole régionale du Parti Socialiste Unifié à Rostock
deutsche architektur, Berlin, 20 (1971) 5, p. 276–281, 19 fig.
Un nouveau complexe de bâtiments pour l'école régionale du Parti fut assemblé à Rostock. Le complexe comprend les quatre sections principales: bâtiment des seminaires, bâtiment des cours, foyer et bâtiment de service. Tous les bâtiments sont groupés autour d'un patio et reliés l'un à l'autre. L'entrée principale est prévue dans le bâtiment des seminaires, bâtiment à trois étages, et il existe un accès directe aux sections principales du complexe. Le bâtiment des cours est une construction monolithique hexagonale à trois étages. Ici se trouvent la bibliothèque, une salle à l'usage multiple avec 100 places et la salle des cours avec 500 places. Un parois pliable divise la salle des cours en deux locaux différents. Le foyer est prévu comme bâtiment à huit étages et contient 188 chambres à deux lits. A chaque étage se trouvent une petite cuisine d'étudiant et un club. Le bâtiment des services, une construction à deux étages, contient à côté des locaux secondaires nécessaires une salle à manger pour 250 personnes. Le patio entrourné des bâtiments sert au loisir pendant les pauses. Les facilités du sport se trouvent au sud du complexe.

DK 725.91
Ansorge, P.
Exhibition Halls in Karl-Marx-Stadt
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 5, pp. 282–284, 6 figs., 2 floor plans, 1 section
Two exhibition halls have so far been completed in the centre, close to a neighbourhood recreation area, and by this integration with the general urban structure they are readily accessible for many visitors. The halls are used for exhibitions, youth events, sale fairs, and similar purposes. The spaces reserved for such activities include not only the entire ground-floor, but also a continuous gallery, 6 m in width, wound around the buildings on upper-storey level.

282

DK 725.91
Ansorge, P.
Halls d'exposition à Karl-Marx-Stadt
deutsche architektur, Berlin, 20 (1971) 5, p. 282–284, 6 fig., 2 plans horiz., 1 coupe
Grâce à l'intégration urbanistique des deux halls d'exposition construits jusqu' à présent au centre de la ville à proximité d'une zone de recréation, beaucoup de visiteurs auront un bon accès rapide. Les halls sont utilisés pour des expositions, événements des jeunes gens, foires de vente et des buts similaires. A côté du rez-de-chaussée, une galerie de six mètres de largeur, prévue à l'étage supérieure, est utilisée pour l'exposition.

DK 711.25:681.3
Schlesier, K. H.; Ludley, K.; Gromes, P.
A Regional Data Bank System as Information Basis for Urban Planning in the County of Halle
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 5, pp. 288–297, 7 graphs
The general concept underlying the data bank system described in the article is oriented to the acquisition and compaction of data relevant to the given region and to their use for urban analysis, decision-making, and planning. Data acquisition, coding, and transfer to sub-data banks have so far been tested under most various conditions. The system will in future produce results by which to conceptualise an automated information system for the activities of the Town Planning and Architecture Office, including the technical equipment, with the efficiency of such information system depending strongly on the performance of all sub-data banks involved.

288

DK 711.25:681.3
Schlesier, K.-H., Ludley, K., Gromes, P.
Système d'une banque d'information territoriale comme base des dates sur la planification urbaine dans la région hallense
deutsche architektur, Berlin, 20 (1971) 5, p. 288–297, 7 graphiques
La collection et la comprimation des dates territoriales et leur utilisation pour les procès d'analyse, de décision et de planification sert à la conception globale d'un système de banque d'information. La collection, la codification et l'introduction des dates dans les banques partielles d'information furent essayées jusqu' à présent sous des conditions les plus différentes. En futur, un système offrira des dates afin d'élaborer le projet d'un système automatisé d'information pour le bureau d'urbanisme et d'architecture, y inclus les équipements et instruments techniques, dont l'efficacité à une mesure considérable de la fonctionalité et efficacité des banques partielles d'information.

DK 725.9:614/616.314
Schlegel, G.; Seidel, W.; Weigel, E.
Municipal Outpatient Department of Rosenhof and Centre of Orthodontology
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 5, pp. 298–301, 10 figs., 2 floor plans, 1 section, 1 layout sketch
The facility described in this article has to meet the demand for medical care in a large part of the centre. The ground-floor accommodates the outpatient department manned with general practitioners, gynaecologists, and dentists. It includes also an X-ray section, a laboratory, as well as diabetics and maternal advisory centres. A centre of orthodontology is accommodated in the upper storey, and the basement provides spaces for technical services, visitors' rooms, and two gymnastic rooms. The building is a 2-Mp reinforced concrete skeleton structure, with its facade being surfaced with wood-aluminium elements of storey height.
The architecture of the building was designed with the view of matching with the other buildings in the Rosenhof area as a coherent urban ensemble. Therefore, both its structure and coloration was adjusted to the neighbouring buildings, mainly to a fourteen-storey high-rise appartment house which forms the predominating focus of the entire Rosenhof area.

298

DK 725.9:614/616.314
Schlegel, G., Seidel, W., Weigel, E.
Dispensaire urbaine Rosenhof et centre d'orthodontie
deutsche architektur, Berlin, 20 (1971) 5, p. 298–301, 10 fig., 2 plans horiz., 1 coupe, 1 esqu. du site
Cette institution se charge du traitement médical d'une zone étendue du centre de ville. Au rez-de-chaussée se trouvent le dispensaire avec des locaux de consultation de médecin genéral, gynécologiste et dentiste, un équipement rayon-X, un laboratoire et un centre de consultation des diabétiques et jeunes mères. Le centre d'orthodentie est prévu à l'étage supérieure, et au sous-sol se trouvent, à côté des équipements techniques, les locaux des visiteurs et deux salles de gymnastique. Le bâtiment est une construction d'ossature en béton armé, 2 Mp. La façade se compose des éléments en bois et aluminium, dont la hauteur est celle d'un étage. La composition extérieure du bâtiment est adaptée aux autres bâtiments dans la zone Rosenhof, formant ainsi un ensemble urbanistique. La construction du corps du bâtiment et les couleurs sont adaptées harmonieusement aux bâtiments situés à proximité, particulièrement au bâtiment d'habitation à 14 étages qui domine optiquement la zone Rosenhof.

DK 725.4:347.793
Schultz, H.
Pilot Station of Warnemünde
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 5, pp. 302–307, 8 figs., 4 floor plans, 1 section, 4 details
The pilot station was erected on Hohe Düne at the estuary of River Warnow, next to the landing-place of a ferry-boat located at the end of Eastern pier which had been completed as a result of the Rostock Sea Port Scheme. The building consists of a single-storey flat base projecting from a six-storey high-rise structure which accommodates the radar installations. A pilot room and the sea distress service are in the sixth floor, while the other upper storeys are used for administration. The ground-floor includes a dining hall, kitchen, and preparation rooms.

302

DK 725.4:347.793
Schultz, H.
Poste de pilotes à Varnemunde
deutsche architektur, Berlin, 20 (1971) 5, p. 302–307, 8 fig., 4 plans horiz., 1 coupe, 4 details
Le poste de pilotes fut prevu à l'embouchure du Varnov sur Hohe Dune, à proximité immédiate de l'appontement d'un bac au pied du môle est, qui se formait au cours de la construction du port outre-mer Rostock. Un corps à six étages avec des équipements radar s'élève sur un corps plat à un étage. Au sixième étage se trouvent une salle d'attente des pilotes et le centre d'aide de détresse de mer, pendant que les étages normaux se chargent des fonctions d'administration. Le rez-de-chaussée, enfin, héberge la salle à manger avec la cuisine et les locaux de préparation des mêts.

HAEDICKE

Gründungen

BAND 1

Band I

Flächengründungen

1. Auflage, 184 Seiten,
110 Abbildungen,
20 Tafeln,
Kunstleder, 17,50 M

Band II

Spezialgründungen

1. Auflage
336 Seiten,
169 Abbildungen,
30 Tafeln,
Kunstleder, 32,– M

Der erste Band – Flächengründungen – behandelt die Vorbereitung des Baugrundes für Gründungen sowie Gründungsschäden und ihre Sanierung.

Der zweite Band – Spezialgründungen – enthält flächenhafte Tiefgründungen. Berechnungsbeispiele sollen dem Interessenten die Möglichkeit geben, den behandelten Stoff im Selbststudium zu erfassen.

VEB Verlag für Bauwesen, 108 Berlin, Postfach 1232